



Gerhard Hess:

### Deutlich mehr Ausbildungsplätze

„Wenn es der Bauwirtschaft gut geht, spürt das der Arbeitsmarkt sofort“, so der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes.

Seite 9



Dr. Gabriele Pauli:

### Sorge um das Lokalfernsehen

Die Fürther Landrätin setzt sich zu Gunsten der Meinungs- und Medienvielfalt in der Region für den Erhalt der privaten Lokalsender ein.

Seite 14



Dr. Franz Wirnhier:

### Wohnungspolitik im Umbruch

Der Markt, so der Sprecher der LBS-Geschäftsleitung, benötigt jetzt eindeutige und langfristig ausgerichtete Weichenstellungen.

Seite 10

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 9. November 2006

57. Jahrgang / Nummer 21



Landtagspräsident Alois Glück (am Pult) hielt das Einführungsreferat zum Demografie-Thema der Verbandstagung des Bayerischen Gemeindetags, das mit Kultusminister Siegfried Schneider, Dr. Reinhard Dörfler, Dr. Thomas Röbbke, Sozialministerin Christa Stewens, BR-Moderator Julio Segador, Bürgermeisterin Cornelia Irmer und Präsident Dr. Uwe Brandl diskutiert wurde.

### Landräteseminar in Amberg:

## Nebulöse Zukunft

Für die Entwicklung des ländlichen Raums bedarf es einer Gesamtstrategie. Zu diesem Ergebnis kamen die bayerischen Landräte während ihres Landräteseminars in Amberg. Wie der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, mitteilte, seien die kommunalen Vertreter bereit, diesen „Schlachtplan“ zu entwickeln, fortzuschreiben und zu vollziehen.

Wichtig sei hierbei, dass die demographische Entwicklung beachtet wird. Dringend notwendig seien die Unterstützung von regionalen Aktionsgruppen und die Breitbandverknüpfung im ländlichen Raum, betonte Zellner. Als Rückschlag für die Entwicklung des ländlichen Raums bezeichnete er indes die drohenden Kürzungen von Mitteln der 2. Säule des EU-Agrarhaushalts in der Größenordnung von rund 80 Mio. Euro. Zwar sei die Aufrechterhaltung der Kofinanzierungsmittel der Staatsregierung und zusätzliche Mittel für investive Maßnahmen in der Landwirtschaft für 2007 und 2008 in Höhe von je 20 Mio. Euro sowie für die Dorferneuerung mit zusätzlich 5 Mio. Euro pro Jahr anerkennenswert, jedoch letztlich nicht ausreichend. Nach Zellners Ansicht müsste gerade bei der Dorferneuerung wie auch im Hinblick auf die Bewirtschaftungsschwernisse in der Landwirtschaft und dem Vertragsnaturschutz noch viel mehr getan werden.

Als „Schritt in die richtige

Richtung“ bezeichneten die Landkreischefs hingegen die Lockerung bei Einzelhandelsprojekten im ländlichen Raum und grenznahen Gebieten. Demnach sollen sich Supermärkte und Discounter im ländlichen Raum ansiedeln können, wenn in Kleinzentren und nicht zentralen Orten Geschäfte mit Waren des täglichen Bedarfs fehlen. Auch soll die Errichtung von Einzelhandelsprojekten im Grenzgebiet zu Österreich und Tschechien unter bestimmten Umständen möglich sein.

### Potenziale fördern

Entscheidend für Theo Zellner ist, dass die neuen Spielräume zugunsten der grenznahen ländlichen Regionen genutzt werden und die neue Vorrangstellung des ländlichen Raums im LEP tatsächlich die Raumpolitik in Bayern verändert: „Die zweifels-

frei vorhandenen Potentiale in unseren ländlichen Regionen müssen gefördert und gestärkt werden durch eine ausgleichende Politik. Wir wollen einen fairen Wettbewerb durch gleiche Ausgangschancen!“

### Neukonzeption für Einzelhandelsprojekte

Eine zeitnahe Teilfortschreibung des LEP im Dialog mit den Verbänden sei geplant, sobald die Neuerungen bei Einzelhandelsprojekten (Fortsetzung auf Seite 4)

### Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

## Neue Wege gehen

„Der Freistaat muss Geld locker machen!“ forderte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, bei einer Pressekonferenz in München. Konkret bezog er sich damit auf den Ausbau der Ganztagschulen im Freistaat. Letztlich, so Schaidinger, stehe die Glaubwürdigkeit der staatlichen Bildungspolitik auf dem Spiel.

Der Städtetag hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber aufgefordert, für Bayern ein eigenes Finanzierungsprogramm zur Umsetzung des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung

und Betreuung“ (IZBB) aufzulegen. Die vom Bund hierfür zur Verfügung gestellten Gelder in Höhe von rund 600 Millionen Euro seien mittlerweile verbraucht, so Schaidinger. Aus diesem Grund wurden in diesem Jahr bereits Förderanträge für 156 Schulen, davon überwiegend Hauptschulen, abgelehnt bzw. die Förderquote massiv zurückgefahren. Dem Vernehmen nach fehlten allein für 2006 rund 50 Millionen Euro.

### Konsequenter Ausbau

Die Bayerische Staatsregierung hat sich das Ziel gesetzt, das Angebot an Ganztagschulen (Fortsetzung auf Seite 4)

### Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags in Barbing:

## Worten müssen endlich Taten folgen!

### Denkanstöße zur demografischen Herausforderung

„Bayerns Gemeinden müssen die Zukunft aktiv gestalten, um für ihre Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu bleiben,“ betonte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Abensbergs Bürgermeister Dr. Uwe Brandl bei der zweitägigen Verbandsversammlung in Barbing, Landkreis Regensburg, die unter dem Motto „Die demografische Herausforderung - Zukunftschancen für Bayern“ stand. „Auf der Agenda ganz oben“ müssten eine familienfreundliche Kommunalpolitik, eine aktive Seniorenpolitik sowie interkommunale Zusammenarbeit, z.B. bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im Tourismusbereich, rangieren.

Wie künftige Gemeindepolitik auszusehen hat, machte Brandl an Schwerpunkten deutlich:

1. Junge Menschen und Familien an Ort halten und neue hinzu gewinnen. Denkbare Maß-

nahmen seien Einheimischenmodelle für günstigen Wohnraum, verstärkte Kinderbetreuungsangebote, attraktive Sport- und Freizeitangebote, die Einführung eines Familienpasses mit Vergünstigungen für gemeindliche Einrichtungen, Ferienprogramme und die aktive Einbindung junger Menschen in kommunale Entscheidungen.

2. Verstärkte Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Dazu zählten der Ausbau von Krippen, Kindergärten und Horten sowie der Tagespflege, der Erhalt wohnortnaher Schulen sowie der Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten.

3. Aktive Seniorenpolitik. Die Erfahrungen und das ehrenamtliche Engagement älterer Mitbürger müssten genutzt werden. Senioren-Service-Einrichtungen, Unterstützung beim „Wohnen zu Hause“ und die Einbindung der Senioren in generationsübergreifende Nachbarschaftshilfe machten Gemeinden für Senioren attraktiv.

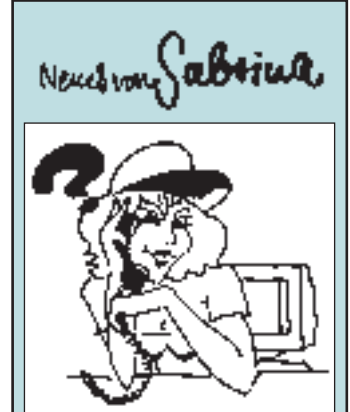
4. Interkommunale Zusammenarbeit weiter ausbauen. (Fortsetzung auf Seite 4)



Auf gemeinsame Landkreisreise gingen Landrat Theo Zellner und Gattin Inge (Bildmitte) mit mehr als 100 Landkreisbürgern. Die Fahrt in die neuen Bundesländer war ein voller Erfolg. Für das kommende Jahr gibt es schon neue Pläne (vgl. Seite 13).



Als „Markenzeichen Bayerns und herausragende Persönlichkeit des intellektuellen Lebens in Deutschland“ bezeichnete Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber den früheren bayerischen Kultus- und Wissenschaftsminister Hans Zehetmair aus Anlass seines 70. Geburtstags. Mit Weitblick und außerordentlicher Kompetenz habe er das Bildungsland Bayern geprägt und in der Bildungspolitik immer auf das Prinzip von Leistung und Qualität gesetzt. Als Präsident der Kultusministerkonferenz habe Zehetmair sich mit Erfolg für einen starken lebendigen Wettbewerbsföderalismus in der Schulpolitik eingesetzt und mit außergewöhnlicher Überzeugungskraft gegen viele ideologische Widerstände gute Bildungspolitik möglich gemacht.



Es gibt nichts, was die Gesellschaft über alle Schichten und Klassen hinweg so einen Würde wie die Lust am großen Gewinn zum kleinen Einsatz. So ist Lotto gerade wegen der geringen Chancen kein eigentliches Glücksspiel, sondern eher ein Kockettieren mit dem Schicksal, meint die Vorzimmerperle. Seite 15

### Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtag beginnt Haushaltsberatungen	2
Planungssicherheit für Kommunen	2
SGK Bayern zur Stärkung des ländlichen Raums	2
Landesversammlung der Freien Wähler in Regenstauf	2
KPV gegen Aufhebung des Stimmenthaltungsverbots	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Vielfalt in Angebot und Förderung für unsere Schüler	3
Bibliotheksnacht in Bayern	3
GZ-Fachthemen: EDV - Ausstattung für die Kommunalverwaltung	5 - 8
Kommunaler Bau	9 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Landtag beginnt Haushaltsberatungen für 2007/2008:

## Schwierigste Phase kommt noch

Finanzminister warnt vor Euphorie - Partnerschaft mit den Kommunen

Die Partnerschaft mit den Kommunen bekräftigt haben Staatsregierung und Landtag in der Ersten Lesung des Etats 2007/2008 im Plenum des Parlaments. Finanzminister Prof. Kurt Falthäuser nannte als Kernelemente des Zahlenwerks mit einem formalen Ausgabevolumen von 35,8 bzw. 36,3 Mrd. Euro drei Punkte: Haushalt ausgeglichen, ohne neue Schulden, gezielt in Bayerns Zukunft investieren und Stärkung der Kommunen über einen Finanzausgleich, der weitaus stärker steige als der Staatshaushalt insgesamt. Dem stimmte im Grundsatz auch die Opposition zu, die jedoch fehlerhafte Schwerpunktsetzungen beanstandete, was in wenigen Jahren zu einem „schwarzen Loch“ führen werde.

Der Minister sagte dazu in seiner Einbringungsrede, jetzt, wo sich die Einnahmen - auch bei den Kommunen - positiv entwickeln, beginne die eigentlich schwierigste Phase für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Keineswegs sei „der Frühling ausgebrochen“. Die Steuereinnahmen des Freistaats würden aufgrund Erhöhung der Umsatzsteuer in den nächsten Jahren zwar ebenfalls steigen, der Finanzplan bis 2010 - den Falthäuser dem Landtag mit dem Etat vorlegte - zeige, dass die Steuerdeckungsquote der Ausgaben auch 2010 noch unter der des Jahres 2000 liegen werde. Damals habe der Einbruch der Steuererträge eingesetzt.

### Investieren in Bayerns Zukunft

Daran orientiere sich der Etat insbesondere mit dem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ mit 758 Mio. Euro, davon 303 Mio. Euro Privatisierungserlöse. Das Programm hat die „Zukunftsfelder“ Hochschule, Bildung und Wissenschaft (291 Mio. Euro), Kinder und Familie (46 Mio. Euro), Innere Sicherheit (198 Mio. Euro) und Ländlicher Raum (183 Mio. Euro). Bei Letzterem geht es u. a. um Hochwasserschutz, Staatsstraßen- und Brückenbau, Regionalförderung und Landwirtschaft.

Angesichts der aktuellen Forderungen des Gemeindetags an Bund und Land betonte Falthäuser, dass die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich (FAG) 2007 erstmals die Sechsmilliarden-Grenze überschreiten werden, wobei sich die reinen Landesleistungen um über 300 Mio. Euro bzw. 6,2% auf über 5,4 Mrd. Euro erhöhen. Damit liege das FAG-Wachstum nächstes Jahr um mehr als vier Prozentpunkte über dem angestreb-

ten Wachstum des Staatshaushalts. Die Gesamtbilanz für die Kommunen werde nochmals um knapp 40 Mio. Euro verbessert. Der Freistaat übernehme die Hälfte der von den Kommunen aufzubringenden Solidarumlage netto und entlaste sie so um 70 Mio. Euro.

### Bedarfszuweisungen

Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund steige von 11,6 % auf 11,7%, die Schlüsselzuweisungen erhöht sich um 86 Mio. Euro auf über 2,1 Mrd. Euro. Für besonders finanzschwache Kommunen würden die Bedarfszuweisungen um 5,2 Mio. Euro auf 20 Mio. Euro aufgestockt. Zuweisungen für Kosten der Schülerbeförderung von 253 Mio. Euro (plus 10 Mio. Euro) und Anhebung der Investitionsmittel um 102 Mio. Euro seien weiterer, wichtiger Bestandteil der Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Zugunsten der Bezirke werde der Sozialhilfeausgleich noch einmal um 25 Mio. Euro auf 565 Mio. Euro angehoben. Das vermeide nicht nur Erhöhungen der Bezirksumlagen sondern könne bei einigen Bezirken sogar zur Umlagesenkung führen.

Der Minister betonte erneut, dass die kommunalen Spitzenverbände dem neuen FAG „mit großer Zufriedenheit“ zugestimmt haben. Die Staatsregierung bekräftige mit dem Verhandlungsergebnis den engen Schulterschluss zu den Kommunen und bestätige ihre traditionell kommunalfreundliche Haltung.

Für die CSU-Fraktion bekannte sich Engelbert Kupka zu diesem unumkehrbaren Konsolidierungskurs. Auch er betonte den engen Schulterschluss mit den

Kommunen. Andererseits räumte er ein, dass über Einzelheiten des Etats auch in der CSU heftig diskutiert wurde und werde. Dass ein starker Staat auch starke Kommunen bedeute, werde man weiterhin berücksichtigen. Der Opposition rechnete er vor, ihre Ausgaben-Mehrforderungen, zum Beispiel durch Schaffung von 1000 weiteren Lehrplanstellen, erforderten hunderte Millionen zusätzlich.

### Kein Grund zur Euphorie

Jürgen Dupper (SPD) räumte ein, es gebe angesichts der steigenden Steuereinnahmen keinen Grund zur Euphorie. Der entscheidende Fehler des Etats sei jedoch, dass die Steuerzuwächse nicht zu einem adäquaten Anstieg der Investitionen, sondern

## Planungssicherheit für Kommunen

Bei Straßenbau und ÖPNV bedingt die Föderalismusreform neues Gesetz

Die im Rahmen der Föderalismusreform erfolgten Zuständigkeitsverlagerungen vom Bund auf die Länder mit dem Ende bestimmter Mischfinanzierungen machen eine Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (BayGVFG) ab kommenden Jahr notwendig.

Ein in Erster Lesung im Landtag behandelter Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung soll die notwendigen Bestimmungen schaffen, dass die noch bis Ende 2013 fließenden Bundeszuschüsse in enger Anlehnung an die bisherige Gesetzeslage weitgehend werden können.

### Subsidiarität gestärkt

Von 2014 bis 2019 gibt es zwar auch noch Geld aus dem Bundeshaushalt, es ist jedoch nicht mehr für den Verkehrsbau und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zweckgebunden. Mit dem neuen Gesetz werde den Kommunen nicht nur Rechts- und Planungssicherheit gegeben, sondern auch die Subsidiarität gestärkt, erläuterte Innenstaatssekretär Georg Schmid im Landtagsplenum die Vorlage. Das Gesetz lehne sich eng an das bisherige GVFG an, der Kreis der Zuwendungsempfänger ändere sich nicht grundsätzlich. Aber die Förderhöchstbeträge

zum Rückgang um 0,4 Punkte auf 12,5% der Staatsausgaben führe. Dies bei 44% Personalausgaben. Das Ziel müssten wieder, wie früher, 15% für Investitionen sein. Dem stimmte auch Falthäuser zu, der Dupper bescheinigte, „ohne Schaum vor dem Mund“ zu argumentieren; aber gerade neue Lehrplanstellen über die 784 im neuen Etat hinaus würden die Personalkosten auf Jahrzehnte belasten, während die Schülerzahlen sinken.

Auch Thomas Mütze bemühte sich für die Grünen um Sachlichkeit. Er war wie Dupper der Meinung, die Akzente im Etat seien teilweise falsch gesetzt. Man stehe mit dem Entwurf nur zwei Jahre vor einem schwarzen Loch. Zum FAG verwies er darauf, viele Gemeinden müssten hohe Kassenkredite aufnehmen; 20% könnten ihren Haushalt nicht mehr selber aufstellen sondern bekämen ihn vom Landratsamt aufgestellt. Auch könne es nicht angehen, dass die Staatsregierung vom



**Nachmal Sonne tanken!**

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter [www.1a-preisvergleichreisen.de](http://www.1a-preisvergleichreisen.de)

Transrapid träume, während Kommunen bei Bauvorhaben jahrelang auf zugesagte Staatsmittel warten müssen. Die Opposition kündigte harte Auseinandersetzungen im Haushaltsausschuss an. Kupka hoffte trotzdem, den Doppelhaushalt noch heuer entscheidungsreif machen zu können. **rm**

Ersatzinvestitionen und Sanierungen enthalte der Gesetzentwurf nichts. Außerdem bestehe großer Bedarf an Grunderneuerungs- und Fördermaßnahmen für Fahrwege, Haltestellen, U-Bahn- und Betriebshöfe. Dr. Christian Magerl (Grüne) zweifelte, dass das neue Gesetz der große Wurf sei. Er kündigte für die Ausschussberatungen Ergänzungsanträge an.

### Fördersatz bis 90 Prozent

Eberhard Rotter (CSU) meinte, wie es nach 2013 weitergehe, sei offen. Das vorliegende Gesetz lege jedenfalls fest, dass wichtige inner- und außerörtliche Gemeindestraßen förderfähig bleiben. Für finanzschwache Gemeinden könne der Fördersatz für besonders wichtige Bauten, z.B. Sicherung von Bahnübergängen, bis auf 90% angehoben werden. **rm**

doch fehle die Förderung von ÖPNV-Fahrzeugen.

### Grunderneuerungsbedarf

Dem gegenüber werde das Projekt Transrapid im Etat des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums zu Lasten der Förderung kommunaler Projekte mit 185 Mio. EURO geführt. Über

SGK Bayern zur Stärkung des ländlichen Raumes:

## Bloßes Reden reicht nicht!

Die Stärkung des „Ländlichen Raumes“ war eines der zentralen Themen, mit dem sich der Vorstand der SGK Bayern - der Gemeinschaft der etwa 5.000 sozialdemokratischen Kommunalpolitiker Bayerns - auf seiner Sitzung in München befasste. Ausgehend von der demografischen Entwicklung gewinne dieses Thema allgemein an Bedeutung. Eine Neuorientierung der Kommunalpolitik vor Ort, die den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft, einer stagnierenden oder gar rückläufigen Einwohnerentwicklung Rechnung tragen müsse, will die SGK Bayern mit Veranstaltungen zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung unterstützen.

Kritik übte man an der Politik der bayerischen Staatsregierung. Zwar habe sie nunmehr auch die Probleme des ländlichen Raumes als Thema erkannt, die konkreten Maßnahmen würden aber eher eine weitere Schwächung des ländlichen Raumes bewirken und

die sich verschärfende Konkurrenz der Regionen untereinander negieren. Als Beispiel hierfür wurde die „ablehnende Haltung“ von Wirtschaftsminister Erwin Huber zu Hilfen zur Verkabelung des flachen Landes genannt. Dadurch würde die Attraktivität des ländlichen Raums deutlich geschwächt.

### Ausdünnung staatlicher Einrichtungen

Auch die in den letzten Jahren vorgenommenen Verwaltungsreformen - Forstreform, Reform der staatlichen Sonderbehörden wie Wasserwirtschaftsamt, Bauamt und die Polizeireform - hätten zu einer weiteren Ausdünnung staatlicher Einrichtungen auf dem flachen Lande geführt. Zwar sind auch nach Meinung der SGK Bayern ständige Überprüfungen der Verwaltung auf Leistungsfähigkeit nötig, sie dürften aber nicht eine Einbahnstraße in Richtung weiterer Zentralisierung sein.

### Vorschlag Regionalschule

Ein weiteres Feld der Zentralisierung stellt nach Meinung der SGK Bayern der Schulbereich dar. Mit Interesse wurde der Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion und Ulrich Pfaffmanns, MdL, diskutiert, auf dem flachen Land eine Regionalschule, also eine Integration von Haupt- und Realschule, einzuführen, um dezentrale Schulstandorte zu halten und zukunftsfähig zu machen.

Zwar gebe es noch eine Reihe offener Fragen, wie z.B. die Sachaufwandsträgerschaft. Grundsätzlich richtig sei aber, im Hinblick auf die demografische Entwicklung und der damit verbundenen schrumpfenden Schülerzahlen, neue, flexible Modelle, die das gegliederte Schulsystem modifizieren, zu entwickeln und freiwillig vor Ort auszuprobieren. Insbesondere außerhalb der zentralen Orte könnte so die Schule im Ort bleiben.

### Gebührenfreier Kindergarten

Schließlich befassten sich die SPD-Kommunalpolitiker auch mit dem Vorschlag, das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei zu gestalten. Abgesehen davon, dass jetzt schon 30 % der Kindergartengebühren im letzten Jahr von den Kommunen im Rahmen der Sozialhilfe bezahlt werden, war man sich einig, dass Bund und Land schon nach dem Konnektivitätsprinzip für die Finanzierung aufkommen müssten. Wichtiger als dieses kostenfreie Jahr erscheint der SGK Bayern aber eine Verbesserung des pädagogischen Angebots im letzten Kindergartenjahr mit Blick auf die bevorstehende Einschulung der Kinder und vor allem ein bedarfsgerechter Ausbau der Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren. Die SGK Bayern wird sich zusammen mit der Landtagsfraktion der SPD im kommenden Jahr um eine Stärkung der Angebote für Kinder bemühen. **□**

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bruno Strobel  
97534 Waigolshausen  
am 16.11.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Horst Krebs  
84513 Töging am Inn  
am 18.11.

#### Bürgermeister Helmut Baur

86872 Scherstetten  
am 21.11.

#### Bürgermeister Vitus Pichler

83530 Schnaitsee  
am 26.11.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Sebastian Bichler  
84494 Niederbergkirchen  
am 20.11.

#### Bürgermeister Karl Hügelschäffer

97234 Reichenberg  
am 25.11.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Emmert  
97779 Geroda  
am 27.11.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Durst  
92275 Hirschbach-Eschenfelden  
am 24.11.

Landesversammlung der Freien Wähler in Regensburg:

## Mut zur Konsequenz!

Nach dem stürmischen Führungswechsel im März dieses Jahres sind die Freien Wähler wieder zur Sacharbeit zurückgekehrt. In Regensburg, Landkreis Regensburg, tagte die Landesversammlung der FW, um sich vor allem mit kommunalpolitischen Themen zu befassen.

Die Probleme im Bildungsbereich benötigen nach Ansicht der Freien Wähler genauso dringend eine Lösung wie „die ausgebluteten Kommunen, der zurückfallende ländliche Raum oder die unbefriedigende Ausbildungssituation“. Für den neuen FW-Vorsitzenden Hubert Aiwanger ist die „selbstherrliche Landespolitik der letzten Jahre“ eine der Hauptursachen für die „derzeitige bayernweite Misere“. „Die CSU-Oberen haben auf die Mahnungen der Betroffenen vor Ort bis heute nicht richtig reagiert, sondern halten sich nach wie vor für unfehlbar“, meinte Aiwanger.

### Im Sinn der Bürger

Wer einen Milliarden-Transrapid in München für wichtiger halte als ein kostenloses letztes Kindergartenjahr oder eine ausreichende Lehrerversorgung bei den Hauptschulen, handle nicht mehr im Sinne Bayerns und sei-

ner Bürger. Das Ergebnis seien Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Auch die Bekenntnisse zum ländlichen Raum stellten lediglich Lippenbekenntnisse dar, „solange die Infrastruktur hier immer weiter zurückfällt und dafür immer mehr Geld in nicht funktionierende Arbeitsmarktbürokratie gesteckt wird“, meinte der FW-Vorsitzende.

### Sprung in den Landtag

Diese Fehlentwicklung werde von immer mehr Wählern erkannt, weshalb die CSU mittlerweile unruhig werde und versuche, mit Parolen von Problemen abzulenken, fuhr Aiwanger fort. „Wir Freien Wähler wollen eine neue Politik für Bayern“ lautete seine Parole. Ziel sei es, 2008 den Sprung in den Landtag zu schaffen. „Das muss und wird gelingen,“ konkretisierte der Vorsitzende.

Man habe konkrete Forderungen an die Landespolitik, stellte

der Kelheimer Landrat Hubert Faltermeier fest. „Mut zur Konsequenz“ sei das Gebot der Stunde, etwa beim Thema Finanzen: „Es gibt große Unruhe in den Gemeinden. Wundert das jemand?“ so der Landkreischef. Man könne nicht auf die Füße kommen, wenn bei den Zuweisungen ungleiche Maßstäbe angelegt würden. „Lasst unseren Worten Taten folgen“, rief Faltermeier den Delegierten zum Abschluss unter großem Applaus zu. **DK**

## KPV gegen Aufhebung des Stimmenthaltungsverbots

Das Bayerische Staatsministerium des Inneren führt derzeit eine Anhörung durch, die sich mit einer möglichen Aufhebung des Stimmenthaltungsverbots in Gemeinderäten, Stadträten, Kreis- und Bezirkstagen beschäftigt.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU (KPV) hat auf ihrer letzten Sitzung des Hauptausschusses und des Landesvorstands einstimmig gegen eine mögliche Aufhebung gestimmt.

Aus Sicht der KPV überwiegen insgesamt die Nachteile einer Aufhebung deutlich. Die Kommunalpolitiker der CSU befürchten vor allem, dass bei umstrittenen Projekten oder Sachverhalten die Möglichkeit der Stimmenthaltung zu oft missbräuchlich genutzt wird. **□**



Arbeitstagung der Regierungspräsidenten in Neustadt a. d. Waldnaab:

## Entbürokratisierung und Modellregion

Die bayerischen Regierungspräsidenten ziehen an einem Strang, wenn es um die Bewältigung kommunalpolitischer Problemstellungen geht. Bei ihrer Arbeitstagung in Neustadt a. d. Waldnaab waren sie sich darin einig, bei der Entbürokratisierung „gemeinsame Sache zu machen“. Allerdings dürften nur „entbehrliche“ Verwaltungsvorschriften abgeschafft werden. Der Gastgeber, Regierungspräsident Dr. Wolfgang Kunert (Oberpfalz), sah unter anderem bei der Vergabe von EU-Mitteln Handlungsbedarf: Der Bürger oder eine Firma dürfe sich „nicht in einem Wirrwarr verstricken“. Bei notwendigen Vorgaben, wie zum Beispiel im Bereich Sicherheit, ergäben sich durch das eingesparte Potential weitere Spielräume.

Auch beim Thema Lebensmittelkontrollen wollen die bayerischen Regierungsbezirke ein Wörtchen mitreden. Es geht darum, trotz der Spezialeinheit des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit weiterhin eine besondere Rolle zu spielen,

treiben. Im Rahmen dieser Projekte werden viele Aufträge vergeben. Diese sind insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) interessant - doch mangelt es dort meist an Zeit und Personal, um davon zu profitieren. Der Überblick fehlt

der Regierungspräsident mit der Entwicklung der seit 2001 bestehenden Regional Kooperation aller Oberpfälzer Landkreise (außer Neumarkt) und des niederbayerischen Landkreises Regen zu den tschechischen Nachbarn; Aber auch vor allem auf örtlicher Ebene seien die Beziehungen sehr gut. Die Regional Kooperation setzt sich für eine vertiefte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Region Pilsen und der Oberpfalz sowie Teilen Niederbayerns in Fragen von beiderseitigem Interesse ein.

Die Arbeitsgruppen beraten in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Tourismus, Landwirtschaft/Dorferneuerung, Kultur und Umweltschutz. So setzt man sich zum Thema Verkehr, um einen Bereich beispielhaft herauszugreifen, u.a. mit den Entwicklungsperspektiven des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs, dem Projekt Donau-Moldau-Bahn, der Modernisierung der Bahnstrecken in der Region Pilsen und dem internationalen Radfernerweg Regensburg-Pilsen-Prag auseinander.

### Gebietsinformationssystem

Um Menschen, Wirtschaft und Dienstleistungen in der Region zu halten, wurde als gemeinsames Projekt ein digitales Gebietsinformationssystem aufgebaut. In Pilsen ist es seit September fertig gestellt und als Internet-Plattform zugänglich, im Bezirk Oberpfalz wird dies in absehbarer Zeit der Fall sein.

Neben den bereits vorhandenen touristischen Karten wurden auch Wirtschaftskarten und Raumordnungspläne in die Geodaten beider Seiten integriert. Vorgestellt wird das Projekt im Rahmen der Jahrestagung der Regional Kooperation im November in Zwiesel. Dort wird für nächstes Jahr auch eine Landesausstellung Westböhmen-Ostbayern stattfinden. „In den vergangenen fünf Jahren blieb kein Aufgabengebiet ausgespart“, resümierte Wolfgang Kunert die Zwischenbilanz der Kooperation. **DK**

### Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Verheugens Bekanntgabe, Oberfranken zu einer Modellregion machen zu wollen, ließ vor allem in der Oberpfalz und in Niederbayern aufhorchen. Es sei „auch für uns ein Anliegen“, wirkungsvoll an den EU-Mitteln teilzuhaben, steckte Kunert das gemeinsame Ziel ab.

Äußerst zufrieden äußerte sich

betonte Kunert. Bei „übergreifenden Dingen“ - wie Unternehmen mit großem Aktionsradius - sah auch Kunerts Amtskollegen Christoph Hillenbrand (Oberbayern), Dr. Walter Zitzelsberger (Niederbayern), Hans Angerer (Oberfranken), Karl Inhofer (Mittelfranken), Dr. Paul Beinhofer (Unterfranken) und Ludwig Schmid (Schwabens) die Zuständigkeit eher bei ihren Behörden. Dabei sollten Veterinäre, Kontrolleure sowie Gewerbeamt „nahe beisammen sein, um Synergieeffekte zu schaffen“, bemerkte Kunert.

### Viele Aufträge

Mehrere Milliarden Euro gibt die EU jährlich im Bereich Forschung und Entwicklung aus, um etwa vielfältige Projekte - von Umweltschutz über Galileo bis hin zur Raumfahrt - voranzu-

den KMUs auch bei Förderprogrammen. Hier setzt ein Modellversuch der EU an, mit Oberfranken als einer von drei Modellregionen, wie EU-Kommissar Günter Verheugen erst jüngst angekündigt hatte. Ziel des Modellversuches ist es, Unternehmen Wege und Zugänge zu Ausschreibungen, Unterstützungsmöglichkeiten und Förderprogrammen der EU aufzuzeigen.

Nach(t)lese - Die Bibliotheksnacht in Bayern:

## Zur besten Zeit in neuem Licht

Bundesweite Aktionen und Veranstaltungen zeigen Leistungsfähigkeit der Büchereien

Moderne Bibliotheken haben mit Spitzwegs romantisierendem Bild von einem Bibliothekar als verschrobener Bücherwurm auf der Leiter nichts mehr gemein. Dies unterstrich die bayernweit erste „Nach(t)lese“, mit der die öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken mit vielfältigen Veranstaltungen und außergewöhnlichen Angeboten auf ihre Leistungen als Kommunikationsorte für Jung und Alt, Bildungspartner für Kindergärten, Schulen und Volkshochschulen, wichtige Institutionen der Kulturförderung und als unverzichtbare Keimzellen für Studium und Forschung aufmerksam machten.

Bei der bayerischen Bibliotheksnacht stand nicht ein Großevent im Vordergrund, sondern über 350 Veranstaltungen an vielen Orten in ganz Bayern: Von A wie Autorenlesungen über Bauchtanz, Bibliotheksquiz, Blues, Erotik, Grusel- und Krimiabend, Kulinarische Schmanckerl, Live-Musik, Mitternachtspektakel, Taschenlampenführungen und Weinproben bis Z wie Zaubervorführungen reichte das breit gefächerte Programm.

### Geheimgänge

So boten sechs Nürnberger Bibliotheken ein umfangreiches Erzähl-, Show- und Führungsprogramm für die ganze Familie und mit kostenlosem Eintritt.

Gezeigt wurden - zum Teil mehrfach - über 36 verschiedene Aktionen. So startete der neue Manga-Zeichenwettbewerb mit einer „MegaManga-Aktion“ im Riesenformat und während im Klosterhof der Stadtbibliothek „Schwert und Feuerzauber“ das Mittelalter lebendig werden ließen, ertönte Barmusik im Zeitungs-Café. Interessierte konnten Blicke in die Schreibstube der Nonnen von St. Katharina werfen oder die Geheimgänge der Bibliothek im Untergrund erkunden.

In Regensburg beteiligten sich die Stadtbücherei, die Universitätsbibliothek, die Staatliche Bibliothek, die Fachhochschulbibliothek, die Bischöfliche Zentralbibliothek sowie einige kirch-

liche Büchereien mit interessanten Veranstaltungen. Unentgeltlich waren selbstverständlich auch alle Angebote, die die Universitätsbibliothek Augsburg bei der „Nach(t)lese“ in der Zentralbibliothek sowie in den Teilbibliotheken Geisteswissenschaften, Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften machte. Abgesehen davon, dass die Ausleih- und Informationsplätze bis 24 Uhr besetzt waren, gab es zahlreiche Präsentationen, Führungen etc. sowie Literatur und Musik.

### Quiz und Chat

Die Stadtbibliothek Bayreuth bot neben einem regulären Ausleihbetrieb von 18 bis 24 Uhr ein Bibliotheksquiz, einen Familienchat über Bücher und Bibliotheken sowie von 18 bis 20 Uhr „Happy hours“, d. h. die Reduzierung von Leihgebühren. „Nach(t)lese“ bei Wein und mehr wurde ebenso offeriert wie - als Höhepunkte des Abends - ein Bilderbuchkino, eine musikalische Krimilesung sowie der Hörsalon „Horror Spezial“.

GZ

Kolumne  
Maximilian Gaul



Liebe Leser

Die Hauptschule kommt nicht zur Ruhe. Da nützt es auch nichts, wenn der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, diese Schule als die „beliebteste“ bezeichnet. Machen wir uns doch nichts vor! Die Hauptschule wird von Eltern als Schulart in den seltensten Fällen bewusst ausgewählt, selbst dann nicht, wenn sie „wohnnah“ bleibt. Denn längst haben es die Eltern kapiert, die für ihre Kinder eine Zukunftsperspektive sichern wollen: Bessere Chancen hat ein Kind heute nur, wenn der vorgezeigte Abschluss möglichst hochklassig ausfällt. Solange wir am Konzept der Vielgliedrigkeit unseres Schulsystems festhalten und damit

### Vielfalt in Angebot und Förderung für unsere Schüler

der „Äußeren Differenzierung“ im Hinblick auf Bildung und Qualifikationen mehr zutrauen, solange werden Eltern auf Biegen oder Brechen versuchen, mit ihrem Kind durch die Wahl der „höherwertigen“ Schule möglichst hochklassige Bildungsabschlüsse anzustreben. Als (Groß-) Vater habe ich für eine solche Haltung Verständnis.

Als Kommunalpolitiker halte ich es für eine volkswirtschaftliche Verschwendung, dass wir in unseren Kommunen teure Sanierungen von Hauptschulen schultern, die zum Schluss allenfalls noch einzülig bleiben, und damit notgedrungen angebotsarm, oder ganz geschlossen werden, aber über die Kreisumlage teure Neu- und Anbauten von Realschulen finanzieren müssen. Das, was man den Hauptschülern zumuten will, an verschiedenen Schulstandorten in unseren sanierten Schulhäusern unterrichtet zu werden, könnte man doch auch Realschülern zumuten. Die demografische Entwicklung wird dieses Problem verschärfen. Denn dann beginnt der Kampf um die Schüler zwischen den vielen Schularten in der Sekundarstufe noch härter zu werden. Auf der Strecke werden unsere bisher noch zahlreichen Hauptschulstandorte bleiben.

Die Hauptschule, deren Schüler am meisten Ruhe bräuchten, bleibt nach wie vor die Schule mit der größten „Unruhe“, weil man in ihr erlebt, wie Jahr für Jahr Mitschüler in andere Schularten oder M-Klassen abwandern, ge-

scheiterte und dadurch oft unmotivierte Schüler aus anderen Schularten aber eingegliedert werden müssen, bis sie selbst einfach nur übrig bleiben. Das Gefühl, in einer Restschule zu sein, kann nur dann genommen werden, wenn sich die Ausbilder auch des Handwerks wieder verstärkt für Hauptschüler als Auszubildende interessieren.

Die Hauptschule als Schulart hat überhaupt nur dann eine Zukunft, wenn die Leis-

tungsdispositionen von Hauptschülern mit den künftigen Anforderungen im Berufsleben, vor allem mit dem Handwerk auch vor Ort, eng abgestimmt sind. Die Vermittlung motivierter Hauptschüler in das Handwerk vor Ort im ländlichen Raum ist dank engagierter Hauptschullehrer und des aufgebauten Vertrauens zwischen der Schule in der eigenen Gemeinde und dem Handwerk noch immer hoch. Eine eigene Schule in möglichst vielen Gemeinden und Märkten kann es aber nur dann weiterhin geben, wenn nicht das Bildungsheil allein in fein ausdifferenzierten Schularten gesehen wird, sondern im vielfältigen Angebot und in der vielfältigen und intensiven Förderung der Schülerinnen und Schüler innerhalb der Schule. Die Qualifikation der Entlassschüler aus dieser Schule muss stimmen. Solange dies nicht der Fall ist, würde es auch nichts nützen, alle Hauptschüler zu verpflichten, zehn Schuljahre in ihrer Schulart zu absolvieren.

Hauptschulen, mit den am schlechtesten bezahlten, aber mit dem höchsten Stundendeputat belasteten Lehrern, sollten wenigstens so viele Förderstunden zusätzlich erhalten, dass sie in innerer Differenzierung Qualifikationen vermitteln. Defizite in Mathematik und Sprachen ausgleichen können und damit die meist praktisch begabten, aber oft intellektuellen Spätentwickler soweit fördern, dass sie auch eine echte Chance haben, Lehrstellen und einen vernünftigen Berufsstart zu erhalten. Allein daran aber messen Wirtschaft, Eltern und Schüler heute den Erfolg der Schulart. Wie diese Schule heißt, ob Hauptschule, Mittelschule, Regionalschule oder Sekundarschule, kann dann uns Kommunalpolitikern eigentlich egal sein.

Max. Gaul

## Kliniken in massiver finanzieller Bedrängnis

Bayerische Krankenhausdirektoren wenden sich geschlossen an die Politik

Während sich in den täglichen Diskussionen um die Ausgestaltung der Gesundheitsreform die offensichtlich größten Meinungsunterschiede um den sog. Gesundheitsfonds ranken, sehen die bayerischen Krankenhausdirektoren die in der Öffentlichkeit kaum beachtete Sprengkraft, die der vorliegende Arbeitsentwurf für die Kliniken birgt, mit großer Sorge.

Das Arbeitspapier um die Gesundheitsreform löste bei den Kliniken und deren Mitarbeitern einen Sturm der Entrüstung aus. Die BKG rechnete vor, dass sich die zusätzlichen Kosten der Krankenhäuser aufgrund von gesetzlichen Auflagen und Verordnungen allein in Bayern auf rund eine halbe Milliarde Euro summieren. Die Einnahmen dürfen aufgrund einer gesetzlichen Begrenzung („Budgetdeckelung“) in diesem Jahr aber nur um 0,63 Prozent bzw. 2007 lediglich um 0,28 Prozent steigen.

### Hohe Kostensteigerungen

„Das bringt unsere Kliniken in massive finanzielle Bedrängnis. Aufgrund von Tarifabschlüssen, Mehrwertsteuererhöhung und vieler weiterer Faktoren, die außerhalb unseres Einflusses liegen, kommen Kostensteigerungen auf unsere Krankenhäuser

zu, die ein Vielfaches dieser gesetzlich verordneten Zuwachsraten betragen. Darüber hinaus mussten die Krankenhäuser in den letzten Jahren bereits mehrere ungerechtfertigte Kürzungen und Zwangsabgaben hinnehmen, um die Gesetzliche Krankenversicherung zu sanieren“ so der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft Siegfried Hasenbein in Bamberg.

### Leistungseinschränkungen und Personalabbau

„Unsere Krankenhäuser verkraften keine weiteren Streichungen, sondern sie benötigen einen Zuschlag, um die auf sie zukommende Kostenwelle finanzieren zu können“ fordert Hasenbein und befürchtet Leistungseinschränkungen und weiteren Personalabbau in den bayerischen Krankenhäusern.

Sollten vor dem Hintergrund immenser aktueller Kostensteigerungen die Klinikbudgets nicht deutlich gesteigert, sondern mit der bevorstehenden Gesundheitsreform auch noch gekürzt werden, sieht die Bayerische Krankenhausgesellschaft einen weiteren Arbeitsplatzabbau, mit der damit zwangsläufig verbundenen Verschlechterung der Versorgung, als unausweichlich. □



## Worten müssen endlich Taten ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
„Netzwerke mit Nachbargemeinden, gemeinsame Bauhöfe, Gewerbegebiete oder Schulverbände werden in Zukunft eine Blüte erleben.“

Die Probleme, die die demografische Entwicklung mit sich bringen werde, seien bei den politischen Verantwortlichen noch nicht angekommen, monierte der Präsident. „Wer die ländlichen Räume erhalten will, muss den Worten Taten folgen lassen“, forderte Brandl. So bestehe Bayern nicht nur aus drei Ballungsräumen und einem Erholungs-Hinterland, sondern aus mehr als 2000 Gemeinden mit Existenzberechtigung. Es könne nicht ankommen, dass die „Cholesterinjunkies“, sprich Städte, immer weiter gefüttert würden, während die „Magersüchtigen“ (Gemeinden) vertröstet würden.

### Hilfeschrei ernst nehmen

Uwe Brandl forderte die Bayerische Staatsregierung vor diesem Hintergrund auf, die Finanzmittel für Gemeinden gerechter und zielorientierter zu verteilen: „Wenn einzelne Kommunen bereits nach Thüringen umgliedert werden wollen, müssen die Alarmglocken schrillen. Die Staatsregierung sollte den Hilfeschrei der Gemeinden ernst nehmen.“ Der Präsident appellierte an die Staatsregierung, die finanzschwachen Gemeinden verstärkt finanziell zu fördern, um der massiven Sogwirkung der großzügigen Förderpolitik in den neuen Ländern entgegenzuwirken. Darüber hinaus rief er dazu auf, das System des kommunalen Finanzausgleichs zu überarbeiten. Ziel müsse mehr Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der kommunalen Ebenen sein. „Die demografische Entwicklung muss stärker als bisher beim Finanzausgleich berücksichtigt werden. Finanzmittel müssen vor allem in solchen Regionen eingesetzt werden, in denen die Menschen abwandern oder sich mit dem Gedanken dazu tragen.“

### Gerechtere Verteilung

Neben der gerechteren Verteilung des vorhandenen Geldes, der Entbürokratisierung und der Versorgung des flachen Landes mit leistungsfähigen Datenautobahnen stellte Brandl vor allem den Wert von Kindern und Familie heraus. „Kinder dürfen nicht mehr als Karriere- oder Spaßbremsen gesehen werden, sondern als das, was sie sind: eine Bereicherung“, bemerkte der Präsident. Vernünftige Familienstrukturen sicherten Arbeitsplätze vor Ort und dies wiederum dazu bei, den ländlichen Raum zu stärken. Die landläufige Selbstbezogenheit bezeichnete er als „biologische Waffe gegen das bürgerschaftliche Engagement“, ohne das eine Gesellschaft nicht sozialisiert werde.

Nach Grußworten von Barbingers Erstem Bürgermeister Albert Höchstetter und DStGB-Geschäftsführer Dr. Gerd Landsberg verwies Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, in seinem Geschäftsbericht zunächst auf die insgesamt „erfreuliche Entwicklung der Kommunal Finanzen“ bei einer allerdings „divergierenden Sachlage“. Ein Drittel der Gemeinden sei in eine pure Zuschauerrolle gedrängt, d.h.: Während die gewerbestärkenden Gemeinden zum Teil große Zuwächse verbuchen konnten, mussten die überproportional auf die Einkommensteuer angewiesenen kleinen Gemeinden im vergangenen Jahr zum Teil weitere Verluste hinnehmen. 2005 konnten 790 bayerische Ge-

meinden keinen ordnungsgemäßen Haushalt aufstellen.

### Neuverteilung der Aufgaben

Zum 1. Januar 2008 beabsichtigt die Staatsregierung, eine Neuverteilung der Aufgaben im Bereich der Sozialhilfe vorzunehmen. Ziel ist es Busse zufolge, die stationäre und ambulante Eingliederungshilfe bei den Bezirken anzusiedeln, während die Hilfe zur Pflege auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte vereinigt werden soll. Der Bayerische Gemeindetag vertrete die Auffassung, dass eine solche Herabzonung grundsätzlich die Möglichkeit bietet, Kosteneinsparungen zu erzielen. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass die von den Bezirken und vom Freistaat bisher aufgewendeten Mittel für den Vollzug dieser Aufgabe gerecht auf die künftigen Aufgabenträger verteilt werden. „Gemeinden können nicht die Zeche zahlen, wenn Aufgaben nach unten verlagert werden“, sagte Busse.

### Breitbandverkabelung

Neben der Überarbeitung des Landesentwicklungsprogramms nahm die Breitbandverkabelung im ländlichen Raum breiten Raum ein, stellte Busse fest. Mit der Bayerischen Industrie- und Handelskammer habe der Gemeindetag im Juli die Breitbandinitiative Bayern ins Leben gerufen. Betriebe benötigten Datenautobahnen, wichtig seien faire Konditionen. Von der Telekom erwarte sein Verband, „dass sie hier nicht die Gemeinden zur Kasse bittet“.

In einer sich anschließenden Podiumsdiskussion entwickelten unter der Leitung von BR-Moderator Julio Segador Sozialministerin Christa Stewens, MdL, Kultusminister Siegfried Schneider, MdL, Hauptgeschäftsführer Dr. Reinhard Dörfler, Bayerischer Industrie- und Handelskammertag, Geschäftsführer Dr. Thomas Rübke, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Erste Bürgermeisterin Cornelia Irmer, Geretsried, und Präsident Dr. Uwe Brandl, Bayerischer Gemeindetag, Strategien, wie die Städte und Gemeinden auf die zunehmende Zahl von Senioren, weniger Kinder und andere Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur reagieren können.

Laut Sozialministerin Stewens ist in allen Gemeinden derzeit ein großes Thema, wie den Frauen die Verbindung von Karriere und Familie ermöglicht werden kann. Frauen dürften nicht mehr vor die Wahl „Kinder oder Erwerbstätigkeit?“ gestellt werden, forderte Stewens. Das Betreuungsangebot auch für kleine Kinder müsse ausgebaut werden. Bürgermeisterin Irmer appellierte an das Bewusstsein der Tagungsteilnehmer, dass schließlich „jede Politik Familienpolitik“ sein sollte. Ein vielfältiges Angebot an Kindertageseinrichtungen sei deshalb die Basis für eine familienfreundliche Kommune. In den vergangenen beiden Jahren sei in Geretsried unter ihrer Ägide u.a. eine 100%ige Deckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen realisiert worden, wobei die Nachfrage nach Kinderkrippenplätzen bzw. Betreuungsangeboten für unter Dreijährige ständig zunehme. Irmer plädierte dafür, „mehr Finanzmittel für Ganztagschulen und nicht nur für Ganztagsbetreuung bereitzustellen“.

### Grundschulen erhalten

Kultusminister Schneider sicherte den Kommunalvertretern zu, möglichst alle Grundschulen in der Fläche erhalten zu wollen. Es sei jedoch möglich, dass es

künftig nur noch Rektoren für mehrere Schulen oder kombinierte erste und zweite Klassen gibt. Eine gute Förderung sei damit ebenso gewährleistet.

### Familienidee in die Betriebe

BIHK-Geschäftsführer Dr. Reinhard Dörfler verwies darauf, dass die Unternehmen gut beraten seien, auf die demografische Entwicklung adäquat zu reagieren. Eine anständige Versorgung in den Betrieben bezeichnete er als zukunftsweisend, wichtig sei es, „die Durchdringung der Familienidee“ in die Betriebe zu tragen. Dr. Thomas Rübke zog seinerseits ein ermüthendes Fazit: „Der Sozialstaat alter Prägung ist am Ende, die Bürger müssen selbst mehr anpacken.“ Um Netzwerke auf dem Land noch mehr stärken zu können, seien vor allem mehr finanzielle Mittel vonnöten.

Landtagspräsident Alois Glück hatte zuvor bereits darauf hingewiesen, dass es im Freistaat bis 2020 zwar noch einen Bevölkerungszuwachs gebe, die ländlichen Gebiete sich aber stark auseinander entwickeln werden. Im Mittelpunkt müssten die Zukunftschancen der Kinder stehen. Angesichts der jüngsten Armutsdebatte erklärte Glück, dass Wirtschaftswachstum allein keine Garantie für einen Rückgang der Armut sei. Eine Perspektivlosigkeit von Bevölkerungsteilen könne auch zur Radikalisierung führen, warnte er und forderte Chancengleichheit für alle. Radikales Umdenken sei unabdingbar notwendig.

### Chancengerechtigkeit

Nach Ansicht Glücks weist der Ruf nach mehr Fürsorge, Betreuung und staatlich organisierten Beschäftigungsverhältnissen jedoch in die falsche Richtung, denn dies gebe den Betroffenen keine Perspektive. Die wirksamste Antwort gegen eine Spaltung der Gesellschaft heiße Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik und auf dem Arbeitsmarkt. Die Schaffung neuer Jobs sei angesichts des weltweiten Wettbewerbs in Niedriglohnländern die schwierigste Aufgabe. „Wenn sie nicht angemessen gelöst wird, ist eine weitere Spaltung

## Nebulöse Zukunft ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
delsgroßprojekten getestet und in einem Gutachten beurteilt worden sind. Zellner forderte aber bereits jetzt eine anwenderfreundliche Neuregelung und vertraut dabei auf die Unterstützung des Abgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Fraktion Engelbert Kupka, der als ausgewiesener Kenner der Materie bereits eine Neukonzeption für Einzelhandelsgroßprojekte vorgeschlagen hat und diese im Rahmen des Seminars des Bayerischen Landkreistags vorstellte.

### Verlieren im „Kleinklein“

Für die kommunalen Krankenhäuser wiederum befürchtet der Landkreistag weitere Schwierigkeiten durch die Gesundheitsreform: „Die Eckpunkte der Großen Koalition verlieren sich im Kleinklein und bedrohen weiterhin die bayerische Krankenhausstruktur“, monierte Zellner. Er forderte endlich Klarheit, ob die Bundespolitik weiterhin an dem Sicherstellungsauftrag für die stationäre Versorgung der Bevölkerung festhalten will: „Ist dies der Fall, so kann es nicht sein, dass den Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft gleichzeitig Sanierungslasten aufgebürdet werden, die aufgrund der gedeckelten Fallpauschalen in der

der Gesellschaft kaum zu verhindern“, meinte der Präsident.

### Starke Kommunen

„Wir brauchen starke Kommunen“, konstatierte schließlich Innenminister Dr. Günther Beckstein in seinem Festvortrag. Dass der Freistaat den Kommunen zunehmend unter die Arme greife, zeige sich darin, dass heuer erstmals der so genannte demografische Faktor, also die Tatsache der Abwanderung von Menschen aus dem ländlichen Raum, in die Berechnungen des Finanzausgleiches einbezogen werde. Dabei würden die Einwohnerzahlen von 2001 zugrunde gelegt, die höher gewesen seien als die heutigen. „Es gibt also Geld für fiktive Menschen“, erklärte Beckstein, der jedoch nicht verhehlte, dass auch diese Beträge nicht hoch genug seien, um den aus der Abwanderung entstandenen Verlust auszugleichen.

Beckstein forderte die Kommunen auf, selbst aktiver an einem positiven äußeren Erscheinungsbild mitzuarbeiten, weil sie nur so neue Bürger für ihre Gemeinden gewinnen könnten. So hätten kleinere Kommunen gegenüber Großstädten den Vorzug, dass sich ihre Bürger leichter entfalten könnten, ihre Kinder mehr Spielmöglichkeiten sowie die Gelegenheit hätten, die Natur kennenzulernen. Der Staat werde durch Vereinfachungen etwa bei der Interkommunalen Zusammenarbeit dafür sorgen, dass Kosten und bürokratischer Aufwand geringer würden. So sei ein Gesetz in Arbeit, das die Zusammenarbeit von Feuerwehren über Landkreisgrenzen hinweg erlaube. Darüber hinaus seien die Mittel für Dorfverjüngung und Städtebauförderung - wenn auch geringfügig - angehoben worden.

Der Minister trat dafür ein, eine Lösung für die Probleme der neuerdings als „Unterschicht“ bezeichneten Bevölkerungsgruppe zu finden. Das sei nicht nur eine Frage der Finanzen, vielmehr gelte es, diese Menschen zu befähigen, wieder aktiv zu werden und an sich zu arbeiten. Beckstein forderte eine menschenwürdige Lösung. Seine Schlussfolgerung für die Zukunft der Kommunen: „Die Probleme sind nicht geringer geworden, es gibt aber trotzdem keinen Grund für Pessimismus.“ DK

Finanzierung faktisch nicht refinanziert werden können.

Mit großer Sorge haben die Landräte auch die Neuigkeiten aus Berlin zu den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Höhe der Erstattung des Bundes für die Kosten für Unterkunft und Heizung, die die Kommunen bei Hartz IV zu leisten haben, zur Kenntnis genommen. Die Stimmung fasste Zellner wie folgt zusammen: „Es herrscht Unverständnis und Verärgerung. Zu Beginn der Arbeitsmarktreform Hartz IV, mit der die Grundsicherung für Erwerbsfähige eingeführt wurde, versprach uns der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder im März 2004 eine Entlastung in Höhe von 2,5 Mrd. Euro. Heute kann uns keiner erklären, warum die Länder und die Kommunen einen Betrag von 5,83 Mrd. Euro errechnen, um diese Entlastung zu erreichen, während der Bund in seinem Haushalt zu diesem Zweck gerade einmal 2,05 Mrd. Euro eingestellt hat.“ Der Präsident forderte endlich Klarheit darüber, wie es mit der Finanzierung der Unterkunftskosten weitergehen wird. Die kommunalen Haushalte würden derzeit wieder aufgestellt und die Kämmerer wüssten immer noch nicht, mit welchen Erstattungen sie zu rechnen hätten.

Die Höhe der Erstattung des

## Neue Wege gehen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

in Bayern konsequent und bedarfsgerecht auszubauen. Der Städtetag erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass der Freistaat die Kommunen immer wieder aufgefordert hatte, Ganztagschulen zu forcieren und die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel abzurufen. „Nachdem Städte und Gemeinden diesen Appellen gefolgt sind, darf die Staatsregierung sie jetzt nicht im Stich lassen“, monierte der Vorsitzende. Ärger bei den Kommunalpolitikern löst hierbei „vor allem der Umstand aus, dass der Freistaat Bayern einen erheblichen Teil der Bundesmittel für den Ausbau des achtjährigen Gymnasiums verwendet hat und seinen Haushalt in dreistelliger Millionenhöhe schont“.

### Mehr Flexibilität bei der Schulentwicklung

Damit wohnortnahe Schulen erhalten werden können, müsse die Staatsregierung darüber hinaus mehr Flexibilität bei der Schulentwicklung zulassen, forderte Schaidinger. Insbesondere sollten Städte und Gemeinden die Chance erhalten, mit Modellversuchen neue Wege zu gehen. Der Vorstand des Städtetags vertritt die Auffassung, dass Grundschulen zur Minimalausstattung einer jeden Gemeinde gehören.

Problematischer beurteilt der Städtetag die Situation bei den Hauptschulen. Schaidinger zufolge werden aufgrund sinkender Schülerzahlen und der erforderlichen Qualität sicher nicht alle Hauptschulen gehalten werden können. Trotzdem müssten Alternativen gefunden werden, um ein möglichst dichtes Netz an Schulstandorten erhalten zu können. Dabei böten sich auch verschiedene Formen von Kooperationen wie z. B. Schulverbände an. Die einzelnen beteiligten Schulen

Bundeswirke sich zudem unmittelbar auf den interkommunalen Ausgleich zu Hartz IV in Bayern aus, fuhr Zellner fort. „Wenn wir nicht mindestens 29,1 Prozent der Unterkunftskosten erstattet bekommen, bricht das gesamte Rechenwerk für den interkommunalen Ausgleich auseinander. Dies wäre eine Katastrophe für die Kommunen in Bayern!“ so der Präsident. Es herrsche keine Klarheit über die Zukunft und selbst für das Jahr 2005 sei noch kein Geld aus dem interkommunalen Ausgleich angekommen. Die Staatsregierung müsse alles daran setzen, dass die errechneten Beträge noch in diesem Jahr ausbezahlt werden, „sonst wird eine kommunale Haushaltsplanung für 2007 unmöglich“.

### Ausgabenexplosion

Kritisch äußerten sich die Landräte auch zur Ausgabenexplosion bei der 2001 eingeführten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. „Auch dort ist uns bei der Einführung der neuen Sozialleistung zugesichert worden, dass Mehrbelastungen vom Bund ausgeglichen werden. Die Kosten für die Grundsicherung im Alter laufen den bayerischen Landkreisen schlicht davon. Allein zwischen 2004 und 2005 kam es zu einer Kostenzunahme von 54 Mio. auf 94 Mio. Euro. Das entspricht einer Steigerung von 74 Prozent allein in einem Jahr“, erklärte Zellner. Diese Tatsache offenbare, „dass der Bundesgesetzgeber offenbar auch bei der Grundsicherung im Alter von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist“. Auch hier forderten die Landräte „mit allem Nachdruck“, die Ursachen für die Zusatzbelastungen zu identifizieren. Zudem solle der Bund Mehrbelastungen der Kommunen eins zu eins ausgleichen. DK

könnten dabei eigene besondere Schwerpunkte wie beispielsweise Technik, Soziales oder Wirtschaft bilden. Die Schüler würden an drei bis vier Tagen in der Woche in den Kernfächern an den bisherigen Schulstandorten unterrichtet und zur Schwerpunktausbildung an ein bis zwei Tagen jeweils an der Schule mit dem entsprechenden Schwerpunkt unterrichtet. Diese Flexibilisierung böte die Chance, Schulen zu erhalten und habe zudem noch den Vorteil einer pädagogischen Qualitätssteigerung.

Mehr Bürgernähe strebt der Bayerische Städtetag bei der Hilfe zur Pflege an. Der Vorstand erwartet von der Staatsregierung, dass sie die Zuständigkeit für die Hilfe zur stationären Pflege ab 1. Januar 2008 den Städten und Landkreisen überträgt. Damit würden die Leistungen für die Pflegebedürftigen in einer Hand zusammengefasst, erklärte Regensburgs OB.

Auch die Zuständigkeit im Bereich der Hilfe für Behinderte (Eingliederungshilfe) soll nach Auffassung des Städtetags auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise zusammengefasst werden. Die Verlagerung der Zuständigkeiten für beide Hilfearten wegen des sachlichen Zusammenhangs müsse in einer einheitlichen Entscheidung erfolgen.

### Synergieeffekte

Die Städte versprechen sich von der Zusammenlegung der ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege auch Synergieeffekte. Vor allem rechnen sie damit, dem deutlich steigenden Hilfebedarf in den nächsten Jahren mit geringeren Kostensteigerungen begegnen zu können. Den vielfach vorgebrachten Einwänden, 96 örtliche Sozialhilfeträger (25 kreisfreie Städte und 71 Landkreise) wären mit den Entgeltverhandlungen mit den Heimträgern überfordert, hält der Städtetag für nicht stichhaltig. Bestes Beispiel dafür seien die seit dem Jahr 2000 abgeschlossenen Entgeltvereinbarungen der Sozialhilfeträger mit den Heimen für Kinder- und Jugendhilfe. Damals seien vier professionelle Verhandlungsteams aufgebaut worden, die diese Verhandlungen mit Erfolg bewältigt hätten. Solche Teams könnten auch für den Bereich der Pflege eingerichtet werden.

Was schließlich die Finanzierung des Transrapid anbelangt, forderte Schaidinger, dass diese keinesfalls zu Lasten der Anbindung des Flughafens an den Nah- und Fernverkehr durch S-Bahnen sowie Regional- und Fernzüge gehen dürfe.

### Beklagenswerte Situation im Regionalverkehr

Der Städtetagsvorstand zeigte sich davon überzeugt, dass der Freistaat zuerst seine Hausaufgaben beim Nahverkehr für ganz Bayern in Angriff nehmen solle, bevor er sich neuen Milliardenausgaben zuwendet. Beispiele für „die beklagenswerte Situation im Regionalverkehr auf der Schiene“ seien die schlechte Eisenbahnverbindung Passau-München, der fehlende viergleisige Ausbau der Strecke München-Augsburg oder aber auch Defizite beim Nahverkehr in den Regionen Augsburg, Ingolstadt und Regensburg. Problematisch sei auch, dass die direkte Anbindung des Münchner Flughafens an Nordbayern, Ostbayern oder Österreich seit dem Abschluss des Raumordnungsverfahrens im Juli 2003 praktisch nicht vorangekommen ist. Hinzu komme, dass mangels Geld der Regionalverkehr in vielen Landesteilen Bayerns nicht weiter ausgebaut werden könne. DK



# Sulzbach am Taunus entscheidet sich für Doppik

Hessische Gemeinde nimmt Umstieg mit DATEV in Angriff

Nürnberg - Die Gemeinde Sulzbach am Taunus stellt ihr Rechnungswesen mit Unterstützung ihres Steuerberaters und des Nürnberger IT-Dienstleisters DATEV auf das „Neue Kommunale Rechnungs- und Steuerungssystem“ (NKRS) - die hessische Ausprägung der Doppik - um. Der Projektplan sieht eine sukzessive Einführung der kaufmännischen Buchführung in den einzelnen Verwaltungsbereichen vor. Bis zum Jahresbeginn 2008 wird das doppische System dann komplett in der Kommune eingeführt sein.

Das Land Hessen lässt seinen Städten und Gemeinden das Wahlrecht zwischen dem doppischen NKRS und einer erweiterten Kameralistik, schreibt jedoch vor, bis 2009 eines der beiden Systeme eingeführt zu haben.

## Keine halben Sachen

Vor diese Wahl gestellt war für Bürgermeister Horst Schmitt diel von vornherein klar: „Wir machen keine halben Sachen und bekennen uns eindeutig zu doppelten Buchführung.“ Die Vorteile für die wirtschaftliche Steuerung und insbesondere die Kostentransparenz sprechen seiner Meinung nach für das kaufmännische Rechnungswesen. „Nicht zuletzt wird die bessere Kostenübersicht auch einfachere und schnellere politische Entscheidungen in der Gemeinde möglich machen“, so

die Überzeugung des Bürgermeisters.

Sulzbach im Main-Taunus-Kreis ist eine Nachbargemeinde der Rhein-Main-Metropole Frankfurt. Mit der Entscheidung pro NKRS hat sich die rund 8.800 Einwohner zählende Kommune ähnlich entschieden wie die übrigen Gemeinden der Region. Auf die erweiterte Kameralistik setzt hier kaum jemand. Allerdings haben die meisten anderen Kommunen vor, den Doppik-Umstieg mit ihrem bisherigen Anbieter kameraler Software zu vollziehen.

## Weg des größeren Erfolgs

Auch für Schmitt diel hätte dieses Vorgehen den „Weg des geringsten Widerstands“ bedeutet. „Doch wir schlagen stattdessen lieber den Weg ein, der den größeren Erfolg verspricht“, so der Bürgermeister.

Dabei ist er sich bewusst, dass die umliegenden Gemeinden die Entwicklung in Sulzbach genau beobachten werden.

Von enormer Wichtigkeit für das Gelingen des Doppik-Projekts ist für Horst Schmitt diel, dass die betroffenen Mitarbeiter geschlossen hinter der Entscheidung stehen: „Sowohl was die Doppik-Einführung als solche anbelangt als auch hinsichtlich der Software-Auswahl war unsere Entscheidung einstimmig“, erklärt er. Die Mitarbeiter nutzten zuvor die Gelegenheit, sich die DATEV-Software einmal im Echtbetrieb anzuschauen. Dazu besuchten sie ihre Kollegen in der ebenfalls hessischen Gemeinde Burghaun, die die Doppik-Einführung bereits abgeschlossen hat.

## Umstellung schrittweise, aber nicht „weich“

Die Umstellung der einzelnen Verwaltungsbereiche geht Sulzbach schrittweise an. „Schrittweise bedeutet aber nicht weich“, betont Schmitt diel, womit er auf die Diskussion um den so genannten „weichen“ Umstieg hinweist, der von manchen Software-Anbietern pro-

## Neue gesetzliche Bestimmungen im Meldewesen:

# Pilotprojekt interkommunaler Zusammenarbeit voller Erfolg

Ab 1. Januar 2007 erfolgen Meldemittelungen sicher, effizient und durchgängig elektronisch mit OK.EWO von der AKDB

Die AKDB hat für die Umsetzung der neuen gesetzlichen Bestimmungen im Meldewesen, die ab Januar 2007 bundesweit gelten, ein ganz besonderes Pilotprojekt aufgesetzt. Die Bürgerämter mehrerer Pilotkunden sind von Anfang an miteinander vernetzt worden. Insgesamt 19 Meldebehörden, die Stadt Regensburg, die Stadt Passau sowie die von der Realsteuerstelle Regensburg betreuten 27 Gemeinden mit 17 Meldebehörden, nahmen an dem Pilotbetrieb teil. Ein Erfahrungsaustausch in der dritten September-Woche zog eine positive Bilanz aller Beteiligten.

Zugelassen ist die Nutzung neuer Medien seit der Novellierung des Melderechtsrahmengesetzes im April 2002. Seither wird in Deutschland ein elektronischer Informationsverbund aufgebaut. Zum Nachrichtenaustausch haben sich Bund, Länder und Kommunen auf einen einheitlichen Standard geeinigt, der unter der Bezeichnung XMeld verabschiedet wurde.

## Hoher fachlicher Aufwand

Die Rückmeldung auf Umzüge von Bürgern von einer Gemeinde in eine andere gab es bereits in elektronischer Form, aber nicht die Antwortnachricht an die Verwaltung, die ihren Bürger einer anderen Meldebehörde gemeldet hat.

Der fachliche Aufwand für die Umstellung auf einen vollständig elektronischen Meldeverkehr ist technisch anspruchsvoll, gerade weil verschiedene bislang notwendige Vorgänge - beispielsweise die persönliche Abmeldung des Bürgers bei der bisherigen Kommune - nun entfallen.

## Die Daten sollen laufen

Die Umsetzung der Forderung „Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger“ wurde in dem Pilotprojekt erfolgreich erprobt und steht nun allen Behörden, die das Meldeverfahren OK.EWO der AKDB einsetzen, pünktlich zum Jahreswechsel zur Verfügung.

Die Ersparnis durch den vollständigen elektronischen Nachrichtenverkehr wird auch für die Ämter ab nächstem Jahr groß

sein. Zum einen werden schlicht der Aufwand für das Erstellen der Briefe und das Porto entfallen, zum anderen wird zusätzlich in Kürze die weitgehend automatisierte Datenübernahme ins vor Ort befindliche Einwohnermeldeverfahren aus AKDB- und anderen Fachverfahren realisiert.

## Keine Nacharbeiten

Qualitative Verbesserungen für den Meldeverkehr wird die IT-Nutzung ebenfalls bringen, zusätzlich zur Vermeidung von Erfassungsfehlern. Denn bisher hat nicht jede postalische Fortschreibung auch die Zielbehörde erreicht, etwa wegen einer Gemeindereform oder unterschiedlichen Standards bei den EWO-Verfahren, was nicht kontrolliert wurde. Aufwändige Nacharbeiten werden so vermieden.

## Automatisierte Vorgänge

Die Vorgaben von XMeld setzt die bundesweit in über 1400 Meldestellen eingesetzte Einwohnermeldesoftware OK.EWO mit der Version 5 um, die seit Mitte Oktober ausgeliefert wird. Zu diesen nun automatisierten Vorgängen, die in XMeld beschrieben sind, gehört beispielsweise auch eine Meldung bei Geburt eines Kindes an den Nebenwohnsitz des Vaters.

## Jede Menge Komfort

Es sind solche scheinbaren Kleinigkeiten, die für die Anwender in den Ämtern wichtig sind. Im täglichen Geschäft wird

sich auszahlen, dass OK.EWO in Zukunft sehr viel mehr Plausibilitätsprüfungen enthält: Automatisch prüft das System Eingaben und Nachrichten auf Vollständigkeit - in einem bislang nicht gekannten Umfang und mit viel Komfort für die Behördenmitarbeiter.

## „Abhängige Nachrichten“

Deutliche Entlastung bringt auch die neue Funktion „abhängige Nachrichten“: Sie stellt sicher, dass die Meldungen in der Reihenfolge des Eingangs bearbeitet werden. Denn wie kann beispielsweise die kurzfristig nachgeschobene Änderung an einer aktuellen Rückmeldung vorgenommen werden, wenn die eigentliche Nachricht noch gar nicht eingearbeitet ist?

## Pünktliche Umstellung

Aus dem Pilotprojekt zeichnet sich deutlich ab, dass pünktlich zum Jahresanfang 2007 alle AKDB-Kunden mittels Software-Update umgestellt sein werden. Dahinter steckt viel Arbeit beim größten Softwarehaus, das sich auf kommunale Fachanwendungen spezialisiert hat, aber auch in den lokalen Meldebehörden.

## E-Learning-Programm

Technisch ist die Installation der neuen Version ein normaler Vorgang wie viele andere Updates, allerdings kommen dieses Jahr zahlreiche organisatorische Besonderheiten hinzu, die es in Arbeitsabläufen vor Ort abzubilden gilt. Daher liefert die AKDB mit der neuen OK.EWO-Version auch ein umfangreiches E-Learning-Programm im Rahmen eines Schulungsangebotes aus, mit dem die Neuerungen der Software ohne Beeinträchtigung des Publikumsverkehrs durchgespielt werden können. □

pagiert wird. Er spricht sich stattdessen für eine sofortige Einführung der Doppik in den einzelnen Bereichen aus, wie sie Sulzbach bereits begonnen hat. Nach den vollzogenen Umstellungen einzelner Eigenbetriebe läuft dort derzeit die Überführung des Amtes für Bauen und Liegenschaften in die Eigenbetriebe.

Als nächster Meilenstein des Projektplans folgt im Anschluss die Erstellung des Produkt- und Kostenstellenplanes sowie der Produktivstart der Anlagenbuchhaltung mit dem DATEV-Programm ANLAG. Bis zum 1. Januar 2008 wird das Projektteam aus Kommune, Steuerberatungskanzlei und DATEV-Consultants auf diese Weise die gesamte Verwaltung umgestellt haben.

## Richtige Dimensionierung

Bei seinen kaufmännisch buchenden Eigenbetrieben hat Sulzbach bereits Erfahrungen mit DATEV gemacht. „Hier haben wir in kurzer Zeit sehr gute Ergebnisse erzielt und stets mit kompetenten Ansprechpartnern zu tun gehabt“, erläutert Schmitt diel. Zudem sei das Softwarepaket DATEVkommunal classic genau richtig dimensioniert für die Bedürfnisse der Gemeinde.

## Verlässlicher Partner

„Das System bietet die für unsere Anforderungen perfekte Zusammensetzung aus Professionalität, Überschaubarkeit und Kostenstruktur“, begründet der Bürgermeister die Wahl Sulzbachs. Hinzu kam, dass DATEV als großes, traditionsreiches Softwarehaus auch langfristig als verlässlicher Partner eingeschätzt wird. □

## Finanzstaatssekretär Franz Meyer zum Geodatenpool:

# Europäisches Vorzeigeprojekt

„Das Projekt „Bodensee-Geodatenpool“ ist ein europäisches Vorzeigeprojekt! Es kann auch als Vorarbeit für ein staatsübergreifendes Geoinformationssystem (GIS) verstanden werden“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Meyer anlässlich eines Empfangs bei der internationalen Fachtagung der Vermessungsverwaltungen von Baden-Württemberg, Bayern, Österreich und Schweiz in Rosenheim fest.

Im Rahmen des Projekts „Bodensee-Geodatenpool“ wird, so Meyer, erstmals ein grenzüberschreitend vereinheitlichter Datenbestand der Topographischen Karte im Maßstab 1:50.000 aufgebaut. Damit erhalte der Kunde die Daten aus einer Hand und zu einheitlichen Konditionen. Bisher mussten die Daten in den einzelnen Ländern in verschiedenen Formaten und geodätischen Bezugssystemen sowie zu unterschiedlichen Konditionen beschafft werden, merkte Meyer an.

## Effizienzgewinn

Von den Ergebnissen dieses Projekts profitierten alle Anwender aus Verwaltung und Wirtschaft, die für ihre Aufgaben auf genaue Karten angewiesen seien, wie etwa für Raumplanung, Umweltschutz, Wasserwirtschaft oder Tourismus. Darüber hinaus ergebe sich ein erheblicher Effizienzgewinn für die Vermessungsverwaltungen der Bodenseeanrainerländer. Meyer strebt nun eine neue Bearbeitungsweise über das Bodenseegebiet hinaus auf die gesamten Grenzräume der Partner an. Hierüber hätten sich Österreich und Bayern bereits verständigt. Als erstes grenzüberschreitendes Kartenblatt wurde die Topographische Karte von Lindau gedruckt.

Das grenzenlose Produktan-

gebot solle um digitale Orthophotos und digitale Geländemodelle erweitert werden, kündigte Meyer an. Die schnelle und umfassende Verfügbarkeit raumbezogener Informationen sei Voraussetzung für effektives und zukunftssicheres Handeln. Geoinformationen seien ein Wirtschaftsgut ersten Ranges. Ein Beispiel einer produktiven Zusammenarbeit sei etwa der Austausch von GPS-Beobachtungsdaten über alle Länder- und Verwaltungsgrenzen hinweg. So werde derzeit im Berchtesgadener Land von der deutschen Wissenschaft und Wirtschaft das „GALILEO Testbed GATE“ installiert.

## Terrestrische Erprobung

GALILEO habe aus strategischer, wirtschaftlicher und technologischer Sicht für Europa große Bedeutung. GALILEO wird ab 2010 das „europäische GPS“ werden. Diese Zukunftstechnik werde jetzt in Berchtesgaden mit intensiver Beteiligung des Bayerischen Landesamts für Vermessung und Geoinformation terrestrisch erprobt. Die Empfangsstationen auf den umliegenden Berggipfeln simulieren dabei die künftig im Orbit kreisenden 30 GALILEO-Satelliten. Hier sei auch ein ideales Austauschfeld für Bayern und Österreich gegeben. □



## Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus

Die erste umfassende Online-Lösung für Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen ...

Jeweils mehrere tausend Seiten landesspezifische Kommentierungen und Darstellungen ...

### → PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG

Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG ist das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk mit ca. 36.000 Seiten zu allen bedeutsamen Rechts- und Arbeitsgebieten der kommunalen Verwaltung in Bayern. Kompetente und erfahrene Fachleute aus den zuständigen Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Rechtspraxis gewährleisten ein Höchstmaß an Informationsgehalt und Rechtssicherheit.

### Kommentierungen und Darstellungen

Landesspezifisch aufbereitet und ausführlich erläutert enthält das Werk an den Anforderungen der Praxis orientierte Kommentare und systematische Darstellungen zu den Rechts- und Verwaltungsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen - jetzt erstmals auch online. Hier finden Sie das richtige Rüstzeug für den Verwaltungs-Alltag, gegliedert in die zentralen Bereiche

- Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines - Wirtschaft, Vergabe und Verkehr - Sicherheit und Ordnung - Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur - Bauwesen, Umwelt und Natur.

→ für Bezieher der Loseblattsammlung  
PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG  
1-3 User bis 31.12.2007  
→ Normalpreis für 3 User  
Plätze 4 - 9 jeweils

kostenlos  
mtl. € 66,-  
mtl. € 11,-

... dazu das große Beck-Plus: Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften

### → Beck'sche Gesetze Digital Bayern, Bund, EU

- Landesrecht im Umfang der Beck'schen Loseblatt-Textsammlungen Ziegler/Tremel, Verwaltungsgesetze des Freistaates Bayern - immer auf dem neuesten Stand
- rund 1.500 Gesetze und Verordnungen des Bundes (Schönfelder, Sartorius, Nipperdey I, Aichberger SGB ...)
- die rund 200 wichtigsten internationalen und EU-Vorschriften.

### → Rechtsprechung aktuell und im Volltext,

mit Schwerpunkten VGH, OVG und BVerwG

### → Die Top-Zeitschriften komplett und aktuell

NWZ seit 1982, NWZ-RR ab 1988, LKV ab 1991

### Neu: Beck'scher Online-Kommentar TV6D

Eigens für die effektive Arbeit am Computer entwickelte, praxisgerechte und fortlaufend aktualisierte Kommentierung des TVÜ und des TV6D, herausgegeben von den Machern aus der Praxis: Bepfer/Böhle/Martin/Stöhr.

### Bundesweit verfügbar:

Beck-KOMMUNALPRAXIS plus für Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

→ Infos/4-Wochen-Test: [www.beck-online.de](http://www.beck-online.de)



# Ein Jahr BürgerService in Starnberg

Produktivität im Bürgerservice um 40,7 Prozent gestiegen  
 Von Wolfgang Tenzer (Landratsamt Starnberg)  
 und Hermann Schurz (i-SYS Unternehmensberatung GmbH)

Die Optimierung der Bürgerdienste im LRA Starnberg setzte erhebliche Potenziale frei. Ein Jahr nach Eröffnung im Mai 2005 ergibt sich eine Steigerung der Produktivität um 40,7 Prozent.

Nach Ablauf der ersten zwölf Monate wurde eine Untersuchung der Auswirkungen der Reorganisationsmaßnahmen durchgeführt.

Mit dem Vorhaben waren hohe Erwartungen verbunden. Neben der Steigerung der Bürgernähe sollte auch die Produktivität bzw. Effizienz erhöht werden. Die Verbesserung der Situation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war ein weiteres Ziel.

Die Untersuchung hat ergeben, dass alle drei Ziele erreicht wurden. Verbesserungen für den Bürger sind beispielsweise

- die Verkürzung der Vorgangszeiten,
- geringere Wartezeiten,
- die Optimierung sämtlicher Zugänge,
- die Reduzierung auf einen bzw. wenige Ansprechpartner,
- eine Ausweitung des Dienstleistungsangebotes und
- die gestiegene Qualität unter Fach- und Serviceaspekten.

Das Ziel, die Situation der Beschäftigten zu verbessern, wurde erreicht durch

- die Nivellierung von Lastspitzen im Besucherverkehr und in der Telefonie,
- die Beseitigung von Zielkonflikten durch Trennung des Besucher- und Telefonverkehrs,

- die Entlastung der Spezialisten von Routinetätigkeiten und
- eine Verbesserung des Arbeitsklimas.

Da alle Maßnahmen ohne Personalmehrung durchgeführt wurden, mussten die Prozesskosten wesentlich gesenkt werden. Um diese anspruchsvollen Ziele zu realisieren, wurden Effizienz und Produktivität stark erhöht - eine Voraussetzung, um wesentlich mehr Vorgänge mit konstantem Personalbestand bearbeiten zu können.

## Aktivitäten wirken auf alle Ziele gleichzeitig

Die Produktivitätserhöhung wurde - nach einer notwendigen Ist-Analyse - durch eine Reihe von Maßnahmen erreicht. Diese ermöglichen eine kundenfreundlichere Abwicklung, Verbesserungen für die Beschäftigten und eine Senkung der Prozesskosten, so dass keine Personalmehrung notwendig ist.

Die Maßnahmen setzten an drei unterschiedlichen Stellen an: Prozess- und Personalintegration, Personalsteuerung und Prozessoptimierung.

1. Die prozessuale Integration sorgt für Auslastung. Eine bestimmte Anzahl geeigneter Standard-Services werden in ei-

ner organisatorischen Einheit bearbeitet. Diese Einheit kann dezentral oder zentral arbeiten. Eine räumlich zentrale Lösung ist nicht in jedem Landkreis zielführend. Dabei ist unerheblich, auf welchem Weg die Anfragen in das Landratsamt gelangen (Besucher, Telefon, E-Mail oder Web-Seite). Alle Zugangswege werden von einem Personal-Pool betreut. Diese personelle Integration schafft die Voraussetzung für einen rollierenden und steuerbaren Personaleinsatz.

2. Die erfolgreiche Realisierung der ersten Maßnahme ermöglicht ein Steuerungssystem, mit dem die Beschäftigtenzahl kurzfristig der schwankenden Kundennachfrage angepasst werden kann. Das verhindert Über- bzw. Unterkapazitäten -

Zeitraum	Anzahl Prozesse (absolut ungewichtet)		
	Zulassung, Empfang	Neue DL für Fachbereiche	Gesamt
Mai 2004 bis April 2005	81.626	---	81.626
Mai 2005 bis April 2006	109.449	33.449	142.943
Produktivität pro Stellenanteil gewichtet	+ 40,7 %		

Die Entwicklung der Fallzahlen nach der Eröffnung des BürgerService in Starnberg.

siehe Schaubild 1 und nachfolgendes Beispiel 1.

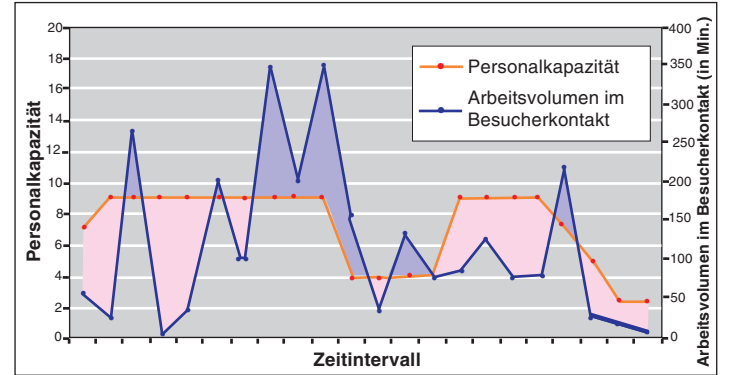
3. Die Verschlinkung der Prozesse durch Prozessoptimierung beschleunigt die Abläufe und senkt Kosten. Hier wird ein zusätzliches Potenzial zur Steigerung der Produktivität geschaffen.

Nachfolgend veranschaulichen wir an zwei ausgewählten Maßnahmen die Zielwirkungen.

## Beispiel 1: Über- und Unterkapazitäten verhindern

Überkapazitäten bedeuten ausgelastetes Personal und damit einen Produktivitätsverlust. Unterkapazitäten verursachen sinkende Service-Qualität aufgrund erhöhter Wartezeiten für die Kunden. Beide fördern ein negatives Arbeitsklima und führen zu erheblicher Mitarbeiterbelastung.

Das Schaubild oben zeigt, wieviel Produktivitätsreserven in der Personalsteuerung liegen. Produktivitätsverluste durch Überkapazitäten sind hellrot markiert. Hier stehen viele Beschäftigte einer zu geringen Nachfrage gegenüber. Der hellblaue Bereich symbolisiert die Verluste an Service-Qualität,



Beispiel für die Effizienzverbesserung und Senkung der Wartezeiten durch intelligente Personalplanung.

- Sie verbessert die Situation der Beschäftigten durch die Nivellierung der Lastspitzen.
- Sie erhöht die Effizienz des Personals und senkt indirekt Kosten.

## Beispiel 2: Integration geeigneter Dienstleistungen

Jeder optimierte Prozess steuert seinen Teil zu den angestrebten Verbesserungen bei. Dies führt zu einer Steigerung der Produktivität, die nur von der Auslastungsgrenze beschränkt wird:

- Die Service-Qualität für den Bürger und der Entlastungseffekt der Fachbereiche steigt mit der Anzahl der angebotenen Dienstleistungen.
- Kosten werden indirekt gesenkt. Dies fällt umso höher aus, je mehr Prozesse optimiert und in die Bürgerservicestruktur integriert werden.

## Berechnung der Produktivitätssteigerung in Starnberg

Ausgehend vom Jahr vor der Eröffnung des neuen BürgerService können wir eine Steigerung des Leistungsvolumens auf ca. 143.000 Vorgänge im ersten Jahr feststellen (siehe Tabelle 1). Das betrifft ein gestiegenes Arbeitsvolumen in der Kfz-Zulassung als auch neue Serviceleistungen.

Gewichtet entspricht dies 40,7 % Produktivitätssteigerung pro Vollzeit-Stelle. In der nebenstehenden Tabelle 1 werden die aggregierten Zahlen verglichen.

## Nebeneffekt: Steigerung der Einnahmen durch neue Kunden

Auch das ist möglich: Seit der Eröffnung des BürgerService im Mai 2005 nutzen immer mehr Kunden aus anderen Landkreisen und Städten die erweiterten Öffnungszeiten und den schnellen Service für die Erstellung von Sonderkennzeichen.

Die Fallzahlen für Kurzzeit- und Ausfuhrkennzeichen haben sich erheblich erhöht, so dass Mehreinnahmen in Höhe von ca. 110.000 Euro zu verzeichnen sind.

## Ausblick: Vollständige Integration der Führerscheinstelle

Der BürgerService ist ein Motor der Verwaltungsmodernisierung, die Integration der Führerscheinstelle wird im November abgeschlossen sein. Dann sind die Services um weitere 13 Leistungen angewachsen. Das bedeutet: Der Erreichungsgrad unserer Ziele wird weiter erhöht.

## Der BürgerService als ein „Motor der Verwaltungsmodernisierung“

Wir sind gespannt, wie sich der BürgerService in Starnberg weiter entwickeln wird. Nach einer Phase der Konsolidierung bestehen noch Möglichkeiten für einen Ausbau in Richtung eines multifunktionalen Dienstleistungszentrums.

hier kommt es aufgrund der hohen Nachfrage zu Wartezeiten für die Kunden.

Die Verluste an Produktivität und Service-Qualität werden durch eine intelligente Personaleinsatzplanung auf annähernd Null reduziert. Diese Maßnahme wirkt auf alle 3 Ziele:

- Sie erhöht die Service-Qualität.

## § GZ Aktuelle Rechtsprechung §

### OLG Celle untersagt Landkreis Göttingen Beschaffung von Software über kommunalen IT-Dienstleister

Göttingen. Das Oberlandesgericht Celle hat dem Landkreis Göttingen rechtskräftig untersagt, Softwarelösungen über ihren kommunalen IT-Dienstleister, der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Südniedersachsen (KDS), zu beschaffen. Er muss hierfür ein europaweites Vergabeverfahren durchführen. Die bestehenden Beschaffungsverträge zwischen dem Landkreis Göttingen und den Firmen Prosoz Herten GmbH und prosozial GmbH wurden für nichtig erklärt.

Damit wurde die erstinstanzliche Entscheidung der Vergabekammer Lüneburg auch in der zweiten Instanz in diesem Punkt bestätigt. Entgegen dem Beschluss der Vergabekammer stellte das OLG Celle jedoch fest, dass es sich in dem vorliegenden Fall um einen dem Vergaberecht unterliegendem öffentlichen Lieferauftrag handelt und nicht um ein vergaberechtes In-house-Geschäft.

#### Unzulässige Verfälschung

Die Landkreise Göttingen und Osterode am Harz hatten Ende 2004 die KDS mit der Beschaffung einer neuen Software für die Bereiche der Grundversicherung für Arbeitsuchende, der Sozialhilfe und dem Asylbewerberleistungsgesetz beauftragt. Doch anstatt die Aufträge über insgesamt 659.000 Euro EU-weit auszuschreiben, vergab die KDS diese direkt an die Firmen prosozial GmbH und die Prosoz Herten GmbH. Die Datenverarbeitungszentrale, die neben Göttingen und Osterode von 47

stehenden Kommunen getragen wird, verstößt damit grundlegend gegen das vergaberechtliche Wettbewerbsgebot. Laut Urteil des OLG Celle verfälscht eine Auftragsvergabe öffentlicher Auftragseigner ohne Vergabeverfahren den Wettbewerb mit anderen Unternehmen unzulässig (13 Verg 2/06 VgK 12/2006, S.6) und ist daher abzulehnen. Dies gilt auch insoweit, als bei kommunalen IT-Dienstleistern wie der KDS, die sich grobenteils über die von den Gesellschaftern gezahlten Entgelte finanzieren, die begründete Annahme besteht, sie ließen sich von „anderen als wirtschaftlichen Überlegungen leiten.“ (13 Verg 3/06 VgK 13/2006, S.7)

### Rundfunkgebühren für gewerblich genutzte PCs

„Dass Betriebe und Selbstständige für gewerblich genutzte internetfähige Computer - andere wären für eine moderne betriebswirtschaftliche Verwendung ja wirklich kaum sinnvoll - ab 2007 Rundfunk- und Fernsehgebühren zahlen sollen, ist auch für mich nicht nachvollziehbar“, so schrieb der Augsburger CSU-MdL Johannes Hintersberger nun an Staatsminister Eberhard Sinner und den Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion Joachim Herrmann. Hintersberger forderte in seinem Brief, dass sich der Ministerrat und die Landtagsfraktion mit diesem neuen Problem für die kleinen und mittleren Betriebe befassen sollen. Jede weitere Belastung der Wirtschaft durch unnötige und nicht an der Wirklichkeit orientierte Regelungen sei ein Hemmnis, das sich letztlich auch auf den Arbeitsmarkt negativ auswirke.

Hürden gemeinsam meistern.  
 Zinslasten senken –  
 Marktchancen nutzen

Besuchen Sie unsere Veranstaltung  
**Kommunales Schuldenmanagement**  
 am 29. November 2006  
 in der Deutschen Bank,  
 Promenadeplatz 15, 80333 München.

Anmeldung und weitere Informationen bei  
 Hans-Jürgen Gerlach – Kontaktdaten siehe unten.

Machen Sie Ihr Finanzmanagement zum Chancenmanagement: Die erfahrenen Spezialisten der Deutschen Bank bieten moderne Finanzinstrumente an, die zielgenau und praxisorientiert auf Kommunen, kommunale Betriebe und Unternehmen zugeschnitten sind. Ihre Chancen: Zinsaufwand senken, Verpflichtungen schneller abbauen und neue Spielräume für Investitionen schaffen.

Mehr dazu erfahren Sie im Internet oder direkt von Ihrem Ansprechpartner:  
 Hans-Jürgen Gerlach, Tel.: 0 89-23 90 22 09  
 E-Mail: hans-juergen-ge.gerlach@db.com

www.deutsche-bank.de/oeffentlicher-sektor

Leistung aus Leidenschaft.

Deutsche Bank





Besuchen Sie uns auf der Messe  
„Moderner Staat“, 28./29.11.2006,  
Messegelände Berlin, Halle 7.2b/17

## \* Diese Stadt wird nicht verwaltet.

Wie wird aus einer traditionellen Stadtverwaltung eine bürgernahe und serviceorientierte Behörde? Viele Städte haben dafür ehrgeizige Pläne entwickelt, die sie mit IBM als Partner realisieren. Dabei nutzen sie Ultrabreitbandnetze und straffere Verwaltungsprozesse, um öffentliche Dienstleistungen effizienter zu machen. Und diese neue Effizienz macht sich bezahlt: Als Standortvorteil fördert sie die wirtschaftliche Entwicklung der Städte. Und wo mehr Geld in die kommunalen Kassen fließt, kann die Verwaltung eben gestalten, statt nur zu verwalten. Zum Beispiel den Zugang zu Bildung vereinfachen, die Infrastruktur ausbauen und vielseitige Freizeitangebote schaffen. Interessiert an Innovation für Ihre Stadt? Sprechen Sie mit jemandem, der Innovative auf Ideen bringt: mit IBM. Mehr dazu unter [ibm.com/de/solutions/public](http://ibm.com/de/solutions/public)

### Was macht Sie so besonders?





## Barrierefreies Internet:

# Ohne Hürden online gehen

Aktionstag in Herzogsägmühle - Teil der Entwicklungspartnerschaft Allgäu-Oberland

Barrierefreies Internet, auch unter dem Begriff der Zugänglichkeit oder Accessibility bekannt, ist die Kunst, Webseiten so zu gestalten, dass jeder sie nutzen und lesen kann. Beim Aktionstag „Barrierefreies Internet - ohne Hürden online gehen“ in Herzogsägmühle (Landkreis Weilheim-Schongau) gaben Experten Auskunft zur Gesetzeslage und Tipps zu Sprache und Design. Sie stellten technische Hilfsmittel für Menschen mit Handicap vor, die den Weg ins Internet erleichtern. Betroffene veranschaulichten aus ihrer Sicht, was einen herkömmlichen von einem barrierefreien Internetauftritt unterscheidet.

Ein barrierefreier Internetauftritt muss die Bedürfnisse von Blinden und Sehbehinderten, Gehörlosen sowie Körper- und Lernbehinderten berücksichtigen. Blinde und Sehbehinderte orientieren sich im Internet zum Beispiel mit Hilfe eines Screenreaders. Für den optimalen Einsatz des Screenreaders ist es wichtig, dass ein Auftritt aus wenigen Seiten mit ausführlichen Inhalten besteht, die durch viele Absätze gut und eindeutig strukturiert sind. Taube und Hörgeschädigte wünschen sich, dass komplizierte Zusammenhänge durch kurze Filme in Gebärdensprache veranschaulicht werden.

## Alltagsbewältigung

Herzogsägmühle ist ein Ort, an dem Menschen leben und arbeiten, die im Leben benachteiligt sind oder wurden - sei es durch Suchterkrankung, Arbeitslosigkeit, Wohnungsverlust, seelische Erkrankung und körperliche oder geistige Behinderung. Menschen mit einem Handicap eröffnet das Internet völlig neue Möglichkeiten, ihren Alltag zu bewältigen. Die Veranstaltung über barrierefrei-

es Internet trug dazu bei, die soziale und berufliche Integration dieser Menschen zu fördern.

## Innovative Strategien

Herzogsägmühle ist überdies Teil der Entwicklungspartnerschaft Allgäu-Oberland, die von EQUAL gefördert wird. EQUAL ist ein europaweites Arbeitsmarkt-Programm der Europäischen Union. Modellhaft werden neue und innovative Strategien zum Abbau von Ungleichheit und Diskriminierung jeglicher Art am Arbeitsmarkt entwickelt und realisiert. Ziel dabei ist, erfolgreiche Neuerungen in die Förderprogramme der EU-Mitgliedstaaten zu übernehmen.

## Gezielte Förderung

Aus europäischer Sicht steht EQUAL für die Förderung von Austausch an Wissen und Erfahrung, gegenseitigem Lernen und der Nutzung von Synergien der Programm- und Projekt-Verantwortlichen auf europäischer Ebene. Die Förderung durch EQUAL basiert auf den Säulen der EU-Beschäftigungsstrategie und beinhaltet Maß-

nahmen zum Abbau von Ungleichheit und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt durch:

- Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit;
- Entwicklung von mehr Unternehmertegeist;
- Förderung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten;
- Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern;
- Förderung von Asylbewerber/innen.

EQUAL spricht die Menschen an, denen aufgrund persönlicher und allgemeiner (Ver-

## E-Government in den Kommunen:

# Fortschritte und Defizite

Bestandsaufnahme von Difu und KGSt

In Zusammenarbeit mit der KGSt hat das Deutsche Institut für Urbanistik eine umfassende Bestandsaufnahme zu den Fortschritten und Defiziten im kommunalen E-Government vorgelegt. Insgesamt konnten Angaben von etwa 330 Kommunen ausgewertet werden (jeweils über 100 Städte und Gemeinden mit mehr und mit weniger als 50 000 Einwohnern sowie mehr als 100 Kreise). Auf eine einfache Formel gebracht lautet das Ergebnis der Erhebung „Drei Schritte vor, einer zurück“.

Die wichtigsten Ziele des kommunalen E-Government haben sich in den vergangenen Jahren leicht verschoben: Die Ausschöpfung von Spar- und Rationalisierungspotenzialen ist wichtiger, wenn auch nicht dominant geworden. Außerdem stehen die Modernisierung von Politik und Verwaltung sowie die verbesserte Erreichbarkeit für „Kunden“ im Vordergrund.

## Online-Services

Bei den Online-Services sind die Kommunen, wie die Umfrage zeigt, speziell im Bereich der Informations- und Kommunikationsangebote oft schon weit fortgeschritten; Transaktionsangebote - zum Beispiel Online-Anmeldungen oder -Genehmigungen - liegen im Vergleich dazu jedoch noch weit zurück.

## Ausbau der Basisinfrastruktur

Erfreulich ist die Entwicklung des Problembewusstseins: Die Kommunen haben mehrheitlich erkannt, dass Transaktionsangebote gerade für „Großkunden“ der Verwaltung, vor allem für Vielnutzer wie Dienstleister und Intermediäre, eine wichtige Rolle spielen. Neben der Fortentwicklung der Fachanwendungen - beispielsweise im Einwohner-

mittlungs-) Hemmnisse die Aufnahme einer Beschäftigung oder Gründung einer eigenen Existenz verwehrt bleibt. Aber auch die Menschen, die von Diskriminierung durch Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder Ungleichheit am Arbeitsplatz betroffen oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, werden gezielt gefördert.

## Förderung von Netzwerken

EQUAL fördert dabei nicht einzelne Projekte, sondern nur Netzwerke. Relevante Arbeitsmarktakteure eines Wirtschaftssektors oder einer Region haben sich deshalb zu so genannten Entwicklungspartnerschaften zusammengeschlossen. Gemeinsam sollen sie neue Wege und Lösungen für die Probleme des Wirtschaftssektors oder der Region finden und erproben. **DK**

# IBM vereinfacht IT am Arbeitsplatz

IBM führt neue Services ein, die durch Virtualisierungstechnologien das Arbeiten vereinfachen. Die „Virtual Infrastructure Access Services“ ermöglichen einen sicheren und einfachen Zugang zu zentralisierten Anwendungen, Informationen und IT-Ressourcen. Zu diesen Services von IBM Global Technology Services bieten Experten aus dem Geschäftsbereich „End User Services“ Dienstleistungen für Beratung, Assessment, Planung, Entwicklung und Implementierung. Das Angebot ist Bestandteil der neuen IBM Strategie, Technologie-Dienstleistungen ähnlich wie Produktpakete zu vertreiben.

Die rasante Entwicklung im Bereich Endanwender-Technologie stellt Unternehmen vor wachsende Herausforderungen, vor allem in Hinblick auf die immer größer werdende Anzahl von Endgeräten, komplexen IT-Umgebungen, steigenden Supportkosten und erhöhten Sicherheitsrisiken. Durch die Notwendigkeit, neue Endanwender-Technologien einzusetzen, geraten IT-Verantwortliche zunehmend in Zugzwang. Ihre Systeme werden zwangsläufig immer komplexer, weil diese den wachsenden Anforderungen ihrer Mitarbeiter nach modernster Informationstechnologie gerecht werden müssen.

## Produktivitätssteigerung

„IBM unterstützt Unternehmen dabei, ihre Umgebungen für den Endanwender zu verbessern. Durch die Verknüpfung und Verwaltung mehrerer Endgeräte und Software-Plattformen tragen wir dazu bei, dass Mitarbeiter Leistung und Produktivität steigern können. Gleichzeitig haben die IT-Verantwortlichen mehr Freiraum für neue Projekte, die das Unternehmen voranbringen“, sagt Gabriele Sievers, verantwortlich für den Geschäftsbereich „IBM End User Services“. „Unsere neuen IBM Services bieten Mitarbeitern einen sicheren Weg zu genau den Anwendungen, Informationen und IT-Ressourcen, die sie benötigen - und zwar überall und jederzeit.“

## Niedrigere Kosten

Neue Endanwender-Technologien von IBM schaffen Unabhängigkeit zwischen Endgerät, Betriebssystem und Anwendungen. Die IBM Virtual Infra-

structure Access Services beinhalten aktuelle und zukünftige Virtualisierungstechnologien. Enthalten sind im Markt erfolgreich eingeführte IBM Produkte und Services sowie Produkte verschiedener Hersteller wie VMware oder CITRIX. Die zentral verwaltete IT-Umgebung erleichtert den technischen Support und reduziert Ausfallzeiten und Kosten, indem Anforderungen an die Rechenleistung auf den Server übertragen werden.

## Neue Services

Im Weiteren führt IBM zwei neue Services zur Vereinfachung des IT-Arbeitsplatzes ein. Diese neuen Dienstleistungen optimieren die IT-Umgebung für Endanwender im Unternehmen unter Nutzung innovativer Technologien aus den IBM Labors:

- IBM Software Platform Management Services: Zu diesen Dienstleistungen gehören die elektronische Verteilung und Installation von Softwarepaketen und Daten von zentraler Stelle - der Anwender-Eingriff bleibt minimal. Die Services unterstützen IT-Arbeitsplätze inklusive dem Betriebssystem, Netzwerkprotokolle, Hardwaretreiber, Kernanwendungen sowie ein Patch Management für das Betriebssystem.
- IBM Platform Integration and Development Services: Zu diesen Services gehören Aktivitäten rund um den Lebenszyklus der Endgeräte. Hierzu zählen die Beschaffung (inklusive PCs, Selbstbedienungsterminals, ATMs, mobile und kabellose Endgeräte), das Bereitstellen, Testen und Installieren von entsprechendem Zubehör, die Standortprüfung und Schulungen vor Ort. **□**

## Barrierefreie Informationstechnik:

# Verordnung ab 1.1.2007

Die Bayerische Verordnung zur Schaffung Barrierefreier Informationstechnik tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. „Mit dieser Verordnung tragen wir der Verpflichtung aus dem Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetz Rechnung, wonach die Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen des Freistaats Bayern ihre Internetangebote schrittweise technisch so zu gestalten haben, dass sie von Menschen mit Behinderung grundsätzlich uneingeschränkt genutzt werden können“, teilte Innenminister Dr. Günther Beckstein in München mit.

Für die grundsätzlich uneingeschränkte Nutzung des Internets gebe es eine Reihe von technischen Möglichkeiten, angefangen von einer größeren Schrift bis hin zu einer alternativen, auch sprachlich umsetzbaren, Bildbeschreibung, erläuterte Beckstein. Die technischen Standards seien in der Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung des Bundes definiert. „Durch eine Übernahme dieser technischen Standards in den Ländern werden bundesweit gleiche Bedingungen geschaffen. Damit kommen wir einer Forderung der Behindertenverbände nach und es dient zugleich der Verwaltungsvereinfachung“, betonte der Minister. **DK**

# Gemeinsam Werte schaffen

## KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Bauland-Entwicklung (Beschaffung und Erschließung)
- Kommunale Investitionen
- Einheimischen-Modelle



Wussten Sie eigentlich, dass im Jahre 1947 die Bayerische Landessiedlungs Gesellschaft mit der Durchführung der Bodenreform in Bayern betraut wurde?

Bayerische Landessiedlung GmbH



## Seltene Nutzungsanreize

Weiteres Problem: Die Kosten-/Nutzenanalysen oder regelmäßige Wirtschaftlichkeitsberechnungen werden nur von einem kleinen Teil der deutschen Kreise, Städte und Gemeinden vorgenommen. Schließlich ist das Marketing für die E-Government-Anwendungen vor allem in kleineren Kommunen noch kaum vorhanden, ebenfalls werden noch zu selten Nutzungsanreize gewährt.

Die Umfrage zeigt insgesamt, dass bei allen Fortschritten entscheidende Weichenstellungen im kommunalen E-Government erst noch anstehen. So ist eine der wichtigsten Aussagen aus der Befragung für die Weiterentwicklung von E-Government im föderalen System, dass die Kommunen starke Befürworter einer Zentralisierung von Verfahren und Datenbeständen sind und damit auch die Grenzen und Rechte der kommunalen Selbstverwaltung sinnvoll interpretieren. **DK**

# Kommunen mit doppelter Buchführung

Staatsregierung setzt auf moderne Verwaltungssteuerung - Spitzenverbände haben Bedenken wegen der Kosten

Die Kommunen sollen ermächtigt werden, ihre Haushaltsführung, nach kaufmännischen Grundsätzen zu gestalten. Sie sollen zwischen dem kameralen und dem kaufmännischen Haushalts- und Rechnungswesen wählen können. Damit erhalten die Kommunen die Gelegenheit, moderne Modelle der Verwaltungssteuerung einzusetzen, so dass sie auf der Grundlage der doppelten Buchführung (Doppik) arbeiten. Durch die Umstellung entsteht den Kommunen ein noch nicht im Einzelfall zu beziffernder Mehraufwand durch Kauf neuer Software sowie Beratung und Schulung von Mitarbeitern.

Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Staatsregierung hat der federführende Kommunalausschuss des Landtags mit den Stimmen der CSU gebilligt. Das Gesetz geht zurück auf eine Entschließung der Innenministerkonferenz. Berichterstatter Herbert Ettengruber (CSU) verwies darauf, die kommunalen Spitzenverbände hätten bei der Anhörung bemängelt, dass künftig zwei Systeme nebeneinander stehen, was die Verwaltung verteuert. Die Mehrkosten könnten jedoch nicht nach dem Konnexitätsprinzip vom Staat eingefordert werden, weil es sich um eine freiwillige Umstellung handle.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Schmitt-Bussinger (SPD) meldete erhebliche Bedenken an. Das Optionsmodell sei nicht zukunftsweisend, da durch die unterschiedliche Buchführung „keine Vergleichsmöglichkeit für die Kommunen bestehe“. Für die zusätzlichen Kosten müsse der Staat im Sinne der Konnexität eintreten. Deswegen lehne die SPD das Gesetz ab. Auch Christine Kamm (Grüne) stellte den Sinn einer doppelten Buchführung mit zusätzlichem finanziellen Aufwand in Frage. **rm**

Ihre Ansprechpartner für die jeweiligen Regierungsbezirke:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929  
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 0821 / 50 22 613

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müllner Tel. 0941 / 78 00 116

Kompetenzzentrum, Planungs-, Dokumentationsdienstleistungen und Konversion: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42 34



Schmid bei Fachtagung Städtebauförderung:

# Stadtumbau West - Chance für neue Qualität

„Städtebauförderung ist Investition in Zukunft unserer Städte und Gemeinden“

„Es ist erklärtes strukturpolitisches Ziel der Bayerischen Staatsregierung, mit der Städtebauförderung in die Zukunft der Städte und Gemeinden zu investieren und sie bei der Gestaltung des strukturellen Wandels zu unterstützen. Denn die Standortqualität unseres Landes erfordert aktive und leistungsstarke Städte und Gemeinden“, betont Innenstaatssekretär Georg Schmid anlässlich der Fachtagung der Städtebauförderung „Stadtumbau West - Chance für neue Qualität“ in München.

Seit 35 Jahren schon engagieren sich Staat und Kommunen gemeinsam in der Stadterneuerung. Finanziell unterstützt werden diese Maßnahmen durch die Städtebauförderungsprogramme des Bundes und des Freistaates Bayern. Die aktuellen Handlungsschwerpunkte der Städtebauförderung sind die Stärkung der Innenstädte und Ortszentren, der Erhalt eines attraktiven Stadt- und Ortsbildes, die Unterstützung sozial und wirtschaftlich benachteiligter Stadtgebiete im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ und die Wiedernutzung von Brachflächen und Gebäudeleerständen und damit die

Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen im neuen Programm „Stadtumbau West“.

## Gesamtstädtische Entwicklungskonzepte

„Ziel dieses Programms ist es, die Kommunen mit besonders gravierenden Funktionsverlusten bei der Bewältigung des strukturellen Wandels infolge demografischer und wirtschaftlicher Veränderungen fachlich und finanziell zu unterstützen und die Chancen für neue qualitative städtebauliche Entwicklungen zu nutzen. Die Vorgehensweise in diesem Programm erfordert ge-

samtstädtische Entwicklungskonzepte und fachübergreifende Handlungskonzepte, um die komplexen Stadterneuerungsmaßnahmen sinnvoll zu steuern“, so Schmid.

## Schwerpunkte

Die regionalen Schwerpunkte des Stadtumbaus in Bayern liegen auf Grund der Problemstellungen in den strukturschwachen Grenzlandkreisen in Nord- und Ostbayern. Insgesamt ist in Bayern der Stadtumbau vorrangig ein Programm für den ländlichen Raum. 68 Prozent der Finanzhilfen des Programms fließen 2006 in Städte und Gemeinden im ländlichen Raum.

Handlungsschwerpunkte im Programm sind die Revitalisierung von Brachflächen. Aktuell werden 15 Kommunen mit Problemen durch brach gefallene Gewerbe- und Industrieflächen unterstützt. 17 Programmkommunen befassen sich mit der Konversion militärischer Liegenschaften. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt liegt bei Gemeinden mit sowohl rückläufigen Bevölkerungs- als auch Arbeitsplatzzahlen, in denen gleichzeitig erhebliche städtebauliche Funktionsverluste zu verzeichnen sind. Allein im Jahr 2006 werden 16 Millionen Euro an Fördermitteln für Stadtumbauaufgaben bereitgestellt. Waren es zu Programmstart 2004 noch 28 Kommunen, die Zuwendungen erhielten, so konnte diese Zahl zwischenzeitlich auf 52 erhöht werden.

## Standortstärkung

Die Chancen des Stadtumbaus liegen vor allem in Impulsen für die Innenentwicklung, die Standortstärkung und die Attraktivitätssteigerung. Dadurch hat der Stadtumbau das Potenzial, einem weiteren zusätzlichen Flächenverbrauch entgegen zu wirken und zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beizutragen. Seit Programmbeginn 2004 konnten insgesamt 49 Millionen Euro Finanzhilfen von Bund und Land für Stadtumbauaufgaben bereit gestellt werden. Insgesamt stehen den Kommunen in diesem Jahr in den verschiedenen von Europäischer Union, Bund und Freistaat finanzierten Programmen der Städtebauförderung rund 103 Millionen Euro für städtebauliche Investitionen zur Verfügung. Der Mittelanteil des Freistaates Bayern beträgt dabei über 58 Millionen Euro, der des Bundes rund 40 Millionen Euro, 5,2 Millionen Euro werden von der Europäischen Union bereit gestellt.

Näheres ist im Internet unter [www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/](http://www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/) abrufbar.

Bayerische Bauindustrie:

## Deutlich mehr Ausbildungsplätze

München. „Wenn es der Bauwirtschaft gut geht, spürt das der Arbeitsmarkt sofort und deutlich“, so Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes. Als eindrucksvollen Beleg führt er die stark gestiegene Zahl der Anmeldungen zur überbetrieblichen Ausbildung in den Ausbildungszentren der bayerischen Bauindustrie in Stockdorf und Wetzendorf an. Hess: „Der Zuwachs von über 18 Prozent ist ein beeindruckender Beleg, wie die bessere Baukonjunktur schnell und nachhaltig auf den Arbeitsmarkt ausstrahlt. Der Baumarkt ist eben hier die Lokomotive: Nur bei einer guten Baukonjunktur ist überhaupt ein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten“.

Hess verweist zudem darauf, dass der Bau immer viel ausgebildet hat. Und auch in den vergangenen, keinesfalls goldigen Baujahren haben die Bauunternehmen die Zukunftsinvestition

wenn es dem Bau gut geht, geht es der Wirtschaft insgesamt gut“, macht Hess deutlich. „Die Bauwirtschaft ist eben eine Schlüsselbranche“. Bauen schafft die Grundlagen für unsere Zukunft, so Hess. „Bauberufe bieten enorme Chancen, die Karriere- und Verdienstmöglichkeiten sind überdurchschnittlich.“

## Schlüsselfunktion

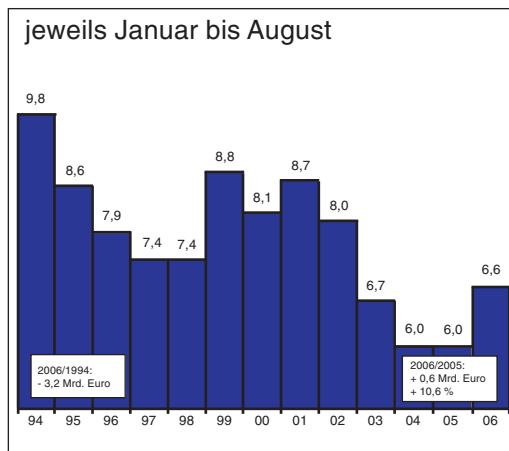
Doch ist sich die Politik dieser Schlüsselfunktion der Bauindustrie für Arbeitsmarkt und Wohlstand nicht immer voll bewusst. „Dass die Investitionsanteile in den öffentlichen Haushalten immer weiter abfallen, unsere Infrastruktur verfällt, kein Ausbau für die Zukunft stattfindet, ist unverantwortlich“, so Hess. „Diesen Raubbau an unserer Zukunft müssen wir beenden. Den Nutzen spüren wir sofort am Arbeitsmarkt und dank der dann besseren Infrastruktur bei den Standortbedingungen, bei Wachstum und Wohlstand“, so Hess und bekräftigt abschließend: „Mehr Bauen ist die beste Zukunftsvorsorge“.



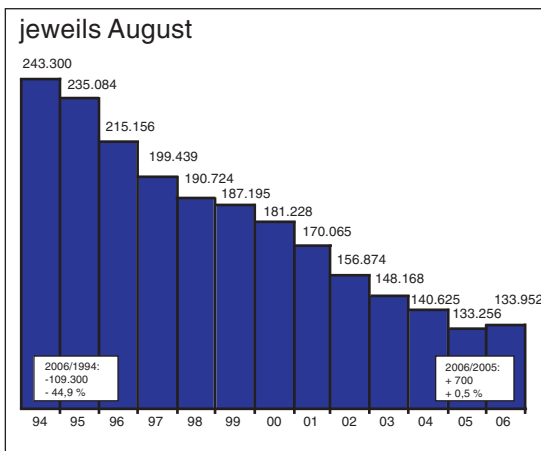
Gerhard Hess.

Bauausbildung auf hohem Niveau weitergeführt. „Die Bauwirtschaft ist bei der Ausbildung vorbildlich: Sie denkt an ihre Zukunft und an die unseres Landes“, so Hess.

„Es muss immer wieder vor Augen geführt werden: Nur



Auftragseingänge jeweils Januar bis August, in Mrd. Euro.  
Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt



Im August leichter Anstieg der Beschäftigung am Bau in Bayern.  
Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt

## Baugenehmigungen um fast 20 Prozent angestiegen

Beckstein: „Baukonjunkturelle Stimmung bessert sich“

Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnraum in Bayern stieg in den ersten drei Quartalen 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um fast 20 Prozent von 37.031 auf 44.369. „Die bis zu doppelt so hohen Steigerungsraten des ersten Halbjahres werden allerdings nicht mehr erreicht. Der nach wie vor deutliche Anstieg der Baugenehmigungen ist aber ein deutlicher Hinweis auf eine Besserung der konjunkturellen Grundstimmung“, so Innenminister Dr. Günther Beckstein zu den aktuellen Zahlen des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung. „Nun kommt es darauf an, dass die Baugenehmigungen auch ausgenutzt und Wohnungen gebaut werden, damit nach der jahrelangen Krise der bayerischen Bauwirtschaft ein dauerhafter Aufschwung folgt“, so der Minister.

Von Januar bis September 2006 wurden in Bayern für insgesamt 44.369 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt oder Genehmigungsfreistellungsverfahren abgeschlossen. Das waren 7.338 Wohnungen oder 19,8 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (37.031 Wohnungen). Die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser stieg um 25 Prozent von 15.886 auf 19.852, die Zahl der genehmigten Wohnungen in Zweifamilienhäusern um 24,9 Prozent von 3.278 auf 4.094. Stabile Zuwächse verzeichnet auch der Geschosswohnungsbau: 14.780 Baufreigaben für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern wurden in den ersten neun Monaten des Jahres erteilt. Das sind 15,4 Prozent mehr als in den ersten drei Quartalen 2005 (12.803).

## Handlungsempfehlungen für Gebäudeeigentümer

„Nach dem tragischen Einsturz der Eislaufhalle in Bad Reichenhall hat das Innenministerium mit einer Expertengruppe ‘Hinweise für die Überprüfung der Standsicherheit von baulichen Anlagen durch den Eigentümer/Verfügungsberechtigten’ erarbeitet, die ab sofort im Internet unter [www.bauen.bayern.de](http://www.bauen.bayern.de) abrufbar sind“, teilte Staatssekretär Georg Schmid mit.

Die Hinweise sollen Eigentümer/Verfügungsberechtigte in ihrer Verantwortung für die Standsicherheit von Gebäuden unterstützen und bieten eine wertvolle Hilfe für den Unterhalt ihrer Gebäude. Die Bauministerkonferenz hat inzwischen beschlos-

sen, die „Hinweise“ bundesweit zu veröffentlichen.

Die Expertengruppe bestand aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, der Bayerischen Ingenieure- und Architektenkammer, der Industrie- und Handelskammer, der Versiche-

rungskammer Bayern, der Vereinigung der Prüferingenieure für Baustatik in Bayern e. V., der LGA Bayern und der TU München. Sie hat sich intensiv mit Fragen der Sicherstellung der Standsicherheit insbesondere großer öffentlich zugänglicher Gebäude beschäftigt.

## Regelwerk ausreichend

Die Expertengruppe ist der Auffassung, dass das vorhandene baurechtliche Regelwerk ausreichend und Gebäude bei ordnungsgemäßer Anwendung des Regelwerks standsicher sind. Allerdings hat sich auch gezeigt, dass der bestimmungsgemäßen Nutzung und Wartung der Gebäude in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu widmen ist. Staatssekretär Georg Schmid weist deshalb nochmals auf die Verantwortung der öffentlichen und privaten Eigentümer hin, Gebäude stets in einem verkehrssicheren Zustand zu erhalten. Die „Hinweise“ erläutern für bestimmte Gebäudetypen mit höherem Gefährdungspotential und höheren Schadensfolgen, wie bei Überprüfungen vorgegangen werden kann. Sie enthalten einen Prüfkatalog für die verschiedenen Bauweisen und geben Orientierungswerte für Überwachungszeiträume an.

Aufgrund der Erkenntnisse aus Bad Reichenhall und weiteren Schadensfällen des vergangenen Winters hat das Innenministerium eine Überprüfung der Standsicherheit bei Gebäuden in Bayern mit einer Tragwerkskonstruktion aus Holz noch vor diesem Winter veranlasst, weil in diesen Hallen besonders ungünstige klimatische Bedingungen gegeben sind, die eine Schädigung der Tragwerkskonstruktion bewirken können.

**27 MIO. MENSCHEN ERFAHREN TÄGLICH:  
WER MIT UNS FÄHRT, HAT MEHR GELD  
FÜR SCHÖNE DINGE.**

Ein Besuch in der Oper oder ein Bummel über den Rummelplatz? Mit Bus und Bahn kommen Sie nicht nur gut an, Sie kommen auch günstig weg. Das merken Sie spätestens, wenn Sie an der Zapfsäule mehr bezahlen, als eine Monatskarte kostet. Machen Sie es wie 27 Mio. Fahrgäste in Deutschland. Steigen Sie um. Sparen Sie Ihr Geld für schöne Dinge.

**Damit Deutschland mobil bleibt**  
Busse & Bahnen

[www.deutschland-bleibt-mobil.de](http://www.deutschland-bleibt-mobil.de)



# Wohnungspolitik im Umbruch

Phase der grundsätzlichen Neuorientierung

Von Dr. Franz Wirnhier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayerische Landesbausparkasse

Nach dem Wegfall der Eigenheimzulage befindet sich der Markt für Wohnimmobilien jetzt in einer Phase der grundsätzlichen Neuorientierung. Die Bundesregierung ist dabei, das wohnungspolitische Koordinatensystem gravierend zu verändern. Einige Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag beschlossen wurden, sind bereits umgesetzt. Andere werden mit Spannung erwartet.

Vollzogen ist der Wegfall der Eigenheimzulage. Sie wurde zum 1. Januar 2006 endgültig abgeschafft. Das macht den Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum zweifellos schwieriger, vor allem für die so genannten Schwellenhaushalte. Einer vierköpfigen Familie mit kleinem oder mittlerem Einkommen fehlen nun 22.800 Euro auf dem Weg zum Eigenheim. Das ist von diesen Haushalten nicht einfach wegzustecken. Man muss abwarten, in welcher Größenordnung hier Nachfrageausfälle zu verzeichnen sein werden. Diese Zäsur wird jedenfalls ihre Spuren hinterlassen.

## Keine Steueranreize für Kapitalanleger

Vollzogen ist auch bereits die Beseitigung der degressiven Abschreibung für vermietete Immobilien. Bei Mietobjekten sollen zudem künftig Veräußerungsgewinne voll versteuert werden, die bisher geltende Spekulationsfrist von zehn Jahren soll entfallen. Wie das genau geschehen soll, ob der Privatinvestor mit seinem persönlichen Steuersatz oder mit einer Abgeltungssteuer belastet wird und wie ältere Investments behandelt werden, ist noch genauso offen wie der Einführungszeitpunkt. Möglicherweise wird das entsprechende Gesetz erst 2008 wirksam. Fest steht allerdings, dass es für Kapitalanleger praktisch gar keine steuerlichen Anreize mehr gibt, sich eine Wohnung zur Vermietung anzuschaffen. Das wird sich im Wohnungsangebot bemerkbar machen.

## Neue Steuerersparnis

Für Haus- und Wohnungsbesitzer sowie für Mieter gab es andererseits aber auch eine gute Nachricht. Sie können seit Anfang dieses Jahres Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen - und zwar die reinen Arbeitskosten - mit 20 Prozent der Ausgaben und maximal 600 Euro steuerlich ansetzen. Der Bestand, in dem rund drei Viertel der Wohneinheiten über 30 Jahre alt sind, wird davon profitieren. Hier ist der Modernisierungsbedarf groß, nicht zuletzt weil die Energieeinsparverordnung, die hohen Energiepreise und die angekündigte Einführung des Energiepasses zum Handeln drängen. Die neu geschaffene Steuerersparnis könnte bisher zurückgehaltenen Investitionen auf die Sprünge helfen

und die Auftragslage im mittelständischen Bau- und Ausbaugewerbe stimulieren. Hier erwarten wir positive Effekte, besonders in diesem Jahr vor der Mehrwertsteuererhöhung.

Positiv wertet die LBS auch



Dr. Franz Wirnhier. □

die Absicht der Großen Koalition, das selbst genutzte Wohneigentum zum 1. Januar 2007 besser in die geförderte Altersvorsorge zu integrieren. Die deutschen Bausparkassen begleiten diesen Prozess aktiv. Sie haben einen eigenen Vorschlag in die Diskussion eingebracht. Dieser geht davon aus, dass man die komplizierten Förder- und Be-

## Bundesagentur für Arbeit:

# Systembauweise garantiert Termintreue und schnellen Baufortschritt

Sieht gut aus, war schnell gebaut und dabei so wirtschaftlich, wie es sich für die Bundesagentur für Arbeit gehört. In knapp vier Monaten ist dieses attraktive, neue Domizil in Altentrepow entstanden. Auf den ersten Blick sieht es aus wie ein architektonisch reizvolles, aber konventionell erbautes Bürogebäude. Allerdings sind die ca. 1.800qm Bürofläche auf drei Stockwerken aus Raummodulen der Renz GmbH aus Althengstett (Kreis Calw) konstruiert. Eine mutige Entscheidung?

Wohl kaum, denn die Raumlöser der Renz GmbH haben mit Projekten dieser Größenordnung große Erfahrung. Davon zeugen eine ganze Reihe von Referenzprojekten in Deutschland und im Ausland. Deshalb konnte der Investor sicher sein, dass dieses Bürogebäude zum vereinbarten Zeitpunkt komplett bezugsfertig sein würde.

Eine kurze Bauzeit und Planungssicherheit: Das funktioniert nur mit der modularen Bauweise, die einen hohen Vorfertigungsgrad in der Fabrik zulässt. Fehlzeiten, die durch Schlechtwetter und Koordinationsprobleme mit Handwerkern einzelner

steuerungskriterien der Riester-Rente nicht mechanisch auf das Wohneigentum übertragen sollte. Eigene vier Wände lassen sich nicht wie Geldkapital für die private Rente in monatliche Auszahlungen dividieren und lösen sich nicht mit dem Ableben des Eigentümers in Luft auf. Deshalb plädieren die Bausparkassen für ein einfaches, transparentes System, das den spezifischen Eigenschaften des Wohneigentums gerecht wird und den Verwaltungs- und Überwachungsaufwand für den Staat auf ein Minimum begrenzt.

## Wohneigentum und Altersvorsorge

Nach diesem Modell erhalten Wohneigentumserwerber für die Zeit der Finanzierung 80 Prozent der üblichen Altersvorsorge-Zulage. Begünstigt sind Zins- und Tilgungsleistungen, die unmittelbar für den Bau und Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum aufgebracht werden.

Der Abschlag von 20 Prozent bei der Riester-Zulage ist ein angemessener Ausgleich dafür, dass keine nachgelagerte Besteuerung stattfinden soll. Zur zusätzlichen Kompensation können Aufwendungen zum Wohneigentumserwerb nach diesem Vorschlag auch nicht als Sonderausgabe vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden. Eine Familie mit zwei Kindern erhalte demnach ab 2008 eine jährliche Zulage von 542 Euro.

## Selbstnutzung

Die Förderung soll Arbeitnehmern nur für die Dauer der Selbstnutzung und der Finanzierungsaufwendungen gewährt werden. Spätestens nach Beendigung der Finanzierung kann der Arbeitnehmer die Altersvorsorgeförderung wieder für andere Anlageformen in Anspruch nehmen. Dadurch respektiert der Vorschlag der Bausparkassen

auch die Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Altersvorsorgeformen während des Berufslebens. Das Modell passt im Übrigen nach den Berechnungen der Bausparkassen gut in den Rahmen des finanziell Machbaren. Denn die Mehraufwendungen der Altersvorsorgeförderung für das Wohneigentum bauen sich selbst unter der Annahme einer flächendeckenden Inanspruchnahme - in einer Größenordnung von maximal 100 Millionen Euro jährlich auf. Damit würden die Kosten am Ende eines Zeitraums von 20 bis maximal 25 Jahren höchstens zwei Milliarden Euro betragen.

## Ausgesprochen bürgernah

Fazit: Der Ansatz der Bausparkassen trägt den Besonderheiten der selbst genutzten Immobilie Rechnung. Er ist pragmatisch, im Beratungsgespräch einfach zu erklären und damit ausgesprochen bürgernah. Das Modell würde die bestehende Diskriminierung der populärsten und effektivsten Form der privaten Al-

tersvorsorge im System der staatlichen Altersvorsorgeförderung beenden. Es wäre eine gerechte Lösung, die den Wünschen der großen Mehrheit der Bürger entspricht und Deutschland helfen könnte, vom letzten Platz bei der Eigentumsquote in Europa wegzukommen.

Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe weiterer Ideen aus der Branche. Auch die Regierungsparteien haben erste Positionen bezogen. Die Eckpunkte, von denen die zuständigen Fachpolitiker der beiden Koalitionspart-

ner bislang ausgehen, liegen relativ weit auseinander. Es ist völlig offen, wie ein Kompromiss aussehen könnte.

Größter Knackpunkt ist die nachgelagerte Besteuerung. Die SPD will sie auch auf Wohnimmobilienvermögen anwenden, um hundertprozentig im Rahmen der Riester-Systematik zu bleiben. Die Union will das vermeiden, weil sie die fiktive Bestimmung einer Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Immobilienkapital als rea-

litätsfern ablehnt. Damit liegt sie auf der Linie der Bausparkassen.

Wichtig ist nun, dass die Koalition schnell klärt, wohin die Reise gehen soll. Der Markt braucht jetzt eindeutige und langfristige ausgerichtete Weichenstellungen, um wieder in Schwung zu kommen. Nur wenn es gelingt, das Wohneigentum wirklich diskriminierungsfrei und bürgerfreundlich in die Riester-Förderung zu integrieren, werden Selbstnutzer auch wieder mehr investieren. □



## Kempten bekommt eine kleine „Golden Gate“

Kempten (jm). Die Stadt Kempten bekommt noch in diesem Jahr ihre Rosenau-Brücke über die Iller zurück. Die Arbeiten am Neubau sollen, sofern es Wetter und Winter zulassen, bis zum Jahresende abgeschlossen sein. „Wir wollen ein Zeichen setzen und mit der Rosenau-Brücke auch die Aufmerksamkeit auf unser Neubaugebiet lenken“, erklärt Willi Schmech, Geschäftsführer der ROI Projektbau Holding GmbH & Co. KG, die das Rosenau-Gelände komplett saniert und neu bebaut. Die alte Rosenau-Brücke hatte nach dem verheerenden August-Hochwasser im Jahr 2005 aus Sicherheitsgründen und zum Schutz vor einer möglichen Überflutung der Altstadt abgerissen werden müssen. Der Neubau der Rosenau-Brücke ist eingebunden in eines der derzeit größten Sanierungs- und Neubauprojekte in Schwaben. Auf dem 56.000 Quadratmeter großen Parkgelände der ehemaligen Spinnerei und Weberei entstehen insgesamt 122 Wohnungen unterschiedlichster Größen und Preisklassen. Darüber hinaus werden direkt entlang des Flusslaufes der Iller Doppel- und Reihenhäuser mit Illerterrassen neu gebaut. Während die bisherige, über 100 Jahre alte, Rosenau-Brücke mit zwei Unterstützungspfeilern in der Iller befestigt war, wird der Nachfolger mit einer freitragenden Konstruktion gebaut. „Das erinnert ein wenig an die Golden Gate in San Francisco“, sagt Helge Pietrek vom ROI-Vertriebsbüro in Kempten. Die insgesamt 54 Meter lange und 3,50 Meter breite Fußgängerbrücke wird über eine aufwändige Betonunterkonstruktion und über Stahlseile im Boden verankert. Die Gesamtkosten der Investition für den Neubau der Brücke sind mit über 600.000 Euro angegeben, die Bauzeit mit sechs Monaten. □

## Staatssekretär Franz Meyer:

# Erleichterung für Bauherren ab dem kommenden Jahr

„Erleichterung für Bauherren ab dem kommenden Jahr! Die Bauherren können künftig direkt bei der Gemeinde einen „Katasterauszug zur Bauvorlage“ im Baugenehmigungsverfahren erhalten“, kündigte Finanzstaatssekretär Franz Meyer bei einem Informationsbesuch im Vermessungsamt Freising an.

Nach dem Wahlspruch: „Die Daten sollen laufen, nicht der Bürger“ könnten, so Meyer, hierdurch der bislang notwendige Gang zum Vermessungsamt und die bislang erforderliche amtliche Beglaubigung in vielen Fällen entfallen. Der Bürger erhalte einen Auszug, in dem zusätzlich zur Katasterkarte auch die erforderlichen aktuellen Eigentümer- und Nachbarinformationen enthalten seien. Das Verfahren werde im Frühjahr 2007 für die Gemeinden freigegeben. Die Vermessungsverwaltung optimiere seit Jahren ihre Arbeitsabläufe durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (IuK), betonte Meyer. Der Weg zu den Kunden über das Internet sei bereits 1999 beschritten worden.

Im Jahr 2005 haben die bayerischen Vermessungsämter nach den Angaben von Meyer bayernweit etwa 40.000 Grundstücksvermessungen und 70.000 Gebäudevermessungen termingerecht durchgeführt. Dabei habe in Verbindung mit einem kontinuierlichen Personalabbau der Kostendeckungsgrad beachtliche 91,7 Prozent erreicht. „Dabei ist klar: Die Vermessungsverwaltung wird die Qualität ihrer Daten und ihren Service für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung ständig ausbauen und verbessern“, versicherte Meyer.

Die Staatsregierung habe bei der Verwaltungsreform ein deutliches Zeichen gesetzt, betonte Meyer. Das Ja zum Bayerischen Weg im Vermessungswesen sei ein Ausdruck dafür, dass die Leistungen dieser innovativen und technisch versierten Verwaltung Anerkennung finde. Im Zuge der Verwaltungsreform wurde im vergangenen Jahr das Landesamt für Vermessung und Geoinformation gegründet. Die Mittelbehörde im Bereich der Vermessungsverwaltung hat die Aufgabe des bisherigen Landesvermessungsamts und der fünf Vermessungsabteilungen an den ehemaligen Bezirksfinanzdirektionen übernommen. Zum 1. Januar 2007 werden in Folge der Verwaltungsreform die bisher 79 Vermessungsämter auf 51 Vermessungsämter mit insgesamt 22 dauerhaft gesicherten Außenstellen reduziert. „Die Vermessungsverwaltung bleibt auch künftig als eigenständige Verwaltung in der Fläche präsent! Gleichzeitig wird der Service für den Bürger ausgebaut“, betonte Meyer. Weitere Informationen zur Bayerischen Vermessungsverwaltung unter <http://www.geodaten.bayern.de>. □



Termingerecht und voller kreativer Möglichkeiten: Ein Amtsgebäude in Systembauweise. Foto: Renz



## „VdW im Dialog“

Fachtagung des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen in Reit im Winkl

Zur traditionellen Fachtagung „VdW im Dialog“ in Reit im Winkl trafen sich über 500 Vertreterinnen und Vertreter von Wohnungsunternehmen. Zentrale Themen der Veranstaltung waren die Energieversorgung und das Bayerische Wohnraumförderungsgesetz.

Mit der Entwicklung der regionalen Wohnungsmärkte in Bayern bis 2025 beschäftigte sich eingangs Prof. Dr. Lothar Hübl vom Institut für Konjunktur- und Strukturpolitik der Universität Hannover. Für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung und damit auch den Wohnungsmarkt sei vor allem die Arbeitsmarktsituation entscheidend, lautete die zentrale These des Professors.

Zwar gebe es seit 1987 ein Bevölkerungswachstum in Bayern, doch verzeichne man seit 2001 mehr Sterbefälle als Geburten. Bisher werde dieser Saldo durch Zuwanderung ausgeglichen. Da sich das Wanderungsniveau auch halten werde, erwartet Hübl bis zum Jahr 2025 eine konstante Bevölkerungsentwicklung, allerdings mit großen regionalen Unterschieden: Während die Bevölkerung im Norden Bayerns tendenziell sinken werde, gebe es eine Zunahme in den Landkreisen nördlich von München bis Ingolstadt und Eichstätt. Bei den Haushalten prognostizierte Hübl einen Anstieg von heute 5,7 auf 6,1 Millionen im Jahr 2025.

Für den Wohnungsmarkt bedeutet diese Entwicklung Hübl zufolge, dass der Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern vom jetzigen Niveau abnehmen und sich ab 2012 auf geringerem Niveau stabilisieren wird. Grund sei der starke Anstieg von Angeboten aus dem Bestand. Beim Geschosswohnungsbau sei eine Prognose schwierig, da der Neubau stark abhängig von der erwarteten Rendite ist. Erst mit steigender Konjunktur würden sich die Mieten erhöhen und damit auch die Renditen im Neubau steigen.

### Erfüllte Forderung

„Mit der Föderalismusreform ist am 1. September 2006 eine langjährige Forderung Bayerns in Erfüllung gegangen. Mit diesem Tag haben die Länder weitestgehend die Gesetzgebungskompetenz im Wohnungswesen erhalten. Durch die Kompetenzverlagerung wird sich der politische Stellenwert der Wohnraumförderung in Bayern vergrößern“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein. Wohnraumförderung, Wohnungsbindungsrecht, Zweckentfremdungsrecht und Fehlbelegungsabgabe regeln nun ausschließlich die Länder. Mit dem Entwurf eines bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes solle ein neuer Rahmen für die Förderung von Miet- und Eigenwohnraum sowie für die Modernisierungsförderung geschaffen werden. „Weniger Bürokratie, mehr Handlungsmöglichkeiten für stabile Bewohnerstrukturen und neue Ansätze zur Bewältigung der demographischen Entwicklung sind einige Schwerpunkte unseres Gesetzentwurfs“, teilte Beckstein mit.

Geplant ist neben einer deutlichen Reduzierung der Regelungsdichte, Verfahrensvereinfachungen und einem Abbau staatlicher Aufgaben u.a. eine Verbesserung der Handlungsmöglichkeiten zur Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen. Neue Herausforderungen sieht der Minister auch in der demographischen Entwicklung: „Gerade für neue Wohnformen älterer Menschen brauchen wir einen weiten gesetzlichen Rahmen. Ambulante Pflege und Betreuung in der Wohnung müssen in der Zukunft immer öf-

ter eine stationäre Unterbringung im Heim ersetzen. Diese Verbesserungen im Belegungsrecht sollen sich auch auf den Altbestand der Sozialwohnungen erstrecken. Die Mietpreisvorteile der Sozialmieter sollen erhalten bleiben.“

Geplant ist laut Beckstein darüber hinaus ab 2008 eine Entlastung der Mieter durch Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe. Auf Grund des sinkenden Aufkommens werde die Fehlbelegungsabgabe schon jetzt nur mehr in wenigen Gebieten erhoben. Durch den weiteren Auslauf von Belegungsbindungen würde das Verhältnis zwischen dem Aufkommen und den bei den Kommunen anfallenden Vollzugskosten in der Zukunft noch ungünstiger.

Verbandsdirektor Xaver Kroner stellte das im August in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und das geplante Bayerische Wohnraumförderungsgesetz (BayWoFG) in den Mittelpunkt seiner Rede. Selten habe ein Gesetz für so viel Unsicherheit gesorgt wie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, sagte Kroner. Zwar habe es im letzten Moment eine positive Veränderung für die Wohnungsunternehmen gegeben, doch im Bereich des Arbeitsrechts sei das Gesetz eine Katastrophe. „Eine annähernd rechtssichere Beratung ist derzeit nicht möglich, da sind sich die Experten einig“, so der Verbandsdirektor.

### Weniger Aufwand

Als „gute politische und gesetzgeberische Arbeit“ bezeichnete Kroner hingegen das geplante BayWoFG. Es enthalte keine einzige Verschlechterung, sondern nur weniger Aufwand und Erleichterungen für die Wohnungsunternehmen. Besonders die geplante Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe fand Kroners Zustimmung.

Martin Cronenberg, Vize-Präsident der Bundesnetzagentur, wies in seinem Vortrag darauf hin, dass das Unternehmen das Ziel verfolge, trotz der Eigentümerstellung der vier großen Energiekonzerne Wettbewerb zu schaffen. Im liberalisierten Strommarkt würden nur die Netze als natürliches Monopol reguliert. Die Kostenanteile für Netzentgelte würden sich bei Strom auf 39 Prozent und bei Gas auf 22 Prozent belaufen.

An die Adresse von Mietern meinte Cronenberg, dass nur ein Teil der Stromkosten eingespart werden könne, da Steuern und Abgaben festgelegt seien und sich der Netzbetreiber nicht wechseln lasse. Somit bleibe nur ein Wechsel des Stromlieferanten. Einsparen könne man auf diese Weise jährlich rund 100 Euro, je nach Region. Bei Gas gebe es gegenwärtig kaum Alternativenangebote, kurzfristig sei aber mit Angeboten zu rechnen. Richtig sparen sei letztlich nur durch eine Reduzierung des Verbrauchs möglich.

Für Wohnungsunternehmen und Vermieter sieht Cronenberg besonders bei großem Verbrauch gute Chancen für attraktive Lieferangebote, auch vom örtlichen Versorger. Bei Strom sei die bundesweite und regionale Versorgung aus einer Hand möglich, was zu einem niedrigeren Strompreis und niedrigeren Verwaltungskosten führen würde. Auch beim Gas seien kurzfristig Alternativenangebote zu erwarten. **DK**



Von links: Landrat Leo Schrell, Weihbischof Dr. Anton Losinger, Stadtpfarrer Monsignore Gottfried Fellner, Beiratsmitglied Ewald Pelzer, Pater Heinrich Eichler, Pfarrer Manuel Kleiner, Projektleiter Gunther Wild, OB Hans-Jürgen Weigl, Stiftungsverwalter Siegfried Huber, die Architekten Josef Meyr und Klaus Meier, Stadtbaumeister Bernhard Adler. Text und Bild: -jdt-

## „Haus kleine Donau“ ein Vorzeige-Projekt

Freude über hervorragende Seniorenwohnanlage Von den Dillinger Grafen im 13. Jahrhundert gestiftet

Als beispielhaftes Vorzeige-Projekt wurde bei der Einweihungsfeier die neue Seniorenwohnanlage „Haus kleine Donau“ in Dillingen gewürdigt. Sie wurde mit einem Kostenaufwand von rund 2,9 Millionen Euro verwirklicht. Dabei wurden von der für die traditionsreiche Hospitalstiftung zuständige Stadtverwaltung Dillingen die möglichen Unterstützungen der Finanzierung optimal genutzt.

Der moderne Neubau entstand nach dem notwendigen Abbruch des ehemaligen Südbaus auf historischem Boden. Der Gebäudekomplex in nächster Nachbarschaft des stolzen Dillinger Schlosses hat eine 750-jährige Geschichte.

Spital und Kirche des Heiligen Geist-Stiftes, zu dem der Neubau gehört, sind spätgotisch mit spätbarocker Ausstattung. Das „Spital“ war die letzte Stiftung in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts der Grafen von Dillingen. Es gibt nur wenige vergleichbare Häuser in Bayern mit einer so altherwürdigen Tradition. Noch heute wird der Stiftungszweck als Seniorenwohnheim erfüllt.

### Bedeutendes Signal

Dem weltlichen Festakt ging in der Spitalkirche ein Festgottesdienst voraus. Weihbischof Anton Losinger bezeichnete in seiner Festpredigt die Segnung der Seniorenwohnanlage als ein „bedeutendes Signal“. Mit der Errichtung von 19 behindertengerechten Stadtwohnungen in barrierefreier Bauweise werde erinnert an das wesentlichste Ziel der Sendung der Kirche: „Die Verwirklichung der Gottes- und Nächstenliebe“.

Im Gebet waren bei der ökumenischen Segnung der Wohnanlage mit Weihbischof Dr. Losinger vereint Regionaldekan Monsignore Gottfried Fellner, der evangelische Pfarrer Manuel Kleiner, Pater Heinrich Eichler, Diakon Hermann Keller, Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl und Landrat Leo Schrell.

### Geplante Verbesserungen

Beim Festakt kündigte Dillingens Oberbürgermeister Weigl im Rahmen des denkwürdigen großen Projektes noch Verbesserungen im Hausinneren des gesamten Gebäudes an. Das „Haus kleine Donau“ mit seiner besonderen Nähe zum Stadtzentrum, der Gesamtgestaltung und der Anbindung an das bestehende Seniorenheim biete sich gerade auch für Senioren und Menschen mit Behinderungen an.

Bei den Mietwohnungen in der Größe von zwischen 40 und 69 Quadratmeter handle es sich vorwiegend um Appartements mit zwei Zimmern, Küche, WC mit Dusche und Balkon. Zur Ausstattung gehörten moderne Haustechnik, die Bauweise mit Solartechnik, Umwelt- und Energiefreundlichkeit und Aufzug. Ei-

ne Wohnung wird genutzt für das Pilotprojekt. Der Oberbürgermeister machte auf die Förderung im Rahmen des sozialen Wohnungsbau, mit günstigen Sozialmieten, aufmerksam.

Zur Finanzierung beigetragen hätten 480 000 Euro zinsgünstige Darlehen, 200 000 Euro aus dem „Städtebau“, 1.200.000 Euro Fremddarlehen und Eigenmittel. Die Neugestaltung des Außenbereiches folge noch. □

### Kinderinsel e.V. in Landshut:

## Ehrenamtliche gestalten ersten Öko-Mehrzweckraum

Gemeinsam mit Oberbürgermeister Hans Rampf und dem Kanzler der Fachhochschule Landshut, Hansgeorg Falterer, hat der Verein Kinderinsel e.V. den ersten baubiologisch und energiesparend gebauten Kinderspielraum in Landshut eingeweiht. Für den wegen Platzmangels nötig gewordenen Anbau wurden ausschließlich baubiologisch einwandfreie Materialien verarbeitet: Angefangen von der allergiegetesteten Farbe bis hin zu Ziegelsteinen, die UMST-Strahlen abweisen und die Temperatur dergestalt regeln, dass kaum geheizt werden muss.

Für die im Oktober 2002 von einigen engagierten Studentinnen des Fachbereichs Soziale Arbeit gegründete Kinderinsel ist die Großfamilie das pädagogische Leitbild. Kinder im Alter von ein bis sechs Jahren werden wie in einer Großfamilie in einer einzigen Gruppe betreut.

### Beispiel gelungener Kooperation

Das Entstehen des Kinderspielraums ist ein Beispiel gelungener Kooperation zwischen den Eltern, der Stadt, der Fachhochschule, einigen Vereinen in Landshut und Baufirmen aus der Region. Auf Antrag des ehrenamtlich geführten, gemeinnützigen Vereins stellte die Stadt Gelder für den Ausbau der Kinderinsel zur Verfügung. „Es ist uns wichtig, dass Familien sich in Landshut nicht nur wohlfühlen, sondern wirklich hier leben können, indem sie eine Infrastruktur vorfinden, die es ihnen ermöglicht, Beruf und Familie zu vereinbaren“, begründete Rathauschef Rampf bei der Einweihung die städtische Finanzspritze für den Anbau.

Der Verein fand Sponsoren

aus der Baubranche, um sich die baubiologisch korrekten Materialien leisten zu können. Beraten wurde er dabei kostenlos vom Landshuter Umweltzentrum. Schließlich legten Erzieherinnen und Eltern in viel Wochenarbeit selbst Hand an, um Raum und Garten zu gestalten. Für den Garten bekamen die Kinder eine Rutsche, neuen Sand für den Sandkasten, ein Spielhaus und einen eigenen Gemüsegarten.

### Kinderbetreuung im Auge behalten

Endlich haben sie jetzt auch einen eigenen Schlafraum und zusätzlich einen neuen Raum zum Spielen, Turnen und Toben. Bislang waren die Kleinen in der ehemaligen Hausmeisterwohnung der Fachhochschule Landshut eher provisorisch untergebracht. Die Vorsitzende des Vereins, Susanne von Bechtolsheim hofft, dass das Thema Kinderbetreuung „auch weiterhin weit oben auf der politischen Tagesordnung“ steht, „damit all diejenigen Familien, die bei uns auf der Warteliste stehen, bald ein größeres Platzangebot für Kleinkinder in Landshut vorfinden“. **DK**

## Eine starke Stütze im Baurecht

### Für alle Fragen des bayerischen Baurechts

Kernstück des Werks ist die ebenso ausführliche wie gut strukturierte Kommentierung der Bayerischen Bauordnung. Wegen der umfassenden und grundlegenden Erläuterungen fast aller bauordnungsrechtlichen Aspekte und der Synopse mit den Bauordnungen anderer Bundesländer ist der »Simon/Busse« auch außerhalb Bayerns ein wertvolles Werkzeug.

### Umfassend aktualisiert mit Stand August 2006

- Band I Kommentierungen:**
- Art. 6 (Abstandsflächen)
  - Art. 93 (Frist zur Nutzungsänderung ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude)
  - Art. 94 (Aufhebung bestehender Vorschriften)
  - Art. 95 (Inkrafttreten).
- Band II Gesetzestexte:**
- das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz
  - die 18. BImSchV (Sportanlagenlärmschutzverordnung)
  - das Bayerische Abfallwirtschaftsgesetz,
  - das Bayerische Naturschutzgesetz
  - das Kostengesetz
  - das Kostenverzeichnis.



### Fax-Coupon

Simon/Busse, Bayerische Bauordnung Herausgegeben von Dr. Jürgen Busse, Direktor des Bayerischen Gemeindetages, vormals herausgegeben von Dr. Alfons Simon, Abteilungsdirektor a.D.

84. Auflage, 2006. Rund 8400 Seiten. In 2 Ordnern.

- Vorzugspreis für das Grundwerk bei Bezug von 3 fortlaufenden Ergänzungslieferungen € 118,- (damach jederzeit kündbar). ISBN 978-3-406-44019-9
- ohne Ergänzungslieferungen € 240,- ISBN 978-3-406-50080-1

Name \_\_\_\_\_  
 Straße \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_ 136854

Bei schriftlicher oder telefonischer Bestellung haben Sie das Recht, die Ware innerhalb von 2 Wochen nach Lieferung ohne Begründung an Ihren Lieferanten (Buchhändler, Buch- oder Verlags- oder C.H. Beck, ein Städtischer Verlagslieferant, Angereicherter Str. 67a, 80720 Nürnberg) zurückzugeben, wobei die rechtliche Abwicklung geringe Kosten und Gefahr der Rückzahlung trägt der Lieferant. Bei Verlag C.H. Beck: c/o G. Witzmann, D-8080 München.

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:  
 beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck · 80791 München  
 Fax: 009/33889-402 · www.beck.de





## 8. Oberfränkisches Bauseminar:

## Initiative Ortsrand

Großen Zuspruch fand ein von der Regierung von Oberfranken zum Thema „Initiative Ortsrand - für unverwechselbare Städte und Dörfer“ durchgeführtes Bauseminar in Bayreuth. Weit über 100 Teilnehmer aus Planungsbüros und oberfränkischen Behörden waren der Einladung gefolgt.

Regierungspräsident Hans Angerer, der die Tagung eröffnete, appellierte an die Teilnehmer, noch mehr Sensibilität zu wecken für die Ortsränder von Städten und Dörfern, die immer mehr durch Vereinheitlichung geprägt würden und dadurch häufig ihre städtebauliche Individualität einbüßen. „Seit Jahren zeigen wir in unseren Bauseminaren Mittel und Wege auf, um Innenstädte und Ortszentren wieder zu beleben. Unermüdlich versuchen wir, mit den Mitteln des Städtebaus der Verödung unserer Zentren entgegenzuwirken. Mit der ‚Initiative Ortsrand - für unverwechselbare Städte und Dörfer‘ widmen wir uns der städtebaulichen Aufgabe, Ortsränder mit hoher Qualität zu schaffen bzw. zu erhalten, denn auch das ist ein wichtiges Handlungsfeld für die Stärkung der Innenstädte“, unterstrich Angerer das Anliegen.

## Städtebauliche Zeugnisse

Die Vorträge des Seminars widmeten sich in unterschiedlichen Betrachtungsweisen der städtebaulichen Aufgabe „Ortsrand“. Dr. Thomas Gunzelmann, Referatsleiter Denkmalpflege im Landesamt für Denkmalpflege in Bamberg, befasste sich wissenschaftlich mit der Frage des Ortsrandes, seiner geschichtlichen Entwicklung und seines städtebaulichen Gehaltes. Er machte deutlich, dass gut ausgebildete historische Ortsränder Phasen längerer Stabilität in wirtschaftlicher, politischer und demographischer Hinsicht verdanken: „Sie sind städtebauliche Zeugnisse bestimmter historischer Strukturen und Prozesse und schon damit erhaltenswert“, so Gunzelmann.

## Maßgebender Einfluss

Prof. Hermann Brenner von der Fachhochschule Weihenstephan erläuterte, dass die kommunalen Entscheidungsträger die Baukultur in Oberfranken maßgebend beeinflussen können. Anhand von Bildern zeigte der Landschaftsarchitekt Möglichkeiten auf, wie naturräumliche Gegebenheiten im Städtebau berücksichtigt und Ortsränder harmonisch mit der Landschaft

## Tagung der AG Historische Städte in Stralsund:

## Bauherrenpreis für Bamberger Synagoge

Die Arbeitsgemeinschaft Historischer Städte hat in ihrer Preisgerichtssitzung in Stralsund ihre Bauherrenpreise 2006 verliehen. Im Wettbewerb mit insgesamt sieben Objekten aus Bamberg hat sich die Synagoge mitten in der Kernstadt eindeutig durchgesetzt.

In der Begründung und Würdigung des Bauwerks heißt es, dass „hierbei ein altes Fabrikgebäude mutig und doch behutsam umgebaut wurde“. Besonders beeindruckte die Jury, dass die funktionale Einfachheit des alten Industriebaus sowie die städtebauliche Struktur aufgenommen wurde, ohne die Ansprüche des Bauherrn - der israelitischen Kultusgemeinde -, zum Beispiel an würdige Sakralräume, zu negieren. In die nähere Auswahl waren in Bamberg drei Objekte gekommen.

## 1.000 Euro pro Sieger

Jede Stadt konnte im Vorfeld aus den bei ihr eingereichten Arbeiten einige auswählen und auf der Preisgerichtssitzung in

verbunden werden können.

Der Architekt und Stadtplaner Klaus Schulz zeigte individuelle Wege auf, wie innerstädtische Brachen wieder genutzt und wertvolle Landschaft an den Rändern besser erhalten werden kann. Schulz verwies auf eine große Bandbreite an Möglichkeiten der Revitalisierung von Stadtbrachen und der daraus resultierenden Schonung der Ortsränder. Am Beispiel der Stadt Hof zeigte der Architekt, wie mit langem Atem negative Entwicklungen veränderbar sind und unverbrauchtes Land langfristig verschont bleiben kann.

## Vitale Ortskerne

Dr. Christiane Schilling, Sachgebietsleiterin Dorfverneuerung am Amt für Ländliche Entwicklung Bamberg, machte ihrerseits deutlich, dass vitale, lebenskräftige und funktionsfähige Ortskerne der Schlüssel für intakte Dorfränder sind. „Ortsränder tragen zur Identifikation und Gestaltung des gesamten Ortes bei“, betonte Dr. Schilling. Auch sie forderte die politisch Verantwortlichen auf, mit ihrem Handeln zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Individualität und Vielfalt ländlicher Gemeinden in Oberfranken beizutragen. Am Beispiel der Gemeinde Töpen und des Dorfes Oschwitz demonstrierte die Architektin, wie das Instrument „Planung“ einen wichtigen Beitrag zum Gelingen einer zukunftsfähigen Entwicklung liefern kann.

## Gefragte Kreativität

Das Seminar machte deutlich, dass ein Identität stiftendes Ortsbild zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden ist. Die Gemeinden stehen in Konkurrenz zueinander und bemühen sich um die Gunst der Bewohner. In diesem Wettbewerb werden diejenigen Gemeinden erfolgreich sein, die sich mit ihrer Stadt- und Dorfgestalt und einem positiven Lebensumfeld von ihren Konkurrenten abheben. Mit kreativen Ideen und Einfallsreichtum sind auch bei knappen Haushaltsmitteln hervorragende Ergebnisse zu erzielen, so das Fazit der Veranstaltung. DK

## Städtetag fordert Qualitätssicherung

Der Einsturz der Eissporthalle in Bad Reichenhall sowie weiterer Sporthallen und Gebäude im vergangenen Winter hat die Frage nach der Standsicherheit von baulichen Anlagen geworfen. Der Bayerische Städtetag veranstaltete nun zusammen mit TÜV-Süd in München die Fachtagung „Standsicherheit öffentlicher Gebäude“, auf der sich Experten mit technischen, rechtlichen und versicherungsrelevanten Aspekten dieser Frage beschäftigten. Eingeladen waren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der bayerischen Städte und Gemeinden.

Als Reaktion auf die verheerenden Dacheinstürze forderten TÜV-Süd und Bayerischer Städtetag eine durchgängige Qualitätssicherung. Der Geschäftsführer von TÜV-Süd, Dr. Matthias Beyerlein, und der Städtetagsvorsitzende Hans Schaidinger appellierten für ein Management zur Überprüfung der Standsicherheit öffentlicher Gebäude. Grundlage ihrer Forderungen sind die bundesweiten TÜV-Untersuchungen von 300 öffentlichen Gebäuden, wonach die Statik mit Holztragekonstruktionen in drei von vier Fällen Mängel aufweist.

Zehn Monate nach dem Einsturz der Eishalle in Bad Reichenhall wird der Gebäudekomplex abgerissen. Zunächst wurde damit begonnen, einen Bretterzaun um das Gelände zu ziehen. Nach Angaben der Stadtverwaltung werden das Gerippe und die benachbarte Schwimmhalle abgetragen. Der Abriss soll im März abgeschlossen sein. Beim Einsturz der Halle am 2. Januar dieses Jahres waren 15 Menschen ums Leben gekommen, die meisten von ihnen Kinder. Gutachter kamen zu dem Ergebnis, dass Konstruktionsfehler zu dem Unglück geführt haben. □

## Die AG Passivhaus wächst über sich hinaus

Sieben Kooperationspartner bilden bayernweites Netzwerk für energieeffizientes Bauen

Durach (jm). Die AG Passivhaus hat Zuwachs bekommen. Mit ihren fünf neuen Kooperationspartnern kann die im Allgäu entstandene Arbeitsgemeinschaft den Großteil des bayerischen Marktes für energieeffizientes Bauen abdecken.

Angesichts stetig steigender Energiepreiskosten sehen die fünf Holzbau- und zwei Massivbauunternehmen, die ihre Zusammenarbeit unter dem Dach der AG Passivhaus besiegelt haben und zusammen ca. 250 Mitarbeiter beschäftigen, ein riesiges Potenzial für Passiv- und Energiesparhäuser. Weitere Partner werden gesucht, um den süddeutschen Raum flächendeckend bearbeiten zu können.

Die AG Passivhaus, die im vergangenen Jahr von Holzbauspezialisten aus dem Allgäu, Schongau und Nürnberg gegründet worden war, versteht sich dabei als führende Einrichtung bei der Planung und Umsetzung von Passiv- und Energiesparhäusern in ganz Süddeutschland. Auslöser für die Erweiterung der Kooperation war die große Nachfrage beim „Energieberater“ der AG Passivhaus. Dabei handelt es sich um ein Computer-Programm, mit dessen Hilfe sich Bauinteressenten übers Internet die enormen Einspareffekte von Passiv- und Energiesparhäusern im Vergleich zu herkömmlichen Gebäuden durchrechnen lassen können.

Seit ihrer Freischaltung Anfang des Jahres wurde die Seite www.baukosteninfo.de über 90.000 Mal angeklickt. „Das ist sensationell“, meint Wolfram Kroner, einer der Gründerväter der AG Passivhaus. „Die Anfragen kommen aus ganz Bayern, aber auch von potenziellen Bauherren jenseits der Landesgrenze.“

Angesichts des enormen Interesses machten sich Kroner und seine Partner auf die Suche nach weiteren kompetenten Bauunternehmern, die die hohen Qualitätsstandards für energieeffizientes Bauen vorweisen können. „Die neuen Kooperationsfirmen aus München, Feuchtwangen, Riedenburg, Siegsdorf und Schwandorf sind mittelständische Unternehmen mit einer langen Firmentradition und bestem Ruf“, betont Kroner. „Und sie haben alle erkannt, dass bei explodierenden Heizöl- und Erdgaspreisen dem energieeffi-

zienten Bauen und energetischen Sanieren die Zukunft gehört.“

So zitiert Kroner eine Studie, wonach 2010 jedes fünfte neu gebaute Haus ein Passivhaus sein wird. Neben den dramatisch steigenden Energiekosten spricht nach Ansicht des Passivhaus-Experten auch der hohe Wohnkomfort für „das Haus der Zukunft“. Eine Komfortlüftungsanlage sorgt stets für bestes Raumklima - im Sommer wie im Winter.

Ziel der Zusammenarbeit in der AG Passivhaus ist es, das Wissen der beteiligten Experten zu bündeln und die mannigfaltigen Synergieeffekte zugunsten der Kunden zu nutzen. Was sonst der Bauherr selber mühevoll zusammentragen müsste, so Kroner, bietet die Arbeitsgemeinschaft beim Bau eines neuen Hauses, aber auch bei der Altbauanierung als Rundum-Paket an: angefangen von der Energieberatung, der Antragsstellung für die Fördermittel, über die Projektierung, die Planung und den Bau bis hin zur Überwachung und Qualitätssicherung aller Arbeiten. Die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Partner können dabei auf die Erfahrung von über 50 Passivhäusern und 400 Energiesparhäusern verweisen. „Energieeffizientes Bauen erfordert wegen der besonderen Anforderungen viel Know-how“, erläutert Kroner. „Weil das Geschäft boomt, tummeln sich auf dem Gebiet viele Neulinge, denen ganz einfach das notwendige Wissen für den reibungslosen Bau eines Passivhauses fehlt.“

Gleiches gelte für die Altbauanierung. „Gerade im Bereich energetische Altbauanierung gibt es einen großen Nachholbedarf“, meint Kroner. „Das wird der Markt der Zukunft sein.“ Die AG Passivhaus präsentiert sich auch hier als in jeder Hinsicht kompetenter Komplettanbieter, der von der Energie- und Fördermittelberatung über die Wirtschaftlichkeitsberechnung bis hin zur Planung und Durchführung der Bau- und Sanierungsmaßnahmen alles anbietet. „Bei



Atelier Haus Kiening in Hausen bei Diedorf. □

## Durch leerstehende Gebäude:

## Dörfern droht Konturlosigkeit

Thierhaupten zeigte positive Gegenbeispiele

Thierhaupten (pm). Die Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten zeigte bei einem Seminar zum Thema „Umnutzung leerstehender Räume“ nun positive Beispiele, wie durch Sanierung und Umnutzung die „dorfbauliche Ordnung“ gewahrt und weiter entwickelt werden kann. Eine dazugehörige Exkursion führte zu gelungenen Beispielen von Umnutzungen alter Hofstellen.

Gut Schwabhof bei Augsburg überzeugt durch ein neues Nutzungskonzept in der Eventbranche. Das Haus Kiening bei Diedorf wird als Atelier genutzt und der Eggelhof bei Langweid, ausgezeichnet mit dem schwäbischen Denkmalpreis, hat sich als Reiterhof weiter entwickelt.

## Schleichender Prozess

Viele Dörfer zeigen immer noch eine gewachsene Ortsstruktur. Zu den markanten Gebäuden zählen Kirche, Schule, Wirtshaus und die landwirtschaftlichen Hofstellen. „Viele dieser zentralen Gebäude werden jedoch nicht mehr genutzt“, bedauerte Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl. Der Prozess setzte schleichend ein und werde sich durch den Strukturwandel noch verstärken.

## Novellierung des Baugesetzbuchs:

## Praxistest bestanden

Sechs Städte überprüften geplantes Gesetz zur Erleichterung der Innenentwicklung in den Städten

Im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) führte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), Berlin, einen Praxistest mit sechs Fallstudienstädten zur Praxistauglichkeit der BauGB-Novelle 2006 durch. Der Praxistest bestätigt die gewählte Zielrichtung des Gesetzentwurfs und seine wesentlichen Grundzüge. Im Detail werden jedoch eine Reihe von Hinweisen und Empfehlungen zur Verbesserung des Gesetzentwurfs vorgeschlagen.

Die detaillierten Ergebnisse des Praxistests stehen als Online-Dokument im Internet bereit. Der Bericht dokumentiert die Ergebnisse dieses der Gesetzesfolgenabschätzung dienenden Praxistests. Als Grundlage diente der Entwurf des Gesetzes zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte. Mit dieser Novellierung soll die Innenentwicklung von Städten und Gemeinden durch eine Vereinfachung und Beschleunigung des Bau- und Planungsrechts gestärkt und gezielt zur Verminderung der Flächenin-

anspruchnahme und zur Erleichterung wichtiger Investitionsvorhaben - insbesondere in den Bereichen Arbeitsplätze, Wohnbedarf und Infrastrukturausstattung - beigetragen werden. Die Ergebnisse dieses Praxistests wurden am 25. Oktober 2006 dem Ausschuss des Deutschen Bundestages für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgestellt und stießen hier auf großes Interesse. In diesem Zusammenhang betonte die Mehrzahl der Fraktions-sprecher, dass die Empfehlungen aus dem Praxistest Anlass zu Änderungsanträgen aus den Fraktionen geben würden.

Grundkonzept des Praxistests war die Anwendung auf konkrete Fälle durch die späteren Nutzer. Ziel war es, den Gesetzentwurf dahingehend zu überprüfen, ob und inwieweit die vorgesehenen Änderungen und Neuregelungen praktikabel, problemadäquat und wirksam sind, und Hinweise für eine Verbesserung in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Die inhaltliche Rückkopplung und Diskussion zu den Überlegungen in den beteiligten Städten und Gemeinden fand im Rahmen von zwei Workshops statt. Die schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen und Erläuterungen der Praxisteststädte sind in dem Ergebnisbericht zusammengefasst. □

Ausgehend von der Analyse der Ortsstruktur stellte Seminarleiter Hermann Moser aus Nördlingen eindrucksvoll dar, wie sich Dörfer verändern, wenn Schritt für Schritt Neben- und Hauptgebäude wegfallen. „Dörfer verlieren ihre kleinräumigen Strukturen und drohen konturlos zu werden“, so auch Peter Fassl. Diese Prozesse hätten gravierende Folgen für die Sozialstruktur, aber auch für die Investitionsbereitschaft der Bevölkerung in ländlichen Kommunen.

„Motivierend für alle Teilnehmer am Seminar war jedoch die stolze Präsentation der Eigentümer, die engagiert ihre Erfahrungen zur Sanierungsgeschichte und zum Nutzungskonzept weitergeben“, so die Geschäftsführerin der Schule der Dorf- und Landentwicklung, Gerlinde Augustin. □



## Natur-Inventur für den Landkreis Bamberg

Neues Arten- und Biotopschutzprogramm fertig gestellt / LfU-Experte bei Übergabe an den Landrat: „Wichtige Entscheidungsgrundlage für Planer und Kommunen“

Zwei Jahre hatten die Fachleute Natur-Inventur im Landkreis Bamberg gemacht, nun liegen die Ergebnisse vor. Sie sind zusammengefasst im neuen Band des Arten- und Biotopschutzprogramms, der im Bamberger Landratsamt vorgestellt wurde.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen: „Viele wertvolle Lebensräume sind im Landkreis noch erhalten und sind Kerngebiete für ein landesweites Biotopnetzwerk“, betonte Georg Schlapp vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU), der den neuen Band an Landrat Dr. Günther Denzler übergab.

### Datengrundlage und Planungshilfe

Das Arten- und Biotopschutzprogramm ist eine wichtige Datengrundlage und Planungshilfe für die Naturschutzbehörden, Gemeinden und Verbände im Landkreis. Es bietet nach den Worten des LfU-Fachmanns „fachliche Entscheidungsgrundlagen für eine nachhaltige Ent-

wicklung ohne Bevormundung und greift nicht in die Planungshoheit ein“.

### Mehr als 10.000 Biotopflächen erfasst

Erfasst und ausgewertet wurden mehr als 10.000 Biotopflächen und über 30.000 Nachweise von fast 2.500 Tierarten und fast 500 Pflanzenarten. Das LfU erstellt das Programm bayernweit, die Naturschutzfachleute des Landratsamtes waren am neuen Band beteiligt. Er wurde von einem Münchener Planungsbüro erarbeitet. Das erste Arten- und Biotopschutzprogramm für den Landkreis ist über 14 Jahre alt.

Insgesamt wurden rund 3.900 Hektar wertvoller Biotope im Offenland erfasst. Der Biotop-

flächenanteil liegt mit 3,3 Prozent der Landkreisfläche knapp unter dem bayerischen Durchschnitt von vier Prozent. Darin sind aber die Wälder noch nicht berücksichtigt, die gerade im Landkreis Bamberg von hoher Qualität und Bedeutung für den Naturschutz sind.

### Reich strukturierte Laubwälder

Besonders die Laubwälder des Steigerwaldes sind in weiten Bereichen sehr reich strukturiert. Sie sind Lebensraum zahlreicher, teilweise sehr seltener Vogelarten wie Mittelspecht, Halsbandschnäpper, Rotmilan oder Sperlingskauz. Eine besondere Bedeutung haben sie auch als Lebensraum für die größte derzeit bekannte Vor-

kommen der Bechsteinfledermaus.

### Exponierte Position

Eine herausragende Stellung in Bambergs Biotopen hat der Trauf der Frankenalb mit seinen Trockenlebensräumen, den Laubwäldern und Streuobstwiesen sowie den zahlreichen Kalktuffquellen, die oft kaskadenförmige Abstürze bilden. Dort leben Arten wie der Feuersalamander, die Gestreifte Quelljungfer (Libelle) oder der Wendehals.

### Wertvolle Trockenlebensräume

Für den Naturschutz wertvolle Biotope sind auch die Trockenlebensräume im Regnitztal. Es handelt sich insbesondere um zwar kleinflächige, jedoch aus Sicht des Artenschutzes hochwertige Sandmagerrasen und großflächige, zumeist trockene Extensivwiesen. Charakterarten dieser Lebensräume sind z. B. die Blauflügelige Sandschrecke und die Sand-Grasnelke. □

Ergoldinger Bauhof offiziell eingeweiht:

## Was lange währt...

Sage und schreibe 15 Jahre hat es gedauert, bis das Vorhaben, einen neuen Bauhof in Ergolding zu erstellen, unter Dach und Fach war. Jetzt wurde das 5-Millionen-Euro-Projekt offiziell seiner Bestimmung übergeben.

Wie Ergoldings Bürgermeister Hans Bauer betonte, haben die Entwicklung der Einwohnerzahlen der Marktgemeinde in den vergangenen Jahrzehnten und die ständige Vermehrung der öffentlichen Aufgaben zu einer deutlich höheren Mitarbeiterzahl und akuter Raumnot im alten Bauhof geführt. Zudem werde das Gelände des alten Bauhofs dringend für die Erweiterung der Volksschule Ergolding benötigt, „eine weitere Aufgabe für die Zukunft von Ergolding, die Millionen verschlingen wird“, so das Gemeindeoberhaupt.

### Aufgaben effizient erfüllen

Laut Bauer wurde der Bauhof so strukturiert, dass die Aufgaben der Mitarbeiter effizient erfüllt werden können. Trotz des neuen Bauhofs werde man auch in Zukunft, so wie bisher, viele Arbeiten, die anfallen, an mittelständische Unternehmen vergeben, da man mit 13 Mitarbeitern, einem Zivildienstleistenden und zwei bis drei Saisonarbeitern sicher nur die wesentlichen Aufgaben erfüllen könne.

Mit dem Neubau des Bauhofs habe der Markt wichtige wirtschaftliche Impulse gesetzt,

würdigte der Landshuter Landrat Josef Eppeneder die Investitionsbereitschaft. Lobend äußerte er sich über das gelungene Bauwerk, einen Viersiehhof, der sich sehr gut in die Umgebung einpasst. „Die Bürger werden den Bauhof zu schätzen wissen“, meinte Eppeneder.

### Grundkonzept

Wie Architekt Peter Leinhäupl bemerkte, habe man stets darauf geachtet, dass die Form und das Aussehen der Maßnahme immer funktionell sind, den heutigen Ansprüchen gerecht werden und in die Landschaft passen. Das Grundkonzept des Entwurfs beruhe auf einer strengen Bebauung in Form eines Viersiehhofs mit vorgelagertem Energiegebäude. Auch Kunst am Bau gibt es beim neuen Bauhof: Für den Storchbrunnen von Karl Reidel, der seit dem Schuljahr 2001/2002 im Bauhof auf seinen Einsatz wartete, hat man vor dem Betriebsgebäude einen neuen Standort gefunden.

Bei einem „Tag der offenen Tür“ nahm die Bevölkerung mittlerweile die Gelegenheit wahr, den neuen Bauhof ausfühlich in Augenschein zu nehmen. **DK**

Wirtschafts- und Strukturbeirat des Landkreises Neu-Ulm:

## Allgäuer Airport im Fokus

Der Airport Allgäu in Memminger Berg stand im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des Wirtschafts- und Strukturbeirats des Landkreises Neu-Ulm. Dessen Geschäftsführer Ralf Schmid erläuterte das Finanzierungskonzept und die Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die Aufnahme des Flugbetriebes im regionalen Airport. Darüber hinaus erhielten Landrat Erich Josef Gefner und die Mitglieder des Gesprächskreises Informationen darüber, welchen Nutzen die heimische Wirtschaft aus dem Airport ziehen kann.

Bereits 2004 wurde auf dem ehemaligen Militärflughafen die zivile Luftfahrt aufgenommen. Derzeit wird kräftig in die Infrastruktur des Airports investiert. Hauptbestandteile sind der Umbau einer ehemaligen Hangarhalle in ein Terminal, die Installation eines Instrumentenlandesystems und die Renovierung des Towers.

### Aufstockung des Personals

Bis zur Aufnahme des Linienflugverkehrs im kommenden Frühjahr 2007 werden die wichtigsten Maßnahmen abgeschlossen sein. Ab dann werden innerdeutsche Flughäfen mehrmals täglich angefliegen. Auch mit europäischen Zielen werden Verbindungen aufgenommen. Das Personal wird dafür zunächst auf 30 Beschäftigte aufgestockt.

Der Landkreis Neu-Ulm steuert zu den Gesamtinvestitionskosten von rund 20 Millionen Euro einen Beitrag von 100.000 Euro bei. Mit diesem Beitrag, so Landrat Gefner, will sich der Landkreis zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur bekennen. „Unsere Unternehmen und ihre Mitarbeiter sind durch die täglichen Verbindungen künftig optimal an die wichtigsten deutschen Wirtschaftszentren angebunden. Morgens hin und abends wieder zurück, damit wird die Flexibilität wesentlich erhöht“, begründete der Landkreischef sein frühzeitiges Engagement für den Flughafen. Dass der überwiegende Teil der Investitionssumme von privaten Unternehmen kommt, hat die private Nutzung des Airports erst ermöglicht. Wün-

schenswert wäre, dass weitere private Unternehmen aus dem Landkreis dem Beispiel des Landkreises Neu-Ulm folgen und sich finanziell an der Allgäu Airport GmbH & Co. KG beteiligen, so der Tenor.

Als weiteres Thema in der Sitzung wurde die Verbesserung der Situation auf dem angespannten Ausbildungsmarkt behandelt. Der Direktor der Arbeitsagentur Memminger, Peter Rasmussen, legte hierzu aktuelle Zahlen vor. **DK**

## Fürth trauert um Alt-OB Scherzer

Im Alter von 86 Jahren verstarb der überaus beliebte frühere Oberbürgermeister von Fürth, Kurt Scherzer. In den Jahren seiner Amtszeit von 1964 bis 1984 prägte der FDP-Politiker maßgeblich die Entwicklung der Stadt: Jahrhundertwerke wie der Rhein-Main-Donau-Kanal und die U-Bahn sind unter seiner Ägide entstanden, aber auch der Bau der Stadthalle und des City-Centers, die Fußgängerzone und die Altstadtsanierung. Für seine vielfältigen Leistungen und Weichenstellungen, von denen Fürth noch heute profitiert, wurde der Verstorbene unter anderem mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. **pmw**

## Fakten zum Arten- und Biotopschutzprogramm

- Das Arten- und Biotopschutzprogramm (ABSP) ist ein Fachkonzept des Naturschutzes. Es analysiert und bewertet auf der Grundlage der Biotopkartierung und der Artenschutzkartierung alle Flächen, die für den Naturschutz wichtig und erhaltenswert sind und leitet aus den Ergebnissen Ziele und Maßnahmenvorschläge ab. Das ABSP wird seit 20 Jahren für die Landkreise erarbeitet und angewendet, das LfU koordiniert die Arbeiten. Sie werden in ganz Bayern nach einem einheitlichen Standard von freien Planungsbüros und Spezialisten im Auftrag des LfU durchgeführt.
- Biotope sind Lebensräume für viele gefährdete Tier- und Pflanzenarten. Sie sind zudem für den Naturhaushalt und den Menschen von besonderer Bedeutung. In der Biotopkartierung werden die für den Naturschutz wichtigen Flächen im Gelände und die dort wachsenden Pflanzen erfasst.
- Die Artenschutzkartierung erfasst die Fundorte und Lebensräume seltener Tierarten und speichert diese in einer landesweiten Datenbank.
- Die Ergebnisse des ABSP sind wichtige Grundlagen für die Naturschutzbehörden und für die Kommunen, zum Beispiel bei der Erarbeitung von Landschafts- und Grünordnungsplänen oder im Vertragsnaturschutz. Auch Planungsbüros und wissenschaftliche Einrichtungen nutzen die Daten.
- Zum Erhalt und zur Förderung besonders schutzwürdiger Gebiete gibt es in ganz Bayern mehr als 300 BayernNetzNatur-Projekte. Davon liegen sieben im Landkreis Bamberg. □

Premiere im Landkreis Cham:

## „Unser Landkreis geht auf Reisen“

Regionalmarketing nach innen: Wir-Gefühl bei den Landkreisbürgern gestärkt

„Wenn Städte gemeinsam auf Reise gehen, warum dann nicht gleich ein ganzer Landkreis“, so dachte man sich im Landkreis Cham. Drei Reisebüros kamen mit dieser Idee zu Landrat Theo Zellner, der davon sofort begeistert war. So kam es, dass knapp 100 Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Cham zusammen mit ihrem Landrat Theo Zellner an der Spitze gemeinsam den Osten Deutschlands erkundeten: von Dresden über Berlin, die Mecklenburgische Seenplatte bis hinauf zur Ostsee.

Hervorragend organisiert durch die Reisebüros und unter fachkundiger Betreuung der jeweiligen Stadtführer lernte die Gruppe aus dem Landkreis Cham in kürzester Zeit viele neue Orte und Sehenswürdigkeiten kennen.

Die Pioniere der ersten Landkreise reisten sich bei der Rückkehr begeistert über die vielen, schönen Eindrücke, die tolle Reisegemeinschaft über die ganze Woche hinweg und über die ausgezeichnete Organisation.

Auch Landrat Theo Zellner zog ein äußerst positives Fazit der ersten Reise unter dem Motto „Unser Landkreis geht auf Reisen“. Er dankte den Reisebüros Wolff, Pfeifer und Salfet-

ter für die hervorragende Organisation und bat sie, ihre tolle Idee auf jeden Fall mit weiteren Reisen fortzuführen. „Ich glaube ich kann stellvertretend für alle sagen: Es hat sich gelohnt! Wir haben nicht nur das Land kennen gelernt und beeindruckende Orte besichtigt, wir haben auch neue Bekanntschaften und Freundschaften geschlossen. Generationenübergreifend von Anfang 20 bis Anfang 80 bildete die Reisegruppe eine äußerst harmonische Einheit und stärkte das Gemeinschaftsgefühl unter den Landkreisbürgern.“

Nach dieser gelungenen Premiere heißt es im Landkreis Cham somit im kommenden Jahr erneut „Unser Landkreis geht auf Reisen“! □



Landrat Roland Schwing (links) mit den Preisträgern des Agenda-21-Preises des Landkreises Miltenberg, Anne Tulke, Cornelia Grossmann (Arbeitskreis Kultur und Soziales, 1. Platz), Bruno Grän (3. Platz), Robert Faust und Emilana Mligo von der KJG Mömlingen (2. Platz). □

## Global denken - lokal handeln

Landkreis Miltenberg verlieh Agenda-21-Preis

Erstmals hat der Landkreis Miltenberg den „Agenda-21-Preis“ verliehen. Gewürdigt wurden hervorragende Leistungen und Projekte gemäß den „Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21“. Dieser Preis ersetzt den bisherigen Umweltpreis des Landkreises Miltenberg.

Nachhaltigkeit war eines der Stichworte, das seit dem UN-Umweltgipfel in Rio im Jahre 1992 die Zukunfts- und Entwicklungsprogramm der Länder beherrschen sollte. Damals wurden Handlungsempfehlungen für die Träger staatlicher Verantwortung verabschiedet, die im Hinblick auf künftige Generationen helfen sollen, eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung voran zu treiben.

„Der neue, mit insgesamt 1.500 Euro dotierte Agenda-21-Preis des Landkreises berück-

sichtigt neben ökologischen Themen auch soziale und kulturelle Lösungsansätze“, so Landrat Roland Schwing.

### Anreize schaffen

Durch diese Würdigung sollen künftig umfassende Anreize für nachhaltige Projekte geschaffen werden. Der Landrat appelliert an alle interessierten Verbände, die Chancen der Mitgestaltung und Mitverantwortung auf kommunaler Ebene zu nutzen. □

## Die Preisträger

Der 1. Preis (750 Euro) ging an den Agenda-21-Arbeitskreis „Kultur und Soziales“ der Stadt Erlenbach a. Main. Der Erlenbacher Stadtrat hatte im Oktober 1999 erste Grundsatzbeschlüsse zur Kommunalen Agenda 21 gefasst. Aus einer Bürgerversammlung im März 2000 zu diesem Thema gingen mehrere Arbeitskreise mit verschiedenen Schwerpunkten hervor. Eine dieser Arbeitsgruppen ist der Arbeitskreis „Kultur und Soziales“ der seit seiner Bildung ehrenamtlich das Zusammenleben der Erlenbacher mit unterschiedlicher sozialer Herkunft aktiv mitgestaltet.

Den 2. Preis (500 Euro) erhielt das Team „Tansania“ der Katholischen Jungen Gemeinde Mömlingen, die seit 29 Jahren eine Partnerschaft mit einem Jugendverband in zwei Pfarreien in Tansania pflegt.

Den 3. Preis (250 Euro) bekam Bruno Grän, für sein zertifiziertes Passivhaus in Wenschofen. Er entwickelte das Haus in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro und erstellte die Werks- und Aufstellungsplanung selbst. □



## Ist das Lokalfernsehen gefährdet?

**Dr. Gabriele Pauli setzt sich für Erhalt der privaten Lokalsender ein - Ohne Teilnehmerentgelt stehen viele Sender vor dem Aus**

Fürths Landrätin Dr. Gabriele Pauli, zugleich Verwaltungsratsmitglied der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), hatte die Abgeordneten zu einem Gespräch gebeten und trat für den Erhalt der privaten Lokal-Fernsehsender ein. Grund: In ganz Bayern sind alle 16 lokale Fernsehanbieter gefährdet. Die Sender befürchten ihr Aus, sollte es tatsächlich zur ersatzlosen Streichung der Finanzierungsgrundlagen, des so genannten Teilnehmerentgeltes, kommen, wie es mit dem Gesetz zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes bereits beschlossen ist.

Das Teilnehmerentgelt ist ein medienrechtliches Entgelt, das an die BLM bezahlt werden muss, wenn von der BLM genehmigte Hörfunk- oder Fernsehprogramme in eine Kabelanlage eingebracht werden, die 10 oder mehr Wohneinheiten versorgt. Das Teilnehmerentgelt beträgt derzeit 0,45 Euro je Wohneinheit und Monat und soll ab 01. Januar 2007 auf 0,30 Euro verringert werden. Rund sieben Millionen Euro

Eines ist allerdings klar, auch darüber war sich die Runde einig: Das bisherige Teilnehmerentgelt kann keinesfalls weiter bezahlt werden, da es laut Bundesverfassungsgericht in dieser Form nicht zulässig ist. Nur bis Ende 2008 darf es noch übergangsweise erhoben werden.

### Klage vor Gericht

Der Besitzer eines Kabelanschlusses hatte vor Gericht geklagt und Recht bekommen. Die Inhaber von Kabelanschlüssen dürften demnach zur finanziellen Unterstützung der Programme privater Rundfunkanbieter nur herangezogen werden, wenn der Gesetzgeber Vorkehrungen für hinreichende Sicherungen einer gleichgewichtigen Vielfalt in den geförderten Programmbereichen trifft. Diesen Anforderungen werde das bayerische Rundfunkrecht nicht in ausreichender Weise gerecht.

### Konzept ohne dauerhafte Zusatzfinanzierung nicht existenzfähig

Die Folgen einer gänzlichen Streichung des Entgelts sind in einem Gutachten, das von der Bayerischen Staatskanzlei und der BLM in Auftrag gegeben wurde, nachzulesen. Im Wesentlichen kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass das bestehende Konzept ohne dauerhafte Zusatzfinanzierung nicht existieren kann. Auch erhebliche Einsparungen, etwa durch Reduzierung der Sendezeit, des Programmvolumens oder durch Einstellung von 9 der 16 Sender, würden die Finanzierungslücke nicht schließen.

### Finanzierung auf neue Grundlage stellen

„Es muss das Ziel sein, die Finanzierung der privaten Sender auf eine neue Grundlage zu stellen“, betont Dr. Gabriele Pauli. Nur so sei eine vernünftige Programmgestaltung durch lokale und regionale Anbieter gewährleistet. In der Diskussion wurde besonders herausgearbeitet, dass hinter dem Teilnehmerentgelt der BLM der politische Wille stand, eine möglichst hohe Flächendeckung und Vielfalt zu erreichen.

### Sorgfaltspflicht der politischen Vertreter

Wenn diese Aufgabe, die erwiesenermaßen der öffentlich-rechtliche Rundfunk niemals zu leisten im Stande sei, von den Anbietern finanziell alleine nicht gestemmt werden könne, sei eine Unterstützung unumgänglich. Würde sich dafür keine Lösung abzeichnen, wären Schließungen von Standorten und Entlassungen von Mitarbeitern nicht zu vermeiden. Die Anbieter aus der Diskussionsrunde erinnerten dabei auch die politischen Vertreter an ihre Sorgfaltspflicht den Anbietern und Mitarbeitern gegenüber. □



Dr. Gabriele Pauli. □

fließen auf diese Weise an die privaten Lokalfernsehsender in Bayern. Die Summe dient in erster Linie dazu, die Sender wirtschaftlich betreiben zu können.

Gleichzeitig sollen alle Regionen Bayerns gleichwertig mit lokalen und regionalen Fernsehangeboten versorgt werden. „Diese Medienvielfalt müssen wir erhalten, anstatt sie zu gefährden“, lautet die Forderung von Dr. Gabriele Pauli.

### Diskussion der Folgen

Auf Einladung der Landrätin wurden die Folgen für das lokale/regionale Fernsehen diskutiert für den Fall, dass nach dem Auslaufen des Teilnehmerentgelts kein adäquates Stützungskonzept an dessen Stelle tritt. Die Landtagsabgeordnete Christine Stahl (Die Grünen) und Peter Hufe (SPD) sowie BLM-Verwaltungsratsmitglied Dr. Klaus Küber nahmen an dem Gespräch teil.

### Hohe Flächendeckung auch künftig erhalten

In der Diskussion war man sich grundsätzlich einig, die hohe Flächendeckung des privaten Lokalfernsehens in Bayern auch in der Zukunft erhalten zu wollen. Auch der CSU-Landtagsabgeordnete Claus Dieter Breitschwert, der an der Besprechung aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen konnte, will sich für dieses Ziel stark machen und hat bereits zahlreiche Unterschriften von Abgeordneten gesammelt. Durch ein Moratorium, d.h. einen gesetzlich angeordneten Aufschub soll die Abschmelzung des Teilnehmerentgelts von 45 auf 30 Cent je Wohneinheit und Monat gestoppt werden, bis die Finanzierung des lokalen und regionalen Fernsehens neu geregelt ist.

## Ergebnisse von Bürgermeisterwahlen

Der 46-jährige CSU-Landtagsabgeordnete Henry Schramm ist neuer Oberbürgermeister von Kulmbach. Er setzte sich mit 52,4 Prozent gegen die bisherige Amtsinhaberin Inge Aures von der SPD durch, die auf 47,6 Prozent der Stimmen kam. Der neue Kulmbacher OB Schramm wurde im Wahlkampf von einem Wahlbündnis aus CSU, Wählergemeinschaft Kulmbach (WGK) und FDP unterstützt. Die Wahlbeteiligung lag bei 69,22 Prozent. CSU-Chef Edmund Stoiber sprach von einem „großartigen Vertrauensbeweis“ für Henry Schramm und die Kulmbacher CSU. Nach den gewonnenen OB-Wahlen in Bayreuth und Hof sei dies die klare Bestätigung für die „Kommunalspartei CSU“.

In Hauzenberg im Landkreis Passau gewann CSU-Kandidat Josef Federhofer die Bürgermeister-Stichwahl. Auf ihn entfielen 54,75 Prozent der Stimmen, auf seinen Gegenkandidaten Manfred Hoffmann von der SPD 45,25 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 64,7 Prozent. Mit Federhofer hat Hauzenberg nach 18 Jahren wieder einen CSU-Bürgermeister. In Olching machte dagegen SPD-Kandidat Franz Huber mit 56,4 Prozent der Stimmen das Rennen. 43,6 Prozent der Wähler schenken Karl Schwojer von der CSU ihr Vertrauen. Die Wahlbeteiligung in Olching lag bei lediglich 45,7 Prozent.

Auch in Arzberg im Landkreis Wunsiedel stellt die SPD den neuen Bürgermeister. In der knapp 6.000 Einwohner zählenden Stadt im Fichtelgebirge konnte sich Stefan Göcking mit 63,6 Prozent der Stimmen gegen seinen Mitbewerber Günther Marth von der CSU durchsetzen. Der 49-jährige Marth kam auf 36,4 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag mit 73,38 Prozent außergewöhnlich hoch.

Gleiches Bild in Pommelsbrunn im Landkreis Nürnberger Land: Mit Jörg Fritsch siegte auch dort der SPD-Kandidat. Der 33-Jährige blieb mit 51,95 Prozent der Stimmen vor dem langjährigen Bürgermeister Werner Oberleiter von den Freien Wählern, der auf 48,05 Prozent der Stimmen kam. An der Wahl beteiligten sich knapp zwei Drittel der Bürger.

Bei der Bürgermeisterwahl in Oberthulba im Landkreis Bad Kissingen wurde Gotthard Schlereth von der Freien Wählergemeinschaft erwartungsgemäß im Amt bestätigt. Der 52-Jährige, der ohne Gegenkandidaten angetreten war, erhielt 99,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 54,1 Prozent.

Auch in Sonthofen im Landkreis Oberallgäu wurde Bürgermeister Hubert Buhl von den Freien Wählern mit 61,4 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Auf Herausforderer Harald Voigt von der CSU entfielen 38,6 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 47,8 Prozent. Der 53-jährige Hubert Buhl ist seit 1994 Bürgermeister der Kreisstadt. DK

### Gemeinde Egersheim:

## Gerhard Wunderlich feierte 60. Geburtstag

Egersheim. „Als Bürgermeister kannst Du stolz darauf sein, der einzigen Gemeinde im Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim vorzustehen, die schon seit Jahren ohne Schlüsselzuweisungen auskommt“, so CSU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Hans Herold bei seiner Laudatio auf Gerhard Wunderlich, der jetzt seinen 60. Geburtstag feiern konnte.

In den 28 Jahren seiner Tätigkeit als 1. Bürgermeister der Gemeinde Egersheim sei es ihm gelungen, tüchtige Unternehmer anzusiedeln, die sich hier Dank seiner Politik auch richtig wohl fühlen. Herold: „Als Gemeindeoberhaupt hast Du es auch in schwierigen Zei-

das Amt des Ersten Bürgermeisters an, inzwischen ist er einer der dienstältesten im Landkreis.

### Hohe Auszeichnungen

Über diese Tätigkeit hinaus war er von 1994 bis 2003 Mitglied des mittelfränkischen Bezirkstages und ist seit 1996 Mitglied des Kreistages. Seine Arbeit wurde bereits verschiedentlich öffentlich gewürdigt, so 1996 mit der Kommunalen Verdienstmedaille und 2003 mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

### Mehr Raum für Familie

Der Jubilar selbst sieht sein Leben so: Die Liebe gehört seiner Familie, die Leidenschaft seinem Amt als Bürgermeister und die Begeisterung seinem Beruf im Bereich Pferdehaltung beim Amt für Landwirtschaft in Ansbach.

Die Familie soll künftig in Gerhard Wunderlichs Leben wieder mehr Raum erhalten, was letztlich bereits der Grund für sein Ausscheiden aus dem Bezirkstag war. Da sind Ehefrau Roswitha, Sohn Roland und Tochter Katja, die sich bayernweit bei Funk und Fernsehen einen Namen gemacht hat und mit ihrem Mann Markus Othmer und den Enkeln Julian und Angelina das Familienleben bereichert. pmw



Gerhard Wunderlich. □

ten immer wieder geschafft, die Interessen der angestammten Bürgerinnen und Bürger mit denen der Zugezogenen in Einklang zu bringen“. Egersheim ist Wachstumsgemeinde, hat viele Einpendler und verfügt über eine beneidenswerte Infrastruktur samt Gemeindezentrum. So gratulierten viele dem Jubilar und nannten ihn einen der erfolgreichsten Bürgermeister im Landkreis. 1978 trat Gerhard Wunderlich als erst 31-Jähriger

### Gründerzentrum Gunzenhausen:

## Insolvenz angemeldet

Gunzenhausen (wefa) - Als erstes von 20 Gründerzentren in Bayern hat die Einrichtung in Gunzenhausen Insolvenz angemeldet. Im zehnten Jahr des Bestehens ist ihr das Geld ausgegangen, um den laufenden Betrieb finanzieren zu können. Zuletzt war das Gründerzentrum nur mehr zu 36 Prozent ausgelastet.

Das Prestigeobjekt von einst ist ein Produkt der „Zukunftsinitiative Bayern“. Die Staatsregierung hatte damals Geld aus Privatisierungserlösen für die Einrichtung von Existenzgründungszentren ausgegeben. Über die einmalige Förderung hinaus gewährte der Freistaat jedoch keinen Zuschuss für den laufenden Betrieb. Versuche des Gunzenhauser Bürgermeisters Gerhard Trautner, das Wirtschaftsministerium dafür gewinnen zu können, sind schon vor längerer Zeit gescheitert.

### Ausfall der Mieten

Der „Todesstoß“ wurde dem Gunzenhauser Gründerzentrum versetzt, indem zwei örtliche Industrieunternehmen den Gewerbepark verließen. Der Ausfall der Mieten konnte das „GrüZ“ nicht mehr verkraften.

### Den Schaden haben die Gesellschafter

Die Gesellschafter wollten kein frisches Geld zuschießen, so dass dem Geschäftsführer nur die Insolvenzanmeldung übrigblieb. Den Schaden haben jetzt die Gesellschafter, von denen die Stadt Gunzenhausen mit 54,7 Prozent (Stammeinlage 750.000 Euro) den größten Teil trägt.

Auch die Sparkasse Gunzenhausen (22,8 Prozent), zwei örtliche Unternehmer (je 7,4 Prozent) und zwei Genossenschaftsbanken (je 3,4 Prozent) werden ihr Geld nicht mehr sehen, denn die Chance, dass der Verkauf des Grundstücks und der Immobilie viel bringt, ist gering. In der Altmühlstadt gibt es ohnehin zu viele Leerstände in gewerblichen Immobilien.

### Nüchterne Erkenntnis

16 Existenzgründer sind derzeit im Gründerzentrum, das auf 6000 Quadratmetern den Ein-

steigern viel Platz bietet, zudem stehen noch 1500 Quadratmeter im integrierten Gewerbepark zur Verfügung, der frei genutzt werden kann. In den besten Zeiten waren es doppelt so viele Existenzgründer, die den Weg in die Selbstständigkeit wagten. Nüchtern muss Bürgermeister Gerhard Trautner heute konstatieren: „Eine Existenzgründerphilosophie gibt es heute nicht mehr.“

### Blick nach vorn

Die verbliebenen Kleinfirmen können so lange bleiben, bis der Insolvenzverwalter eine Nachfolgelösung gefunden hat. Der Geschäftsführer, der bisher zur Hälfte für das Gründerzentrum tätig war, ist Wirtschaftsreferent der Stadt. Von der Insolvenz betroffenen sind Hausmeister und Reinigungskräfte. □

### Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scheriele (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.





Eine weitere Station der grenzüberschreitenden Exkursion: Modellwohnbau in der Stadt Salzburg, Stieglgründe. Bild: Josefine Unterhauser

EuRegio-Bildungsreise:

## Nachhaltige Siedlungsentwicklung

Eine kleine Bildungsreise zu richtungsweisenden Wohnprojekten in der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein bildete den Auftakt für den grenzüberschreitenden Dialog zu dem wichtigen Zukunftsthema „Siedlungsentwicklung“. Mit einer Broschüre, mit Ausstellungen und Vorträgen wird ein euRegionales Schwerpunktprogramm im November geboten.

Zur Zeit sind viele Gemeinden und Planer in der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein mit Fragen der Siedlungsentwicklung konfrontiert. Der Bedarf an Wohnstandorten, Wohneinheiten und neuen Wohnformen verändert sich gerade aufgrund der demografischen Entwicklung sehr deutlich und stellt eine städtebauliche Herausforderung im städtischen und im ländlichen Raum dar. Fragen der Verdichtung und Nachverdichtung oder der Um- sowie Nachnutzung, der Lebens- und Wohnqualität erfordern nachhaltige und neue Lösungen, die sich durch eine Flächen- und Energieeffizienz, eine gute Integration in unseren Landschafts- und Lebensraum, einen innovativen technologischen Baustandard und eine gute soziale Verträglichkeit auszeichnen.

### Entscheidungshilfen

Das INTERREG III A-Projekt „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“ hat sich zum Ziel gesetzt, den grenzüberschreitenden Austausch von Erfahrungen im Siedlungsbau und der Ortsentwicklung sowie das Lernen voneinander für den Umgang mit den künftigen Herausforderungen

in diesem Bereich zwischen Salzburg und Südostoberbayern anzustoßen und Entscheidungshilfen für künftige Strategien zu bieten.

### Auftakt mit Bürgermeistern

Als Auftakt für das Projekt „Nachhaltige Siedlungsentwicklung in der EuRegio“ fand am 19. Oktober eine ganztägige Exkursion zu Modellen für nachhaltige Siedlungsentwicklung in der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein statt. Das weite Spektrum der über 40 Mitreisenden aus Bayern und Salzburg war programmatisch für den breit angelegten Ansatz dieses Projektes: Es beteiligten sich Bürgermeister und Bauamtsleiter ebenso wie Fachbeamte, Sozialwissenschaftler, Fachleute für Raumplanung bzw. Umwelt sowie Architekten. Die Exkursion bot Gelegenheit für einen Wissensaustausch im Bereich der Planung, Nutzung und Erhaltung von Wohnanlagen. Vertreter der Kommunen berichteten ebenso von ihren Erfahrungen wie etwa Bewohner, Hausverwalter oder planende Architekten.

## Zukunftsperspektive und Wirtschaftspläne

Ingolstadt: Klausurtagung des „Bürgerkonzerns Stadt“

Unter Leitung von Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann trafen die Referenten der Stadtverwaltung und die Geschäftsführer der städtischen Tochterunternehmen zu ihrer jährlichen Klausurtagung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Zukunftsperspektive des „Bürgerkonzerns Stadt“ im Hinblick auf den Stadthaushalt und die Wirtschaftspläne der Beteiligungsunternehmen für die mittelfristige Finanzplanung.

Breiten Raum nahmen Personalfragen ein, vorwiegend zur Lebensarbeitszeit und der Entgeltumwandlung zur Altersversorgung. Erörtert wurden die Außendarstellung des Bürgerkonzerns und die Koordination von Messeauftritten. Darüber hinaus waren die Auswirkungen der kommenden Mehrwertsteuererhöhung und des neuen Gleichstellungsgesetzes Thema der Klausurtagung.

Laut Bericht wurden von Arbeitsgruppen Synergieeffekte geprüft, etwa in Bezug auf IT- und Telefon-Technologien. Referiert wurde über die Ausbildungsanstrengungen des Bürgerkonzerns und die Möglichkeit,

EQJ-Plätze (Einstiegsqualifizierung Jugendlicher) zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Zudem berieten die Tagungsteilnehmer über ein gemeinsames Fuhrparkmanagement - so wurden die Werkstätten von Stadtwerken und Kommunalbetrieben zusammengeführt - und einen Abgleich der Versicherungen unter den einzelnen Bereichen.

Immerhin hat die Harmonisierung der Versicherungen seit vergangem Jahr Einspareffekte von jährlich 153.000 Euro ergeben. Bei jeder Tagung stellt sich eine Konzerntochter vertieft vor - diesmal war das Existenzgründnerzentrum zu Gast. **DK**

Das Wohngebiet Hunklingerwiese in Bad Reichenhall (Landkreis Berchtesgadener Land) und das Wohngebiet Hütenthaler Feld in Tittmoning (Landkreis Traunstein) veranschaulichten, wie Kommunen Wohnprojekte im eher ländlich geprägten Raum verwirklicht haben.

### Projekte aus Salzburg

Die drei Beispiele aus der Stadt Salzburg zeigten etwa, wie ein ehemaliges Industrieareal für Wohnungen umgewandelt wurde (Wohnbebauung Julius Welser Straße). Die Wohnanlage Glantreppelweg wurde als Beispiel für einen innovativen und kostengünstigen Holzbau herangezogen. Der abschließend präsentierte Modellwohnbau Stieglgründe zeichnet sich nicht bloß durch besonders günstige Energieverbrauchswerte aus, sondern auch durch die sozialplanerische Begleitung während der Bauphase und ein gezieltes Bewohnerservice. Dr. Raimund Gutmann von der Agentur wohnbund consult, der dieses Projekt begleitete, hielt im Bewohnerpavillon einen resümierenden Vortrag darüber, welche bedeutende Rolle die Sozialplanung bei der Siedlungsentwicklung einnimmt: Eine lebenswerte Infrastruktur ist für die soziale Ausgewogenheit ebenso wichtig wie die vorausschauende Schaffung von Wohnungstypen, die neuen Haushaltsformen gerecht werden.

### Broschüre und Ausstellungen als Anregungen zum Dialog

Insgesamt sieben Beispiele für nachhaltige Siedlungsentwicklung werden in einer druckfrischen Broschüre und einer Ausstellung zum Projekt präsentiert. Diese dienen als ein Anstoß, sich in einem grenzüberschreitenden Dialog darüber auszutauschen, was sich in der Praxis des Siedlungswohnbaus bewährt hat und welche Konzepte verbesserungswürdig sind.

Der Bezug zur Landschaft wird als Teil der Planung ebenso berücksichtigt wie die Verkehrsinfrastruktur, die Wohnformen und die Eigentumsverhältnisse. (Gemeinschaftliche) Grünflächen spielen dabei ebenso eine Rolle wie Baustoffe oder Energieverbrauch. Zusätzlich wird auf bayerischer und Salzburger Seite die Ausstellung „Wie wohnen? Wo leben?“ gezeigt (initiiert vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz im Rahmen des Bündnisses zum Flächensparen). **□**

## Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Die Gründerväter der Vereinigten Staaten sahen schließlich das Streben nach Glück als ein Menschenrecht an.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schaute etwas verlegen von seinem Lotto-Schein auf, den er gerade ausfüllte, als ich ins Zimmer kam.

Nun finde ich es etwas übertrieben, die idealistischen Vorstellungen von einer besseren Welt, die die amerikanischen Revolutionäre hatten, mit dem Spiel 6 aus 49 in Verbindung zu bringen. Aber er hätte sich trotzdem bei mir nicht zu entschuldigen brauchen, dass er seine wöchentlichen Kreuzerl macht. Schließlich pilgere ich auch jeden Freitag in die Annahmestelle, um Fortuna eine Chance zu geben, mir zuzulächeln.

Tatsächlich gibt es ja nichts, was die Gesellschaft bei uns über alle Schichten und Klassen hinweg so einen Würde, wie die Lust am großen



der leidenschaftliche Zocker zum Beispiel beim Roulette, dem einarmigen Banditen im Spielcasino oder bei Sportwetten, bei denen man etwas Erfahrung und Wissen mit dem blinden Vertrauen auf das Glück zusammenspannen kann.

Warum also spielen die Leute Lotto, obwohl sie genau wissen, dass sie eigentlich nicht gewinnen können? Warum also spielen die Leute Lotto, obwohl sie genau wissen, dass sie eigentlich nicht gewinnen können? Warum also spielen die Leute Lotto, obwohl sie genau wissen, dass sie eigentlich nicht gewinnen können?

Für mich ist die Antwort ganz einfach: Lotto ist gerade wegen der geringen Chancen kein eigentliches Glücksspiel, sondern eher ein Kokettieren mit dem Schicksal. Bin ich ein solches Sonntagskind, dass mir die gebratenen Tauben einfach so in den Mund fliegen oder nicht? Den Einsatz kann sich jeder leisten und allen Wahrscheinlichkeitsrechnungen zum Hohn gewinnen ja immer mal wieder ganz normale Leute wie du und ich ein Riesensümmchen. Wenn man selbst nicht so vom Glück bestrahlt ist, kann man sich immer noch mit den Zeitungsartikeln trösten, die von Lottokönigen berichten, denen ihr Reichtum kein Glück brachte. Und man kann sich in der Gewissheit bestärkt sehen, dass man selber es schon richtig machen würde, wenn der Riesen-Jackpot die ersehnten Millionen auf das Konto spült.

Mein Chef, der Bürgermeister, würfelt seine wöchentlichen Glückszahlen übrigens aus. Hätte ich von dem soliden, berechenbaren und methodischen Menschen gar nicht erwartet. Vielleicht ist auch dies ein Reiz des Spiels: Man kann mal ein bisschen auf Risiko gehen. Für alle künftigen Lottomillionäre hält übrigens der amerikanische Komiker Danny Kaye auf dem heutigen Kalenderblatt einen guten Rat bereit: „Geld allein macht nicht glücklich. Es gehören auch noch Aktien, Beteiligungen, Gold und Grundstücke dazu“.

## Kokettieren mit dem Schicksal

Gewinn zum kleinen Einsatz. Weder von der Hymne, noch von der Fahne, ja nicht mal von der Fußball-Nationalmannschaft sind die Leute so ergriffen wie vom Lotto-Fieber, wenn mal wieder ein zweistelliger Jackpot ausgespielt wird. Der Stadtdirektor, seine Sekretärin, die Putzfrau - alle machen mit. Ost und West mag auch nach 17 Jahren Mauerfall viel trennen, aber den Traum, von jetzt auf gleich um ein paar Millionen reicher zu sein, eint Aachen und Anklam, Zwickau und Zwiesel. Der einzige Graben, der unser Volk teilt ist derjenige zwischen denen, die jede Woche neue Zahlen ausprobieren und denjenigen, die immer die gleichen tippen. Zu letzteren gehöre übrigens auch ich: Es sind die Geburtstage und -monate meiner bisherigen drei festen Freunde - vielleicht bringen mir die untreuen Mistkerle auf diese Weise doch noch Glück?

Dabei ist es mathematisch wohl wahrscheinlicher, dass zwei pink lackierte Cadillac zur gleichen Zeit auf der Großglockner-Straße einen Platten an allen vier Reifen haben, als das Erscheinen der sechs Richtigen samt Superzahl auf einem Lottoschein. Viel bessere Quoten hat

the Sabriul

## Baukultur geht jeden an

Oberbürgermeister Dr. Fichtner freute sich über das Engagement Hofer Bürger

Unter dem Motto „Baukultur geht jeden an“ informieren die hof-architekten seit 2001 die interessierte Öffentlichkeit mit Themen zu Architektur und Städtebau, Design und Landschaftsarchitektur. Verschiedene Ausstellungen und Aktionen wie z.B. „Neuer Nutzen in alten Industriebauten“ wurden in den letzten Jahren organisiert. Als Netzwerkgruppierung der Bayerischen Architektenkammer haben die hof-architekten nun eine Postkartenserie zum Thema Baukultur mit dem Focus auf das Bahnhofsviertel initiiert.

Jetzt wurden die ersten beiden Karten der insgesamt zehn Motive umfassenden Serie der Hofer Fotografin Kerstin Greshake fertiggestellt. Für die ersten Karten wurden die Sophienschule mit dem Motto „Schöner Lernen“ und die Turnhalle der Sophienschule mit dem Leitspruch „Schöner Turnen“ als Motiv ausgewählt.

### Breite Zielgruppe

Mit den kostenfreien Postkarten wird eine breite Zielgruppe angesprochen und positiv Werbung für das Bahnhofsviertel gemacht. Die Arbeit des Bürgergremiums Bahnhofsviertel zur Verbesserung des Bahnhofsviertelumgebung soll dadurch begleitet unterstützt werden. Die Karten können so über den Postweg Werbung für das Bahnhofsviertel und die gesamte Stadt Hof im Bundesgebiet und Ausland machen oder auch eine neue Sammelleidenschaft für die limitierte Auflage begründen.

### Neue Perspektiven

Für die Initiatoren steht fest, dass das Bahnhofsviertel eine gute Wohn- und Lebensqua-

lität besitzt. Zahlreiche Plätze und öffentliche Einrichtungen eröffnen neue Perspektiven und halten interessante Blickwinkel bereit.

### Ideale Ergänzung des Stadtmarketings Hof

Weiterhin wird mit diesem Projekt auch das erfolgreiche Stadtmarketing Hof mit den Schwerpunkten „Lebensqualität“, „Einkaufsstadt“ und

„Stadt der kurzen Wege“ ideal ergänzt. Die ersten Karten unterstützen diese Einschätzung nicht nur bildlich.

### Serie mit zunächst zehn Karten

Die Serie wird zunächst insgesamt zehn Karten umfassen und innerhalb der nächsten fünf Monate realisiert. Neben dem Bürgergremium Bahnhofsviertel beteiligen sich auch die Bayerische Architektenkammer und die hof-architekten finanziell an dem Projekt.

Die Postkarten liegen u.a. im Rathaus, Bürgerzentrum, der Tourist-Information, der Stadtbücherei und im Stadtteilbüro der Stadterneuerung Hof GmbH kostenlos aus. **□**



Neben Kindern der Sophienschule sind von links Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner, Matthias Scheffler von den hof-architekten, die Fotografin Kerstin Greshake und Kathrin Buchta vom Bürgergremium Bahnhofsviertel zu sehen. **□**



Mit ehrendem Gedenken an Sebastian Kneipp:

# Auerquelle Bissingen feierte das 100. Jubiläum

### Einsatz der Familie Hörhammer gewürdigt

Bissingen (jdt). Zu einem großen Volksfest mit rund 20 000 Besuchern aus ganz Süddeutschland wurde in der Marktgemeinde Bissingen, dem Mittelpunkt des nordschwäbischen Kesseltales zwischen Donautal und Nördlinger Ries, das 100. Jubiläum der Bissinger Auerquelle. Der „Tag der offenen Tür“ zeichnete sich durch wohlorganisierte Besonderheiten aus: den Verzicht auf Festreden (ausdrücklich auf Wunsch der Besitzerfamilie Hörhammer), den Gottesdienst im großen Festzelt mit der Schubertmesse, die offizielle Inbetriebnahme und kirchliche Segnung der modernen PET-Anlage (in der stündlich 10 000 Plastikflaschen abgefüllt werden) und ein familienfreundliches Rahmenprogramm.

Den Festgottesdienst zelebrierten Ortspfarrer Gerhard Kramer und Altabt Edelbert Hörhammer, ein Bruder des Firmeninhabers Walter Hörhammer.

### Massenandrang

Dank der Mitwirkung aller Bissinger Vereine konnte das Jubiläum mit dem Massenandrang gut bewältigt werden: mit offenen Türen in den weitläufigen Betriebsstätten und im ursprünglichen Quellraum mit der Büste von Pfarrer Sebastian Kneipp, mit Ponyreiten, mit ebenfalls „Hundertjährigen“ (Drehorgel, Hochräder, Karussell, alten Postkarten) sowie Malecke und Kistenstapelwettbewerb. Die Original Kesseltaaler Blasmusik spielte auf. Und

jeder Besucher bekam beim Abschied Geschenke mit Produkten der Firma und der Jubiläumsschrift mit nach Hause. Zugleich konnte auf diese Weise die genaue Besucherzahl registriert werden.

### Bissingen und Landkreis profitieren

Zu den Gratulanten für Walter Hörhammer und seine Frau Erna gehörten beim „Tag der offenen Tür“ unter anderem Landrat Leo Schrell, Bürgermeister Michael Holzinger, stellvertretende Landrätin Angela Rieder und Altbürgermeister Anton Schmid, der von 1972 bis 1990 an der Spitze der Marktgemeindevverwaltung wirkte, ebenso zahlreiche Repräsentanten aus weiteren Kommunen und Organisationen.

### Hohe Anerkennung

Übereinstimmend wurde der Aufwärtsentwicklung der Auerquelle seit deren Übernahme durch Walter Hörhammer im Jahr 1966 hohe Anerkennung gezollt. Glückwünsche gab es

auch dazu, dass der hervorragende Familienbetrieb seine Zukunft gesichert hat durch das Aufrücken des Sohnes Wolfgang Hörhammer in die Geschäftsführung. Zum Jubiläum reiste auch die in Frankreich lebende verheiratete Tochter Daniela Backes an.

Bürgermeister Holzinger ist ebenso wie Landrat Schrell glücklich darüber, dass die Auerquelle bei der Familie Hörhammer „in so beispielhaft guten Händen ist“.

### Spitzenbetrieb der Branche

Tatkräftig und mit herausragenden Einsatz, so Holzinger, sei das Unternehmen zu einem Spitzenbetrieb der Branche entwickelt worden. Um das Jahr 2000 hat es Investitionen in Höhe von etwa sieben Millionen gegeben und nunmehr für die PET-Anlage nochmals rund vier Millionen Euro. Jährlich können nunmehr 60 bis 65 Millionen Flaschen mit Auerquelle-Produkten abgefüllt werden.

### Erfolgreiche Tiefenbohrung

Dass die PET-Flaschen zum Jubiläum dieses Jahr eingeführt worden sind, hat spezielle Bedeutung. Unzerbrechliche Flaschen werden nicht zuletzt geschätzt in Schulen, in Kindergärten und -horten sowie bei öffentlichen Veranstaltungen, z. B. auf Sportplätzen. Glasflaschen-Abfüllungen gibt es auch weiterhin.



Massenandrang herrschte beim 100. Jubiläum der Auerquelle Bissingen, im Rahmen des „Tages der offenen Tür“. Starkes Interesse gab es auch am ursprünglichen Quellraum, mit der Büste des „Wasserdoktors“ Sebastian Kneipp (im Hintergrund unterhalb des Kreuzes). Im Bild (von rechts): Wolfgang Hörhammer und seine Eltern Erna und Walter Hörhammer, Altabt Edelbert Hörhammer und Pfarrer Gerhard Kramer.

Der besonderen Qualität der Auerquelle kommt zugute, dass durch Tiefenbohrungen bis in 342 Meter Tiefe eiszeitliche Urströme für hochwertiges Mineralwasser erschlossen werden konnten, in den Ursprüngen ungefähr 10 000 Jahre alt und frei von allen Umwelteinflüssen, sozusagen ein „Gottesgeschenk“.

### Produktpalette

Zur Produktpalette von Auerquelle gehören neben dem natürlichen Mineralwasser über zwanzig Frucht- und Mix-Getränke, die sich ebenfalls steigender Beliebtheit erfreuen.

### Ehrendes Gedenken

Hochgehalten wird in der Familie Hörhammer das ehrende Gedenken an den Auerquelle-Entdecker, den Bissinger Apotheker Max Premauer, den großen Förderer Generaldirektor Ludwig Auer aus Donauwörth und auch den weltberühmten „Wasserdoktor“ Sebastian Kneipp, der schon Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem heilsamen Wasser aus Bissingen, auf Anraten des Militärarztes Dr. Kraus, seine schwere Tbc-Erkrankung kurierte. □

### Vorschau auf GZ 22

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 22 die am 23. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Brand- und Katastrophenschutz
- Sicherheitstechnik, Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Fremdenverkehr in Bayern

## LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten

**Hugo Knödler GmbH**  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de  
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache**  
Briefmarkenauctionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

### Aussenmöblierung

**BECK**  
Möblierung für Außen  
• Abfallbehälter  
• Absperrpfosten  
• Fahrradständer  
• Sitzbänke u.a.  
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN  
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33  
www.beck-aussenmoeblierung.de

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de  
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

### Fahnenmasten/Fahnen

**Hugo Knödler GmbH**  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail info@hugo-knoedler.de  
Internet: www.hugo-knoedler.de

### Fahrradabstellanlagen

**LANGER**  
Wartehallen  
Ein Gesellschafter der ELAN-AG

**ORION**  
transparente Überdachungssysteme  
Fahrradparkingssysteme  
Stadtmöblierung  
Tel. 09 22 28 50 00 Fax 09 22 28 50 01  
www.orion-bausysteme.de

### Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

**FUNERALIA GmbH**  
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte  
Tel. 09 22 28 50 00 Fax 09 22 28 50 01  
www.funeralia.de

### Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

**SCHMIDT**  
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH  
D 79832 St. Blasien-Schwarzgöwe  
Tel. 07832 3211 Fax 07832 11037

### Kindergarteneinrichtungen

**elbe**  
Produktion - Vertrieb GmbH & Co.  
Industriestr. 1 • D-92285 Möttingert  
Tel. (09338) 89 0 • Fax (09338) 89 199  
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net  
Entdecke die Welt des Spielens!

### Masten

**FAHNEN KOCH COBURG**  
FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Papierkörbe

**der Umwelt zuliebe**  
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG  
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen  
Telefon: +49 (0) 44 31/9355 49 · Telefax: +49 (0) 44 31/9355 88  
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Schacht-Ausrüstungen

**HANO**  
Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme  
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger  
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

### Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

**KOMPAN**  
Playful Living  
KOMPAN GmbH  
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg  
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35  
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com  
www.kompan.com

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

**elbe**  
Produktion - Vertrieb GmbH & Co.  
Industriestr. 1 • D-92285 Möttingert  
Tel. (09338) 89 0 • Fax (09338) 89 199  
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net  
Entdecke die Welt des Spielens!

### Sportgeräte

**BENZ**  
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden  
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de  
www.benz-sport.de

### Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

**Gmeiner**  
Kommunal- und Winterdienst-Technik  
W. Gmeiner GmbH & Co. KG  
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmerbruck/Amberg  
Tel.: +49 (0)9621/7685-0 · Fax +49 (0)9621/7685-49  
E-Mail: info@gmeiner-online.de · www.gmeiner-online.de

### Wartehallen/Außenmöblierungen

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**  
www.orion-bausysteme.de

### Wassermähler

**HYDROMETER**  
DIE ZUKUNFT ZÄHLT  
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 33 · 91522 Ansbach  
Tel.: 09 81/38 06 - 601 · Fax: 09 81/38 06 - 615  
www.hydrrometer.de

### Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung  
vertragshandel für **Felitto Star**  
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen  
postfach 1141  
90519 oberasbach  
ruf nürnberg 09 11 / 69 39 65  
telefax 09 11 / 69 59 63  
email: deko-jochum@online.de  
internet: www.deko-jochum.de

### Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen

**SCHMIDT**  
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH  
D 79832 St. Blasien-Schwarzgöwe  
Tel. 07832 3211 Fax 07832 11037

**Inserieren bringt Erfolg!**  
www.bayerische-gemeindezeitung.de